Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 3.84.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Inseratengebühr beträgt für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 25 Pfg. Auswärtige Inserate 35 Pfg. Inserate für Arbeitsmarkt 15 Pfg. Auswärtige „ 25 Pfg. Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141. Telephon Expedition 1206.

Nr. 244. Breslau, Mittwoch, den 18. Oktober 1911 22. Jahrgang.

Die letzte Reichstagssession.

Heute Dienstag tritt der in den Hottentottenwahlen des Jahres 1907 gewählte Reichstag zu einem letzten kurzen Tagungsabschnitt zusammen. Die wenigen Wochen, die ihm noch gegönnt sind, sind nichts mehr und nichts weniger als die letzte Frist eines armen Sünders. Pfeilschnell werden die Tage und Wochen verfliegen, dann öffnet sich die dunkle Pforte, aus der es für soviele keine Rückkehr mehr gibt. Ein Teil von ihnen hat schon von vornherein auf eine neue Kandidatur verzichtet, ein anderer pflanzt noch am Grabe die Hoffnung auf und will um das geliebte M. d. R. auf der Visitenkarte bis zum letzten Atemzuge kämpfen.

„Wie mach ich's, daß ich wiedergewählt werde?“ Das ist die quälend sorgenvolle Frage, die die meisten bürgerlichen Abgeordneten während dieses letzten Tagungsabschnittes bei Tag und Nacht verfolgen wird. Und weil die Sozialdemokraten keine Unmenschen sind, werden sie es an guten Ratschlägen an ihre angstgepeinigten Kollegen gewiß nicht fehlen lassen. Die bürgerlichen Abgeordneten brauchen ja nur zu sehen, wie es die Sozialdemokraten machen, die von Erfolg zu Erfolg schreiten, dann gewinnen sie das sicherste Rezept, sich in die Gunst der Massen zu setzen. Also:

Das Erste: Sichert den Frieden! Zwar hat sich die politische Lage Mitteleuropas seit der „Paraphierung“ des Marokkoabkommens bedeutend friedlicher gestaltet, aber noch ist das Schiff nicht im Hafen. Noch droht die alldeutsche England- und Flottenhetze, und das tripolitanische Abenteuer Italiens kann zu einer Aufrollung der Balkanfrage und damit zu neuen Kriegsgefahren führen. Darum muß der Reichstag aussprechen, daß er die sinnlose Störung der europäischen Ruhe durch den mißglückten Panthersprung nach Agadir mißbilligt und daß er von der Regierung eine Politik verlangt, die der Spannung zwischen Deutschland und den Westmächten ein Ende bereitet. Wer zum Kriege hetzt, wer die Absicht verrät, nach den Wahlen dem Volke neue Rüstungslasten auf den Rücken zu packen, der ist ein Gezeichneter, und er mag seine Rechnung mit dem Himmel machen!

Das Zweite: Steuert der Not des Volkes! Die Lebensmittelpreise steigen ins ungeheure, zu der Teuerung von Brotgetreide, Gemüse, Kartoffeln usw. droht sich eine Fleischnot von noch nie gesehenem Umfang zu gesellen. Tee, Kaffee, Bier, Tabak, Leuchtmittel, Zündwaren sind durch die verruchte Finanzpolitik der Junker und des Zentrums gleichfalls bedeutend versteuert. In verschiedenen Städten Deutschlands herrscht eine Wohnungsnot, deren Schilderung ein gesitteter Mensch nur mit tiefem Grauen lesen kann. Die schlechte Ernte und die Unruhe der auswärtigen Politik bedrohen die Wirtschaft mit einem neuen Rückgang der Konjunktur, der für die Arbeiterschaft neues Elend, neue Not durch Arbeitslosigkeit zum Gefolge hat. Sicher werden die nächsten Monate bis zu den Wahlen eine weitere Steigerung all dieser furchtbaren Erscheinungen bringen, die das Volk in seinen tiefsten Tiefen erregen und aufrütteln.

Wie wollen die bürgerlichen Abgeordneten vor den Wählern bestehen, wenn sie nicht einmal in den letzten Wochen vor der Wahl den guten Willen zeigen, etwas Ernstliches zur Milderung dieser unerhörten Notlage zu tun? Zur Milderung, sagen wir ausdrücklich, nicht zur Beseitigung! Denn wir wissen, daß diese Not ihre letzten Ursachen in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hat, die wir bekämpfen, während die bürgerlichen Abgeordneten sie vertreten und verteidigen. Wir verlangen von ihnen nicht, daß sie mit uns in diesen Kampf eintreten, denn wir erwarten keine Feigen vom Distelstrauch — aber wir und mit uns neun Zehntel des Volkes verlangen, fordern aufs eindringlichste von ihnen, daß sie ungesäumt das tun, was innerhalb der Grenzen ihrer eigenen Möglichkeit liegt, um den Massen Brot zu schaffen.

Die zeitweilige Aufhebung aller Lebens- und Futtermittelzölle, die freie Einfuhr von Vieh, die Beseitigung der Einfuhrscheine, die Einführung gefrorenen überseeischen Fleisches — das alles sind Maßnahmen, denen unter den gegenwärtigen Umständen auch die bürgerlichen Abgeordneten, selbst die eingefleischten Agrarier unter ihnen, unbedingt zustimmen müssen, wenn sie nicht einfache Verbrecher sind. Selbst für diejenigen, die den Agrarschutzzoll unter normalen Zuständen für richtig halten, kann dieser Zollschutz nichts Unabänderliches und Ewiges sein. Auch sie müssen, wenn sie nicht allen menschlichen Gefühles bar sind, einsehen, daß man die Atmung eines Erstickenden nicht noch künstlich erschweren darf.

Dazu kommt, daß die Aufhebung der Futtermittelzölle den kleineren Landwirten, die ihren Haupterwerb in der Viehzucht finden, nicht Schaden sondern Nutzen bringen würde. Was will also die Masse der notleidenden Bevölkerung? Nichts, was den kleinen Bauern schadet! Sie will nichts als eine Verminderung ihrer Leiden, soweit diese durch gesetzliche Maßnahmen künstlich gesteigert sind!

Wenn die bürgerlichen Abgeordneten jetzt nicht die Stimme des Volkes hören wollen, so werden sie in drei Monaten seinen Arm zu spüren bekommen, und so furchtbar dann das Gericht auch werden mag, es wird gerecht sein!

Das Dritte: Sorgt für reine Wahlen! Bezeigt den Gesetzen, die Ihr selbst oder Eure Vorgänger gegeben haben, Achtung, duldet nicht, daß sie von Willkür mit Füßen getreten werden! Sichert das Wahlgeheimnis! Sichert die Versammlungsfreiheit! Schafft endlich wieder dem Gesetz Anerkennung, das den Reichstagswählern ein gleiches Wahlrecht gegeben hat, führt die gesetzlich vorgeschriebene Neueinteilung der Wahlkreise durch!

Wenn der Reichstag vor seinem Ende diese drei guten Dinge tut, wenn er den Frieden sichert, dem Notstand steuert, für reine Wahlen sorgt, dann können die bürgerlichen Abgeordneten, die an solchen Beschlüssen mitgewirkt haben, wenn nicht mit gutem, so doch mit erleichtertem Gewissen vor die Wähler treten, und auch ihr sozialdemokratischer Gegner wird ihnen begrenzte Anerkennung für ihre Haltung nicht versagen. Wenn sie sich aber, angesichts der großen Abrechnung, noch immer nicht dazu entschließen können, den drei großen Volksnotwendigkeiten des Augenblicks zu genügen, dann können sie dessen gewiß sein, daß fürchterliche Musterung unter ihnen gehalten werden wird.

Dann wird ihnen auch die von der Sozialdemokratie längst geforderte Versicherung der Privatbeamten nicht helfen, die jetzt, im Augenblick der höchsten Not, der breiten Schicht der Angestellten als Wahlköder hingeworfen werden soll. Mit allen anderen Dingen, die sie beschäftigen, Schiffahrtsabgaben, Strafgesetzverschärfung, Telephonverteuerung, können sie doch ihr Schuldkonto, wie sie wohl selber ganz gut wissen, nur noch mehr belasten. Nichts, auch nicht die schönste Demagogenkunst, wird ihnen dann helfen. Die Stunde der Reichstagseröffnung stellt sie vor die letzte unwiderrufliche Entscheidung: Entweder sie mit dem Volke, oder das Volk gegen sie!

Mit frischen Zeichen des Sieges geschmückt, im Bunde mit ungeheuren, täglich noch wachsenden Massen des Volkes fester denn je davon überzeugt, daß ihr Weg der richtige ist, betritt die Sozialdemokratie den Schauplatz der letzten Reichstagskämpfe. Was nun beginnt, ist der Anfang vom Ende, aber nur für die Feinde des Volkes bedeutet dieses Ende ein trostloses Nichts. Für das Volk und die wirklichen Volksvertreter knüpft sich auch an dieses Ende ein neuer Anfang.

Der Anfang einer besseren Zeit! Und um seinetwillen heißt es nun vorwärts in den Kampf!

Schlesische Wahlkampfbilder.

Der nervöse Landrat!

Recht unangenehm ist den Konservativen die rührige Agitation der Nationalliberalen im Wahlkreise Strehlen-Nimptsch. Wenn sich auch Herr Kröpelin nicht wesentlich von dem konservativen Abgeordneten Rother unterscheidet, denn beide sind Reaktionäre, so möchten doch die Konservativen gern das Mandat halten. Im Laufe der vorigen Woche war es den Nationalliberalen gelungen, in Nimptsch, das nach keine organisierten Sozialdemokraten in seinen Mauern hat, eine Versammlung abzuhalten. Gegen Herrn Kröpelin polemisierte Pastor Nitschke aus Breslau, aber derartig unglücklich, daß die Konservativen ihre Position wanken sehen. Dann versuchte der Landrat des Kreises Nimptsch noch etwas zu retten, und es entspann sich nach dem „Volksboten“ folgendes Intermezzo:

„Als Nitschke noch einmal das Wort ergriff, wurden Rufe laut, wie: Raus, Quatsch, Schluß usw. Herr Geheimrat von Goldfuß sprach dann noch einige Worte im größten Zorn gegen die Nationalliberalen. Herr Greupner erwiderte, daß er die Autorität des Landrats von Goldfuß im Kreise Nimptsch anerkenne, ebenso schätze er dessen Tätigkeit hoch; aber heute betrachte er ihn nicht als Landrat, sondern als Angehöriger einer politischen Partei, der ebenso behandelt werden müsse, wie irgend ein anderer Angehöriger einer Partei. Die Versammlung wurde geschlossen.

Geheimrat von Goldfuß aber rief Herrn Pastor Kröpelin mit drohend erhobener Faust zu: „Sie muß der Teufel hierher gebracht haben!“ Und gegen den Professor Kirsten gerichtet, ebenfalls mit drohend erhobener Faust: „Das werde ich Ihnen eintränken!“ Herr Geheimrat von Goldfuß stieß die sich um Kröpelin drängenden Arbeiter zurück und befahl ihnen, nach Haus zu gehen.“

Die Landratsfaust stieß die Arbeiter zurück, auch befahl ihnen der Landrat nach Haus zu gehen. Die Nimptscher Arbeiter müssen noch sehr demütige Schäflein sein, sonst hätten sie auf den „Befehl“ des Herrn Landrat die rechte Antwort gegeben.

Die „Waffen“ nieder!

Tagte da am Freitag in Priebor eine von nationalliberaler Seite einberufene Wählerversammlung, in welcher Herr Pastor Kröpelin seine Kandidatenrede hielt. Der Leiter der Versammlung, Herr Professor Kirsten, teilte bei der Eröffnung den Erschienenen mit, daß sie ihre Stöcke beiseite legen möchten, da der Gendarm dies wünsche. Er halte die Spazierstöcke für „Waffen“ im Sinne des Reichs-Vereins-Gesetzes (§ 11). Herr Kirsten bat, diesem Wunsche Rechnung zu tragen, erklärte aber, er, sowie der Referent und der nationalliberale Parteisekretär Greupner, die zusammen am Vorstandstische saßen, gehörten in die Klasse der Fürchtenichts, trotzdem wagten sie es aber nicht, den überwachenden Beamten auf das Unberechtigte seines Verlangens aufmerksam zu machen. Dies holte erst in der Diskussion unser Genosse Th. Müller aus Breslau nach, der dem Vertreter der Ortspolizeibehörde den Nachweis erbrachte, daß Spazierstöcke nicht als Waffen im Sinne des § 11 des Reichs-Vereins-Gesetzes aufgefaßt werden können. Herr Kröpelin verulkte allerdings das Polizeigebot indem er sagte: „Nicht wahr, liebe Leute, Ihr habt die Stöcke nicht mitgebracht, um mich zu verprügeln?“ Man sieht aber, welch tolle Dinge sich die schlesischen Polizisten noch leisten.

„Ich verbiete alle Versammlungen!“

Zu diesem kategorischen Befehl hat sich der Amtsvorsteher von Stoberau aufgeschwungen. Er will erst keine Umstände mehr haben, hält einfach das Vereinsgesetz auf und macht sich, wie ein türkischer Paicha seine eigenen Gesetze. Dreimal bereits sollten in Stoberau Versammlungen unter freiem Himmel abgehalten werden, aber jedesmal hat sie die Amtsgewalt zu verhindern gewußt. Am 27. August sollte die erste Versammlung stattfinden, aber der Amtsvorsteher-Stellvertreter versagte dazu die Genehmigung wegen — Feuersgefahr. Eine Beschwerde bei dem Landrat Graf v. Roedern hatte nicht den erwünschten Erfolg. Er stützte den Vertreter des Amtsvorstehers, die Antwort auf die an den Regierungspräsidenten weiter gegebene Beschwerde ist noch nicht eingetroffen. Ende September wurde von neuem um die Genehmigung zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung auf dem Grundstücke des Maurers Hoffmann nachgesucht. Diesmal versagte der Amtsvorsteher Braubach dieselbe, weil er das rechte Grundstück nicht herausfinden konnte. Am letzten Sonntag endlich rückt er mit seinen wahren Gründen heraus, indem er schreibt:

„Aber auch aus anderen Gründen der Wahrung der öffentlichen Sicherheit **muß ich diese sowie auch jede andere Versammlung dieser Art — zumal Sonntags — ablehnen.**“

Das heißt auf gut Deutsch, für den Amtsbezirk Stoberau ist unter dem Regiment des Herrn Braubach das Reichsvereinsgesetz ausgeschaltet. Doch hören wir seine Begründung:

„Ich muß infolge Ansammlung der verschiedensten Elemente bei dem Charakter der hiesigen Landbevölkerung ernstlich befürchten, daß es zu Reibereien und Unruhen kommt und daß daraus schlimme Folgen entstehen können, besonders wenn einzelne Personen, was sicher nicht ausbleiben wird, dem Alkohol vorher zugesprochen haben.“

Auch gegen diese wohl einzig dastehende Ablehnung ist der Beschwerdeweg beschritten worden. Natürlich vergeht inzwischen der Herbst und die Versammlungen brauchen dann nicht verboten werden. Sie verbieten sich von selbst. Daß die Ablehnungsgründe dieses Amtsvorstehers ebenso hinfällig als ungesetzlich sind, versteht sich am Rande. Denn in den benachbarten Amtsbezirken, in Leubusch und Tschöpiowitz, finden fortwährend Versammlungen unter freiem Himmel statt, ohne daß Feuer ausbricht, Betrunkene verunglücken, Prügeleien stattfinden und der Staat zugrunde geht.

Frühmorgens wenn die Hähne krähen!

Auch in Guhrau-Steinau-Wohlau regen sich die Nationalliberalen ein wenig gegen den Konservatismus und ihr Wohlauer Führer, der Oberlehrer **Jansen**, liegt den Agrariern schwer im Magen. Ganz wie ein obsköner Sozialdemokrat wird er in der Nitschkepresse als „Volksbeglücker und Jugendbildner“ beschimpft und am letzten Freitag attackierten ihn in einer Versammlung in Petranowitz der Landrat (!) v. Engelmann, der Steuerinspektor Tschäpke und der Rittergutsbesitzer v. Beöc.y. Diese drei Herrschaften mißbrauchten die Redezeit so, daß die Versammlung erst um **drei Uhr Morgens** geschlossen werden konnte! Zum Dank dafür, daß die Konservativen so ausgiebig zum Wort gelassen wurden, denunziert die Nitschke'sche „Morgenzeitung“ den Oberlehrer Jansen in folgender schäbiger Weise:

„Nur dürfte es erheblich zweifelhaft sein, ob Herr **Oberlehrer Jansen** nach solch einer Dauerredeschlacht am Morgen noch die für seinen **Beruf** erforderliche Frische, Ruhe, Sammlung und Stimmkraft besessen haben wird!“

Ein Wink für die vorgesetzte Behörde! Ob der **Landrat** von Engelmann am anderen Morgen die nötige Ruhe, Frische und Sammlung für **seinen** Beruf gehabt hat, darnach fragt das Käseblatt nicht, es ist wahrscheinlich der Meinung: **der hat ja Zeit zum Schlafen!** Ebenso die anderen rittergutsbesitzenden Herren. Nach solchen Vorspielen kann man ermessen, auf welchem tiefen Niveau sich der Wahlkampf unter den bürgerlichen Parteien in Schlesien in den nächsten Monaten abspielen wird.

Politische Uebersicht.

Oppersdorffs „Fatzkereien“.

In einer Zentrumsversammlung, die am Sonntag im Piushause zu Breslau tagte, sprach der Reichstagskandidat des Zentrums für den Kreis Breslau (Land)-Neumarkt Graf Henckel-Donnersmarck über: „Die gegenwärtige politische Lage“ und kam dabei auch auf den Zwist in den Reihen des Zentrums zu sprechen. Wie der vornehme, gebildete Herr mit dem Grafen-Titel das tat, verdient der weiteren Oeffentlichkeit mitgeteilt zu werden; er sagte:

Im eigenen Lager drängen sich einzelne abweichende Stimmen vor, aber die Partei selbst ist einig! Den Anfang machte die Osterdienstags-Konferenz in Köln, die eine Definition des politischen Zentrums geben wollte, was **vollkommen überflüssig** war. Das Zentrum hat sich durch seine vierzigjährige glorreiche Tätigkeit selbst definiert. (Tosender Beifall.) Zwei Schlagworte werden in die Massen geworfen: „Kölner und Berliner Richtung“. Diese Richtungen bestehen aber nur auf wirtschaftlichem Gebiete, nicht auf politischem Gebiete. (Aha!) Beide Richtungen auf wirtschaftlichem Gebiete sind von höchster kirchlicher Stelle gut geheißen und brauchen sich nicht zu befehden. **Hochmut, Herrschsucht, politische Unreife und Dünkel**, das sind die Gründe, weshalb einzelne Personen und Zeitungen die Quertreibereien ins Werk setzen! (Stürmischer Beifall.) Angesichts der politischen Lage ist solches Treiben eine **Gewissenlosigkeit; das katholische Volk verbittet sich solche albernen Fatzkereien**, es will von den **Querköpfen** absolut nichts mehr hören! (Stürmischer Beifall.) Das Zentrum hat wichtigere Aufgaben zu erfüllen als jemals, vor allem die Aufrechterhaltung der christlichen Schule. (Brausender Beifall).

So reden katholische **Grafen** miteinander, so werden katholische Pfarrer wie Nieborowski von den eigenen Parteifreunden unter „stürmischem Beifall“ gekennzeichnet. „Hochmut, Herrschsucht, politische Unreife, Dünkel, Querköpfe und Fatzkereien“, das sind so die Titel und Eigenschaften, die sich die Frommen an den Kopf werfen, so dem Herrn dienen in Liebe und Sanftmut. Das Echo wird nicht ausbleiben. Wenn wir Heiden und Volksschulsöhne uns in Dresden etwas drastisch ausdrückten, da stellten sich diese Wahrer des guten Tones blaß vor Schreck. Sie aber, die Universitäten und Priesterseminare besucht haben, werfen sich Schmutzklöße an den Kopf gleich halbwüchsigen Schulbuben. „Kindlein, liebet einander!“ möchten wir den Frommen predigen!

Von preußischen Hochschulen.

Einen furchtbaren Streich gegen die Korruption des preußischen Dreiklassensystems hat auf dem Deutschen Hochschullehrertag ein Wissender, der Heidelberger Universitätsprofessor Max Weber geführt, durch seine Enthüllungen aus der Aera Althoff, mit der er selber durch die persönliche Erinnerung verbunden ist. Weber hat erklärt, daß er seinerzeit als preußischer Dozent von der Regierung auf alle mögliche Weise gefördert wurde, daß er aber diese Förderung nicht seinen Fähigkeiten, sondern dem nationalliberalen **Landtagsmandat seines Vaters** zu danken hätte, und er fügte, von seiner eigenen Erfahrung ausgehend hinzu, daß das preußische Abgeordnetenhaus nichts weiter sei als eine Patronage für die Söhne führender Politiker. Ihm selber habe man zugemutet, einen **geheimen Lehrvertrag** zu unterschreiben und habe ihm gedroht, daß die Professoren Bruner und Gierke (zwei berüchtigte Reaktionäre) sonst nicht für seine Ernennung stimmen würden. Der verstorbene Ministerialdirektor Althoff habe alle Hochschullehrer, mit denen er zu tun gehabt habe, von vorneherein als Schufte und ordinäre Streber betrachtet, man dürfe sich also nicht wundern, wenn manche von ihnen das dann auch wirklich geworden seien.

Die preußische Regierung hat gegen diese wahrhaft niederschmetternden Beschuldigungen bisher nicht ein Wort der Rechtfertigung oder Entschuldigung gefunden. Sie überläßt ihre Verteidigung der reaktionären Presse, die über Webers Rede außer Rand und Band geraten ist, und im Unbedacht der Erregung ihre ganze Niederträchtigkeit erst recht verrät. So schreibt die „Kreuzzeitung“:

Offenbar glaubte Althoff in dem Sohne auch einen Mann von gemäßigten politischen Anschauungen vor sich zu haben und nicht den Demokraten, als der er sich nachher entpuppte.

Offener kann man nicht zugeben, daß in Preußen die Hochschulämter nicht nach dem wissenschaftlichen Verdienst vergeben werden, sondern nach der Qualität der politischen Gesinnung. Neben geschriebenen Lex Arons gegen Sozialdemokraten gibt es noch eine ungeschriebene Lex Weber gegen mißliebige **bürgerliche** Politiker.

In Preußen der Dreiklassenherrschaft gibt es keine Freiheit und kann es keine geben. Darum müßte jeder Professor, der kein „Schuft und ordinärer Streber“ sein will, mit der Sozialdemokratie für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht kämpfen.

Aber, wo sind die Herren Professoren im preußischen Wahlrechtskampfe bisher geblieben?

Eine badische Landtagsersatzwahl? Aus Baden schreibt man uns: Der 27. Landtagswahlkreis des Großherzogtums Baden (Lahr-Land) ist in letzter Zeit im Besitze der fortschrittlichen Volkspartei gewesen. Bei der Landtagswahl 1909 erhielt der bisherige Vertreter, Demokrat Dr. **Heimburger**, 2156 Stimmen, der Sozialdemokrat **Geck** 1235 und der Vertreter des schwarzblauen Blocks, der konservative **Schnebelt**, 2103 Stimmen. Mit Hilfe der Sozialdemokraten siegte Dr **Heimburger** in der Stichwahl. Seit Anfang dieses Jahres ist **Heimburger** an einem Gehirnleiden erkrankt und in die Irrenanstalt gebracht worden, wo der vortreffliche Pädagoge unheilbar dahinsiecht. Seine Entmündigung (Pflegschaft wegen geistigen Gebrechens) ist geschehen. Es ist deshalb die Mitgliedschaft Dr Heimburgers für die zweite badische Kammer nach den gesetzlichen Bestimmungen **erloschen**, da die Voraussetzungen der Wählbarkeit weggefallen sind. (§ 36 u. a. der Verfassung.) Im Dezember beginnt die badische **Ständeversammlung** (zweite Session der gegenwärtigen Legislatur). Es ist nicht anzunehmen, daß die Wählerschaft damit einverstanden wäre, wenn der 27. Wahlkreis **ohne Vertretung bliebe**. Bisher hat aber das Ministerium des Innern, welches die Nach- und Ersatzwahlen anzuordnen hat, noch nichts unternommen. Da seit den allgemeinen Wahlen ein Jahr verflossen ist, so müssen für die Ersatzwahl **neue** Wählerlisten aufgestellt und ausgelegt werden.

Preßkorruption. Das Treiben eines Börsenjournalisten wurde in einem Beleidigungsprozeß bloßgelegt, der am Sonnabend nach dreitägiger Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin zu Ende kam. Der Herausgeber des „Plutus“, Georg **Bernhard**, klagte gegen den Herausgeber der „Bank- und Handelszeitung“, **Dr. Walter Manke**, der in vier Artikeln behauptet hatte, der Kläger nehme Trinkgelder. Manke hingegen erhob Widerklage, weil ihn Bernhard durch den Vorwurf der Bestechlichkeit beleidigt habe. Aus der Verhandlung ging Bernhard vollständig gerechtfertigt hervor. Das **Urteil** lautete:

„Der Angeklagte Dr. Manke ist der Beleidigung des Privatklägers in 4 Fällen schuldig und wird zu **600 Mk. Geldstrafe** eventuell 60 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Privatkläger Bernhard ist der Beleidigung in einem Falle schuldig und zu **50 Mark Geldstrafe** eventuell 5 Tagen Gefängnis verurteilt, in zwei weiteren Fällen **freigesprochen und in drei** weiteren Fällen wird wegen Verjährung das Verfahren eingestellt. Von den gerichtlichen Kosten werden neun Zehntel dem Angeklagten, ein Zehntel dem Privatkläger auferlegt. Beiden Parteien wird Publikationsbefugnis im „Plutus“ und in der „Bank- und Handels-Zeitung“ zugesprochen.“

In der Begründung des Urteils heißt es:

Der Gerichtshof hat den Wahrheitsbeweis des Angeklagten für die in seinen vier Artikeln gegen den Privatkläger erhobenen Vorwürfe, daß er Trinkgelder erhalten habe, in keiner Weise für erbracht erachtet. Davon könne gar keine Rede sein, wie überhaupt der Gerichtshof **in keiner Beziehung irgend etwas Nachteiliges für den Privatkläger als erwiesen ansieht, im Gegenteil steht er im günstigsten Lichte da.** Dem Angeklagten stehe bei seinen ganz unbegründeten Vorwürfen der Schutz des § 193 nicht zur Seite. Was die Widerklage betrifft, so richte sie sich gegen den Vorwurf, daß der Angeklagte als bestechlicher Journalist hingestellt werde. **Das Gericht hält den Vorwurf der Bestechlichkeit für erwiesen.** Pflichtwidrig handle der, der sich mit den Pflichten seines Berufs in Widerspruch setzt. Das habe der Angeklagte als Journalist, und zwar als Börsenjournalist, getan. Das Gericht hat diesen Beweis durch mehrere Fälle für dargebracht erachten müssen. So hat Dr. Manke nach der Bekundung des Direktors der Kommerz- und Diskonto-Bank, Simon, bei einer großen Emission die die Bank vornahm, 500 Mark in einem Kuvert von dem Zeugen erhalten, damit dieser nichts Ungünstiges schreibe. Beim Empfang erklärte der Angeklagte, er habe eigentlich auf 1000 Mark gerechnet. Nach Bekundung desselben Zeugen sind unberechtigte und abfällige Kritiken über die Bank in des Angeklagten Zeitung unterblieben, nachdem **Inserate** seitens der Bank aufgegeben waren. Auch hat Angeklagter **Inserate ohne Auftrag** gedruckt und deren Zahlung verlangt. Ferner ist durch das Zeugnis des Generaldirektors der A. E. G. und der B. E. W., Geheimrat Rathenau, folgendes erwiesen: Diesem Zeugen fiel auf, daß Dr. Manke durch unberechtigte und unerhebliche Ausführungen die Versammlungen hinzog. Er ließ ihn deshalb kommen und sagte ihm, er würde ihm unter der Bedingung, daß er nicht mehr das Wort nehme, für jede der Gesellschaften **nach jeder Generalversammlung 150 Mark** zahlen. Von da ab kam Dr. M. zwar noch öfter in die Versammlungen, die unnötigen Belästigungen hörten aber, da die 150 Mark stets gezahlt wurden, auf. Der Angeklagte hat sich also nach Ansicht des Gerichts der Bestechung in dem Sinne schuldig gemacht, daß er eine verwerfliche, seinen Pflichten als Journalist widersprechende Handlung beging. Der Privatkläger hat sich nach Ansicht des Gerichts nur in einer seiner Artikel mit der Ueberschrift „Inseratenbettel“ von seinem Temperament hinreißen lassen und die Schutzgrenzen des § 193 überschritten, der Gerichtshof habe aber erwogen, daß er durch den Angeklagten aufs schwerste angegriffen war und in begreiflicher Erregung zu weit gegangen ist.“

„Umsturz“ im Kriegerverein. Ein humoristischer Zwist ist in dem Alt-Glienicker Kriegerverein Straßburg ausgebrochen. Vom Kreiskriegerverbande Teltow ist vor einigen Tagen dem Vorstand die Aufforderung zugegangen, den ersten Vorsitzenden und zwei Mitglieder auszuschließen, weil die drei in einer öffentlichen **Gemeindevertretersitzung** die Interessen der Sozialdemokratie insofern unterstützt haben sollen, als sie einen sozialdemokratischen Gemeindevertreter als Mitglied der **Schuldeputation** wählten. Die vom Preußischen Landes-Kriegerverbande eingeleitete Untersuchung „verurteilte“ deshalb die drei Kriegervereinler zum Ausschluß. Die Sache wird jedoch dadurch kompliziert daß der Kriegerverein **sich weigert**, dem Beschluß des Kreisverbandes nachzukommen und eine Beschwerde an seine vorgesetzte Stelle erhoben hat. — Wenn die Sache sich wirklich so verhält, wird es Zeit, daß die „vorgesetzte Stelle“ ein Machtwort spricht. Wohin soll es führen, wenn der Umsturz sich schon im Schoße des Kriegervereins breitmacht!?

Pfarrer Traub opponiert. Pfarrer Traub ist **nicht** zur Vernehmung nach Münster gegangen, nachdem er beim Oberkirchenrat das Münsterische Konsistorium **abgelehnt** und es davon benachrichtigt hat.

Bekämpfung der Schundliteratur. Demnächst beginnen kommissarische Beratungen zwischen den Vertretern der beteiligten Reichsämter und der preußischen Ministerien über etwaige gesetzgeberische Maßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung der Schundliteratur.

Die letzten Tage von Pompeji.

Von E. Bulwer.

41]

Das Gewissen des Arbaces war nur geistiger Natur; es wurde durch keine moralischen Gesetze zurückgeschreckt. Er glaubte, daß, wenn der Mensch der Masse Schranken ziehen könne, so vermöge er auch durch höhere Weisheit sich über sie zu erheben. „Wenn (so folgerte er) ich die Macht habe, Gesetze zu bilden, zu beherrschen? Habe ich nicht noch mehr das Recht, die Erzeugnisse von Geistern, denen ich überlegen bin, zu verachten und zu vernichten?“

Indem er die geistige Macht als das größte aller irdischen Güter betrachtete, fühlte er sie gerne in sich selbst durch den Einfluß, den er auf alle, die ihn umgaben, auszuüben versuchte. Deshalb suchte er auch immer auf die Jugend zu wirken — deshalb suchte er sie zu fesseln und zu leiten. Er wählte sich seine Untertanen in den Gemütern der Menschen — er wollte über ein unsichtbares und körperloses Reich gebieten! — wäre er weniger reich und weniger sinnlich gewesen, so würde er sich bemüht haben, der Stifter einer neuen Religion zu werden. Jetzt aber wurde seine Tatkraft durch seine Genußsucht gehemmt.

Es ist gewöhnlich der Fluch sinnlicher Menschen, daß sie erst wirklich zu lieben anfangen, wenn die Sinne selbst bereits abgestumpft sind — die Glut ihrer Jugend erlischt nach und nach in der Befriedigung unzähliger einzelner Neigungen; und ihr Herz ist bereits erschöpft. Auch der Aegypter hatte, indem er dem Genuß ewig nachjagte und seine feurige Einbildungskraft dessen Reize vielleicht überschätzt hatten, den besten Teil seiner Jahre verloren, ohne den Gegenstand seiner Wünsche zu erreichen. Als er zuerst Jone sah, glaubte er, daß sie ihm wahre Liebe einflößen könne. Er stand damals in jenem Lebensalter, in welchem der Mann von der einen Seite die entschwundene Jugend, von der anderen das dunkel hereinbrechende Alter sieht; eine Zeit, in der wir vielleicht mehr als jemals streben, uns, ehe es zu spät sein möchte, zu sichern, was wir für den Genuß eines Lebens noch, durch die Erfahrung belehrt, für notwendig halten, dessen bessere Hälfte bereits verschwunden ist.

Arbaces hatte, um das Herz der Jone zu gewinnen, eine Ausdauer und Geduld aufgeboten, wie er sie früher noch nie auf seine Vergnügungen verwendete. Er begnügte sich nicht bloß, zu lieben; er wünschte auch, wieder geliebt zu werden. In dieser Hoffnung hatte er die sich immer mehr entwickelnde Jugend der schönen Neapolitanerin beaufsichtigt; und da er den Einfluß des Geistes auf diejenigen kannte, die selbst einer geistigen Ausbildung genießen, so war er schon aus dieser Rücksicht auf eine sorgfältige Erziehung der Jone bedacht gewesen, in der Ueberzeugung, sie werde dann am besten seine Ansprüche auf ihre Neigung zu schätzen imstande sein; nämlich einen Charakter, der, wenn auch lasterhaft und verderbt, doch in seiner ursprünglichen Anlage erhaben und edel war. — Er ermutigte sie sogar zum Umgange mit jenen geistlosen Menschen, die sich bloß dem leersten Treiben hingeben, weil er voraussetzte, daß ihr Gemüt, für höhere Bedürfnisse geschaffen, bald eine bessere Gesellschaft vermissen, und daß durch die Vergleichung mit andern er in ihrem Herzen gewinnen würde. Er hatte vergessen, daß, wie die Sonnenblume zur Sonne, so die Jugend sich zur Jugend wendet, bis bald seine Eifersucht gegen Glaukus ihn von seinem Irrtum überzeugte. Von diesem Augenblick an wurde eine Leidenschaft gewaltiger und stürmischer, die er lange in ihren Schranken gehalten hatte, obgleich er, wie wir gesehn haben, noch nicht genau wußte, wie viel er zu befürchten habe. Nichts entzündet das Feuer der Liebe mehr, als die Sorgen der Eifersucht; die Flamme wird durch sie wilder und unwiderstehlicher; die Sanftmut und die Zärtlichkeit selbst nehmen etwas von der Gewalt und dem Ungestüm des Hasses an.

Arbaces beschloß, mit vorsichtigen und in ihrem Erfolge unsicherern Vorbereitungen weiter keine Zeit zu verlieren; er beschloß, zwischen sich und seinen Nebenbuhlern unübersteigliche Schranken zu ziehen; er beschloß, sich der Person der Jone zu bemächtigen. Allerdings konnte bei dieser Liebe, die so lange gepflegt und durch reinere Hoffnungen als bloß die der sinnlichen Leidenschaft genährt war, der Besitz allein ihn nicht befriedigen. Er wünschte nicht allein die Schönheit, sondern auch das Herz und den Geist der Jone zu gewinnen; aber er bildete sich ein, daß, wenn sie erst durch ein kühnes Verbrechen von den übrigen Menschen getrennt und durch ein Band mit ihm verknüpft sei, daß selbst die Sklaverei nicht aufzulösen vermöge, sie gezwungen sein werde, ihre Gedanken bloß mit ihm zu beschäftigen — daß er durch seine Kunstgriffe die Eroberung vollenden, und, wie einst bei den Römern und Sabinern, die durch Gewalt erlangte Herrschaft durch mildere Mittel zu befestigen sein werde. Dieser Beschluß reifte noch mehr in ihm durch seinen Glauben an die Weissagungen des Sternenhimmels; sie hatten ihn schon oft vor diesem Jahr und selbst vor diesem Monat gewarnt, als dem Zeitpunkt, wo ein schreckliches Schicksal seinem Leben selbst Gefahr drohen werde. Er sah ein bestimmtes Ziel vor sich und beschloß, alles, was seinem Herzen teuer war, um seinen Grabhügel, wie um den eines gestorbenen Monarchen, zu versammeln. Er beschloß, mit seinen eigenen Worten, wenn er doch sterben solle, auch fühlen zu wollen, daß er gelebt habe und Jone zu der Seinigen zu machen.

17. Kapitel.

Die Abenteuer der Jone in dem Hause des Arbaces. — Das erste Vorzeichen von der Wut des schrecklichen Feindes.

Als Jone in die geräumige Halle des Aegypters trat, ergriff sie derselbe Schauder, den ihr Bruder bei seinem Eintritt gefühlt hatte; die stillen und traurigen Züge jener thebanischen Sphinxe, deren majestätischer und leidenschaftsloser Ausdruck sich im Marmor so gut wiedergeben läßt:

„Uralte Erfahrung spiegelt der Blick,
Der Ewigkeit Geist die Augen zurück —

schienen ihr, wie ihrem Bruder, etwas Unheilschwangeres und Warnendes anzudeuten.

Die schlanke äthiopische Sklavin lächelte schadenfroh, als sie Jone einließ und winkte ihr, weiter zu gehen. In der Mitte der Halle empfing sie Arbaces in einem festlichen Gewande, welches von Juwelen glänzte. Obgleich es noch heller Tag war, so hatte man doch das Innere des Hauses, nach der Sitte der Vornehmen, künstlich verfinstert, und die Lampen warfen ihren Strahl in das marmorne Gewölbe und auf den glatten Fußboden.

„Schöne Jone“, sagte Arbaces, indem er sich neigte, um ihre Hand zu berühren, „du bist es, die den Tag verfinstert hat — deine Augen erleuchten diese Hallen — dein Atem erfüllt sie mit Wohlgerüchen.“

„So mußt du nicht mit mir sprechen“, erwiderte Jone; „du weißt, daß deine Weisheit mich hinlänglich unterrichtet hat, um mich gleichgiltig gegen diese persönlichen Schmeicheleien zu machen. Du selbst hast mich die Schmeicheleien verachten gelehrt; soll deine Pflegetochter wieder verlernen, was sie gelernt hat?“

Es lag in dem Benehmen der Jone etwas so Reizendes und Unbefangenes, indem sie dieses sprach, daß der Aegypter verliebter als je, und mehr als je geneigt wurde, den eben gerügten Fehler zu erneuern, doch vermied er es noch.

Er führte sie durch mehrere Zimmer eines Hauses, welches ihr, die noch keine andere Pracht kannte, als die weniger bedeutende Eleganz campanischer Städte, alle Schätze der Welt zu enthalten schien.

An den Wänden prangten Gemälde von unschätzbarem Wert, der Glanz des Lichtes bestrahlte Statuen von den besten griechischen Meistern; das kostbarste Holz war in den Türen und Schwellen eingefügt; Gold und Edelsteine waren überall verschwenderisch angebracht. Bisweilen befanden sie sich allein in diesen Zimmern, dann kamen sie durch eine Reihe knieender Sklaven, die Jone seidne Armbänder, goldene Ketten und andere Kostbarkeiten darboten, welche anzunehmen jedoch der Aegypter sie vergebens ersuchte.

(Fortsetzung folgt.)

Der Termin der Reichstagswahlen. In der bürgerlichen Presse setzt wieder das Frage- und Antwortspiel über den Termin der Reichstagswahlen ein. Demgegenüber sei noch einmal betont, daß im Sommer dieses Jahres, wo das Reichsamt des Innern wegen der elsaß-lothringischen Verfassungsfrage mit verschiedenen Parteien Fühlung nahm, ein maßgebender Vertreter des Reichsamts des Innern ausdrücklich erklärt hat, daß als Termin für die Neuwahlen der 15. oder der 16. Januar 1912 in sichere Aussicht genommen sei.

Noch eine Vorlage für den Reichstag. Unter den Vorlagen, die dem neuen Reichstage zugehen werden, befindet sich die Novelle zum Reichsbeamtengesetz, die das Wiederaufnahmeverfahren im Disziplinarverfahren wieder einführen will. Trotz erheblicher sachlicher Schwierigkeiten sind wie das „Berliner Tageblatt" erfährt, die Verhandlungen zwischen den Ressorts in dieser Materie erfolgreich gewesen. Zu den größten Schwierigkeiten zählte die Wiedereinsetzung eines disziplinierten Beamten für den Fall seiner Rechtfertigung. Ueber diesen Punkt ist jetzt eine Einigung erfolgt. Der Beamte wird in seine Stellung wieder eingesetzt; für den Fall, daß seine Stellung bereits besetzt worden ist, erhält er eine andere gleichwertige. Will er in den Reichsdienst nicht mehr eintreten, so werden seine Ansprüche durch eine Geldentschädigung abgelöst.

Die städtische Verbrauchssteuer auf Wild in Baden abgeschafft. Der Karlsruher Stadtrat hat — unter Anwendung des reichsgerichtlichen Urteils in der Straßburger Oktroi-Angelegenheit — beschlossen, dem Stadtverordnetenkollegium eine Vorlage zu unterbreiten, der zufolge auf Wildbret und Geflügel, ebenso auf Fische und Brennstoffe, städtische Verbrauchssteuern nicht mehr erhoben werden. Auch die anderen badischen Städte sind gezwungen, diesem Beispiele zu folgen.

Dürfen sie denn das? So fragt sich die „Deutsche Tageszeitung" angesichts der massenhaften Teuerungsversammlungen, die von der Sozialdemokratie einberufen werden. Und meint dazu:

Das Flugblatt, welches Genossen und Genossinnen zu diesen Versammlungen einlädt, ist ein derartig niedriges und hetzerisches Machwerk, daß unseres Erachtens die Behörden es unmöglich unbeachtet lassen können. Sie werden sich im Hinblick auf die geplanten Hetzversammlungen der Vorgänge in Wien erinnern und alles tun müssen, um ähnliche Ausschreitungen für Berlin unmöglich zu machen. Selbst ein Verbot der Versammlungen würde durch den Ton dieses Flugblattes ohne weiteres gerechtfertigt sein.

Das Gesetz, auf Grund dessen die Versammlungen verboten werden können, müßte erst gemacht werden. Aber was kümmert das die „Deutsche Tageszeitung?" Agrariers Wille ist das oberste Gesetz!

Ausland.

Die belgischen Gemeinderatswahlen.

Die Gemeinderatswahlen am Sonntag haben zu einem großen Sieg des antiklerikalen Kartells geführt. Die großen Städte des Landes fielen sämtlich den Antiklerikalen, Liberalen und Sozialisten zu und selbst in einzelnen Städten, die bisher vollkommen klerikal waren, zogen die neuen Kartellisten ein. Nach oberflächlicher Bekanntgabe des Resultats fand eine Versammlung des Kartells statt, in der der Bürgermeister von Brüssel, Max, sagte, daß heute schon die klerikale Regierung als verabschiedet zu gelten habe. Der Sozialist Huysmans kündigte an, daß er sofort nach der Eröffnung der Kammer ihre Auflösung beantragen werden.

Sämtliche Blätter der Opposition feiern in ihren Leitartikeln den Sieg der Klerikalen bei den Gemeinderatswahlen. Sie beglückwünschen sich besonders darüber, daß die Opposition in allen größeren Städten des Landes den Sieg errungen hat und teilweise sogar mit überwältigender Mehrheit. Man sieht in dem Ergebnis der Wahlen schon den Sieg der geeinigten Opposition bei den nächsten Parlamentswahlen voraus.

Die österreichische Kaiser-Familie als Nutznießerin der Volksbewucherung.

Das Märchen vom sozialen Königtum, das die Wagner und Stöcker vor einem Vierteljahrhundert eifrig verkündeten, kann vor den Tatsachen der Wirklichkeit keinen Augenblick bestehen. Wie könnte der Mann, der als „erster Edelmann" des Landes, als oberster Gardeoffizier und Korpsstudent das Oberhaupt aller Privilegierten, als größter Grundbesitzer, als Unternehmer und Kapitalist an allem Ausbeutertum in erster Linie mitinteressiert ist, ernstlich soziale Politik betreiben, die im schroffsten Gegensatz zu all diesen Interessen stehen müßte! Eine hübsche Illustration zu diesem Gegensatz zwischen Volks- und Familieninteressen, bei dem die letzteren immer die Oberhand behalten, bietet eine sozialdemokratische Interpellation über die Beteiligung des kaiserlichen Familienvermögens an den schlimmsten Ausbeuterorganisationen. Es wird darin bemerkt, daß der Ministerpräsident in der Obmännerkonferenz des Abgeordnetenhauses die Kartelle und den Zwischenhandel als die Hauptschuldigen an der Teuerung hingestellt hat. Praktische Folgerungen aus dieser Feststellung hat die Regierung freilich nicht gezogen. Es heißt dann weiter:

„Das Erstaunen der Völker ist umso begreiflicher, da sie beobachten können, daß zwar der Leiter der kaiserlichen Regierung auf die schädlichen Wirkungen der Kartelle hinweist, daß aber gleichzeitig die Privatdomänen des kaiserlichen Familienfonds und der Mitglieder des kaiserlichen Hauses an einigen mächtigen Kartellen beteiligt sind, so insbesondere an dem Zuckerkartell, dem Milchkartell, dem Spirituskartell und dem Eisenkartell. Zwar gehören die kaiserlichen Zuckerfabriken dem Zuckerkartell nicht förmlich an, aber es ist bekannt, daß sie mit ihm in enger Verbindung stehen und seine Preisfestsetzungen einhalten. Von den Liebesgaben, die der Staat dem Spirituskartell gewährt, bekommen auch die Spiritusbrennereien des Kaisers und der Erzherzöge ihren Teil, was umso erstaunlicher ist, als bekanntlich der Kaiser und die Erzherzöge von der Personaleinkommensteuer befreit sind. An dem Eisenkartell ist der Erzherzog Friedrich als Hauptgläubiger und Aktionär der Oesterreichischen Bergwerks- und Hüttengesellschaft beteiligt, und zur Verteuerung der Milch hat niemand mehr gedrängt als die Domänen-Verwaltung desselben Erzherzogs."

Die Interpellanten fragen danach, welche Konsequenz der Ministerpräsident aus diesem Widerspruch zwischen den Ueberzeugungen der kaiserlichen Regierung und der Praxis des kaiserlichen Familienfonds zu ziehen gedenke. — Die Antwort läßt sich voraussehen: Ein Erguß patriotischer Entrüstung über die Umstürzler, die so unverschämt den Schleier von der Volksfürsorge der allerhöchsten Herrschaften zu ziehen wagen. Am Ende ist der Erzherzog Friedrich oder seine sicher sehr fromme Gemahlin noch „Protektor" irgend einer Säuglingsfürsorge oder sonst wohltätiger Einrichtungen. Das ist doch für die Säuglinge der Armen sicher viel wertvoller, als das plebejische Interesse an billiger Milch.

Uebrigens könnte dieselbe Anfrage an die meisten monarchischen Regierungen gerichtet werden. Es ist noch unvergessen, wie und warum die deutsche Reichsregierung unter Mitschuld der liebesgabenfreundlichen Reichstagsmehrheit es abgelehnt hat, dem Antrag unseres Genossen Singer folgend eine Zusammenstellung der Empfänger der Branntweinliebesgabe dem Reichstag bekanntzugeben. Es wäre auch für die Königstreue der Massen eine schwere Belastungsprobe gewesen, zu erfahren, welch hohe Herrschaften, bis zum Hohenzollernthron hinauf, alljährlich Tausende und Zehntausende aus den Groschen der armen Branntweintrinker und den Erträgen der Schnapspest in ihre Privatschatullen fließen lassen. — Soziales Königtum!

Negerhasser unter den Sozialisten.

Aus New York, 21. September, wird uns geschrieben:

In keinem zivilisierten Lande sind Rassenhaß und Fremdenhaß stärker ausgeprägt als in Amerika. Jeder Einwanderer bekommt dies zu verspüren. Und nirgends, Rußland vielleicht ausgenommen, äußern sich Haß und Vorurteile brutaler als hier. Namentlich gegenüber den Negern, wie die zahlreichen Lynchereien, die Wahlentrechtungen und die anderen Ausnahmegesetze gegen die Schwarzen beweisen. Zu den wütendsten Hassern gehören die Mitglieder der Gewerkschaften. In den Südstaaten der Vereinigten Staaten ist den Negern der Beitritt zu den Gewerkschaften vielfach verwehrt. Die bloße Tatsache, daß Neger beschäftigt werden, hat deren weiße Mitarbeiter zur Arbeitseinstellung veranlaßt.

Selbst in den Kreisen der sozialistischen Partei findet man dieses Vorurteil gegen Neger. Nicht nur, daß ihnen der Beitritt zu den Organisationen der sozialistischen Partei nicht gestattet wird, sondern man weist sie sogar aus öffentlichen sozialistischen Versammlungen. Beschämende Einzelheiten darüber enthält ein Bericht, welchen Genossin Theresa Malkiel in dem New Yorker sozialistischen Blatte „The Call", veröffentlicht hat. In dem Artikel der Genossin Malkiel, welche im Auftrage der sozialistischen Partei eine Agitationstour durch die Südstaaten unternommen hat, heißt es: „In Bald Knob, Staat Arkansas, hatte ich eine unangenehme Erfahrung, welche mein Blut in Wallung brachte. Dort fand ein Picknick der Negerbevölkerung des Ortes statt; über 1000 Neger waren versammelt und sie ließen mich durch eine Deputation bitten, eine Rede zu halten. Ich erklärte mich bereit, aber sobald unsere Genossen es erfuhren, wollten sie es mir nicht gestatten, weil sonst ihre Organisation in die Brüche ginge, wie sie behaupteten. Der Herr beschütze uns vor solcher Sorte Sozialisten! Wir dürfen bei den Negern den Sozialismus nicht propagieren, weil die weißen Arbeiter einfältig genug sind, ihr Vorurteil von ihren Herren aufstacheln zu lassen gegen ihre Mitarbeiter, auf daß sie geteilt sind und gegeneinander ausgespielt werden können. Das Resultat ist, daß, falls die Weißen streiken, die Neger Streikbrecherdienste leisten und umgekehrt. Und nicht einmal unsere sozialistischen Genossen können dies Spiel durchschauen."

Und an anderer Stelle schreibt Genossin Malkiel: „In dem Orte Earl wurde ich von einem Dutzend Genossen und etlichen Hundert Negern empfangen, welche von weit und breit herbeigekommen waren, um einen sozialistischen Redner zu hören. Die armen Schwarzen! Sie wenden sich der sozialistischen Partei zu, als ihrer einzigen Hoffnung. Und zur unauslöschlichen Schande unserer südlichen Genossen sei es gesagt, sie behandeln sie wie die Hunde. Es regnete stark, und es war eigentlich töricht, unter freiem Himmel zu sprechen, aber sie umringten mich und bettelten, daß dies doch die einzige Gelegenheit für sie sei, mich zu hören, denn die Weißen würden ihnen das Betreten des Saales, wo ich am Abend sprechen sollte, doch nicht gestatten. Und ich vermochte nicht, ihre Bitte abzuschlagen, und sprach unter einer Bedachung, während die Neger über eine Stunde im Regen standen und der Botschaft des Sozialismus lauschten, die so ganz anders lautete, wie das, was die Leute um sie her praktizierten. Bevor ich meine Rede beendete, umstanden mich 600 Schwarze. Sie hungern förmlich nach der Wahrheit. Wir brauchen nur zu ihnen zu sprechen und ihnen den Weg zu weisen. Intelligenz sprach aus ihren Gesichtern, und meine Worte fielen auf guten Boden. Die meisten derselben sind Pächter, welche das ganze Jahr schwer arbeiten, die Hälfte ihrer Ernte an die Weißen, welche Besitzer des Landes sind, abgeben, und bei dem Handel stets betrogen werden.

In Earl bestand nie vorhin eine sozialistische Organisation. Wir gründeten eine mit zwölf Mitgliedern; sie machten keinen Versuch, die Neger zu organisieren, obwohl sie eine beliebige Zahl hätten erlangen können. Die Versammlung am Abend fand im Schulhause statt. Aufs neue wurde mein Mißmut erweckt. Etliche der Neger folgten uns in die Versammlung in der Hoffnung, daß die Sozialisten etwas humaner als die anderen wären und sie hineinließen. Aber unsere Genossen, welche die Brüderlichkeit und die Vereinigung der Arbeiter der Welt anstreben, hatten taube Ohren für die Bitten ihrer Brüder. Nicht einmal von meinem Ersuchen, die Neger in einem anstoßenden Zimmer zuzulassen, auf daß sie zuhören können, wollten sie etwas wissen. Wir begaben uns nach dem oberen Stockwerk und begannen mit der Arbeit. Einer der Neger war uns nachgeschlichen und hatte sich in der äußersten Ecke niedergelassen, als einer der Weißen sich erhob und ihn aus dem Saale wies. Ich remonstrierte, aber sie blieben dabei, daß ein Versuch meinerseits, dem Neger das Verbleiben zu sichern, zur Zerstörung der Bewegung führen müßte.

Ich kam mir wie ein Feigling vor, aber man wartete, daß ich zu reden beginne. An jenem Abend sagte ich ihnen manch bittere Wahrheit."

Die Bitterkeit der Genossin Malkiel ist begreiflich, ebenso die heftigen Proteste, die nach der Veröffentlichung des Malkielschen Artikels laut wurden und die sich in den Satz zusammenfassen lassen, daß zwar in Arkansas die Mitglieder der sozialistischen Partei rassenbewußt, aber nicht klassenbewußt sind. Und die Frage entsteht jetzt, was die sozialistische Partei tun wird, um eine Wiederholung solcher Dinge, wie die gekennzeichneten, die übrigens von Parteimitgliedern anderer südlichen Staaten verteidigt werden, unmöglich zu machen.

Die russische Ordnung. Das Kreismilitärgericht in Nowo-Tscherkask hat in einem Prozeß gegen die Kosaken des Choperschen Bezirkes 10 Personen zu Zuchthaus verurteilt, 215 zu Gefängnishaft, Korrektionsabteilung usw. und 54 freigesprochen.

Im Anarchistenprozeß in Jekaterinoslaw, der vor dem Kriegsgericht verhandelt wurde, sind neun Personen zum Tode durch den Strang und 33 Personen zu vierjährigen bis lebenslänglichen Zuchthausstrafen verurteilt worden. 14 Personen wurden freigesprochen.

Im Anschluß an den letzteren Prozeß ist es von Interesse, daß der Attentäter Bogrow, laut den Angaben von Burtzew, seit 1907 eines der energischsten Mitglieder der Anarchistenvereinigung in Kiew war und zahlreiche „Expropriationen", Ueberfälle usw. organisierte. Dank seiner „Mitarbeit" wurde eine geheime anarchistische Zeitung anstandslos in Kiew herausgegeben und von dort vertrieben. Der Redakteur dieser Zeitung wurde von der Polizei nicht behelligt — weil Bogrow in freundschaftlichen Beziehungen zu ihm stand. Auf dessen Wunsch wurden in Kiew keine terroristischen Akte verübt. Dort sollte das Zentrum sein, von wo aus das Dynamit, die Bomben, die Zeitung nach allen Richtungen hin verbreitet wurden. Die Welle der „anarchistischen" Expropriationen, Ueberfälle usw., die sich einige Jahre hindurch von Kiew über den ganzen Süden ergossen, war das Werk Bogrows und dessen Vorgesetzten — des Obersten Kuljabko!

* * *

Unruhen in Mexiko. Nach Blättermeldungen aus Mexiko fand bei Tepoztlan ein Gefecht zwischen Regierungstruppen und Anhängern des Bandenführers Zapata statt. Die Regierungstruppen verloren 170 Mann an Toten und Verwundeten, die Aufständischen 200 Tote und eine große Zahl von Verwundeten und Gefangenen.

Nach einer weiteren Meldung sind bei diesem Treffen 400 Rebellen, Anhänger Zapatas, von den Bundestruppen aufgerieben worden. Zapata entkam.

* * *

Japan gegen die Revolutionäre. Nach einer Meldung aus Soeul hat die japanische Polizei den Anführer der Revolutionäre Montoisu, einen früheren Unteroffizier der Garde des Kaisers von Korea, verhaftet. Montoisu war im Jahre 1907 desertiert. Man beschuldigt ihn, die Station Juon an der Bahn Soeul — Fusan verbrannt und andere Verbrechen verübt zu haben.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Hunger und Elend.

Die Handweber in der Grafschaft Glatz sehen, wie der Quartalsbericht der Handelskammer zu Schweidnitz meldet, recht trüben Zeiten entgegen. Im verflossenen Sommer hatten nur wenige Baumwoll-Handweber Beschäftigung. Es ist nicht abzusehen, womit die Handweber der Grafschaft Glatz, mehrere Tausend an der Zahl, im kommenden Winter beschäftigt werden sollen, da die vorliegenden und die noch in Aussicht stehenden Aufträge, namentlich die Armeelieferungsaufträge, so gering sind, daß nicht einmal die schon im vorigen Winter zur Abwendung der Arbeiternot vorgearbeiteten Vorräte Verwendung finden können. Das sind allerdings recht betrübende Aussichten für die schon zu normalen Zeiten Not leidenden Handweber. Sie werden den Schmachtriemen noch enger ziehen müssen. Dieser tieftraurige Zustand wird so lange bestehen bleiben, bis die heutige unsinnige Wirtschaftsordnung abgelöst wird von der sozialistischen Produktionsweise. Am besten können die Arbeiter dazu beitragen, wenn sie bei der bevorstehenden Reichstagswahl einen Vertreter wählen, der sich nicht dazu hergibt, dem Volke die notwendigsten Lebens- und Gebrauchsmittel zu verteuern, während die Besitzenden steuerfrei blieben.

Schweidnitz, 17. Oktober. **Ein schwer bestrafter Wüstling.** Das hiesige Schwurgericht verurteilte am Montag den Rohrleger Julius Jonas aus Wüstegiersdorf wegen vollendeter Notzucht zu sechs Jahren Zuchthaus und Ehrverlust auf die gleiche Dauer. Der 30 Jahre alte Angeklagte hatte in der Nacht vom 30. zum 31. Juli d. Js. eine Fabrikarbeiterin durch Gewalt genötigt. Mit dieser Sitzung endete die diesjährige Schwurgerichtsperiode.

— **Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins** richtete an den Magistrat eine Eingabe, in welcher der Magistrat ersucht wird, die demnächst stattfindenden Stadtverordnetenwahlen an einem Sonntag vorzunehmen. Zwei weitere Eingaben an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung fordern die Ergreifung von Maßnahmen, um der herrschenden Teuerung entgegenzuwirken.

Striegau, 17. Oktober. **Entbehrungslöhne.** Die hiesige Aktiengesellschaft für Bürstenindustrie verteilt bei den üblichen Abschreibungen — eine Dividende von neun Prozent (wie im Vorjahre). — Und die Arbeiter?

Löwenberg, 17. Oktober. **Die Gefahren der Arbeit.** Ein gräßlicher Unfall ereignete sich am Freitag vormittag in der Schamottziegelei (Löwenberger Tonwerke). Der 18jährige Arbeiter Sakalla aus Galizien geriet durch Ausgleiten in das im Betriebe befindliche Walzwerk, wodurch ihm das Fleisch des rechten Beines bis übers Knie losgerissen wurde, so daß der Knochen völlig freilag. Im St. Hedwigsstift wurde ihm das Bein amputiert.

Landeshut, 17. Oktober. **Eine Wahnsinnstat.** Im Anfalle von geistiger Umnachtung hat die Ehefrau des Schuhmachermeisters Rose in Giesmannsdorf Kreis Bolkenhain, in Abwesenheit ihres Mannes ihrem sechsjährigen Söhnchen die Kehle durchschnitten. Die Frau wurde in das Irrenhaus übergeführt.

Glogau, 17. Oktober. **Rätselhafter Tod.** Am Sonntag nachmittag nach 3 Uhr begab sich der Besitzer des Bauernguts Nr. 31 in Kotzemeuschel, Herr August Berske, mit geladenem Gewehr auf seine Feldmark. Vielleicht eine Stunde später wurde derselbe als Leiche aufgefunden. Ob sich sein Gewehr selbst entladen und ihm den tödlichen Schuß beigebracht hat, ob ein Verbrechen oder gar Selbstmord vorliegt, wird erst durch die Untersuchung festgestellt werden müssen.

— **Mord oder Selbstmord.** Auf dem Gemeindekirchhofe in Jätschau bei Glogau erfolgte die Ausgrabung der vor etwa 8 Tagen der Erde übergebenen Leiche der Ehefrau des Arbeiters K. Der Behörde ist die Anzeige zugegangen, daß die Frau keines natürlichen Todes gestorben sei. Die Sezierung durch den Medizinalrat Dr. Hirschfeld ergab das Vorhandensein von Giftstoffen in den Eingeweiden der Verstorbenen. Die letzteren sind zur genaueren Untersuchung nach Breslau geschickt worden. Frau K., die 5 unerzogene Kinder hinterläßt, litt an Krämpfen. Es ist fraglich, ob es sich um einen Giftmord oder Selbstmord handelt.

Glogau, 17. Oktober. **Keilerei mit Tanzvergnügen.** Bei einer anläßlich des Jahrmarktes abgehaltenen Tanzmusik in Zibelle wurde der Arbeiter Neumann während einer Schlägerei mit dem Messer so zugerichtet, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Er hat am Kopf nicht weniger als acht Messerstiche erhalten.

Liegnitz, 17. Oktober. **Selbstmord durch Erhängen** verübte am Montag morgen im Klosettraum seiner in der Däslerstraße belegenen Wohnung der Buchbinder und Aushilfskellner Wallentin. Gründe unbekannt.

Trebnitz 17. Oktober. **Tödlicher Unfall.** Der 58 Jahre alte Pferdeknecht Hoffmann aus Bunkai wurde auf Bahnhof Zedlitz beim Rübenfahren von seinem Gespann überfahren, von dem ihm ein Rad über den Kopf ging, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Bromberg, 17. Oktober. **Selbstmord in den Flitterwochen.** Hier erhängte sich die junge Gattin eines Ingenieurs. Was die Frau, die erst seit vier Wochen verheiratet ist, in den Tod getrieben hat, ist unbekannt.

Schneidemühl, 17. Oktober. **Ein Unmensch.** Der 26 Jahre alte verheiratete Maurer Schäfer von hier hat im Mai d. Js. auf der Chaussee nach Lebehnke ein 19 Jahre altes Mädchen vom Fahrrad gerissen, dieses ins Dickicht geschleppt und versucht, sie zu vergewaltigen. Mit dem Revolver in der Hand schüchterte er sein Opfer ein. Glücklicherweise kamen aber Menschen hinzu, und Sch. ergriff die Flucht. Bald darauf überfiel er auf der Chaussee nach Borkendorf die 18 Jahre alte Magdalena Ronkowski und vergewaltigte das Mädchen. Wenige Tage später wurde Sch. ermittelt und verhaftet; die Ueberfallenen erkennen ihn mit Bestimmtheit wieder. Sch. steht ferner unter dem Verdachte, die 68jährige Witwe Jahnke aus Kotschütz angefallen, sie zu Boden geworfen und ihr das Geld zu rauben versucht zu haben; auch die J. erkennt ihn als den Täter wieder. Das Schwurgericht verurteilte den Angeklagten zu fünf Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhold [illegible] in Breslau; für den Waldenburger Teil: Paul [illegible] in Waldenburg. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 7. Verlag von Oskar Schütz. Druck von [illegible] in Breslau. [illegible]

Für die Inserate übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Am 15. d. M's. verstarb infolge der Entbindung die Frau unseres Freundes und Verbandskollegen Maschinenarbeiters Röttcher

Berta Röttcher, geb. Geffart

im Alter von 30 Jahren.

Ehre ihrem Andenken! 6398

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle der Königl. Universitätsklinik, Maxstrasse.

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei dem so raschen Hinscheiden meines heissgeliebten Mannes, sowie für die überaus zahlreichen herrlichen Kranzspenden sage ich hiermit allen Verwandten, lieben Kollegen und Bekannten, sowie der Firma „Archimedes" meinen herzlichsten Dank. 6397

Breslau-Gräbschen, d. 7. Okth. 1911.

Die tieftrauernde Gattin
Anna Schmidt geb. Scholz.

Stadt-Theater.

Dienstag, 7½ Uhr:
„Madame Butterfly".
Mittwoch, 7½ Uhr: 6356
Zu neuer Ausstattung und Inszenierung:
„Das Rheingold".
Donnerstag, 7½ Uhr:
Zu Gunsten der Kriegsländ. Frauenvereine:
Die Fledermaus.

Lobe-Theater.

Dienstag, 7½ Uhr:
„Die Liebe hört nimmer auf".
6362 Mittwoch, 7½ Uhr:
Zum 3. Male:
„Das weite Land".

Thalia-Theater

Dienstag 7½ Uhr:
Grosse A. 4. Vorstellung:
„Sappho".
Mittwoch: Humoristen-Soirée
Abonnements-Vorstellung (gelbe Karten):
„Der Störenfried".
Donnerstag, 7½ Uhr:
Grosse B. 4. Vorstellung: 6368
„Sappho".

Schauspielhaus

Dienstag, 8 Uhr:
„Das Musikantenmädel".
Mittwoch, 8 Uhr: 6374
„Das Fürstenkind".

Liebich's Etablissement
„Die Nihilistin"
Mac Bans Yamagata
Chrétienni & Louisette
etc. etc. etc. 6311
Vorstellung 7½ Uhr:

Viktoria-Theater
Neues Programm.
Um ein Weib.
Sensat. Ausstattungsstück.
Edi Blum | 4 Spisells
etc. etc. 6350
Anfang 8 Uhr.

Zeltgarten

Heute:
[10]
ganz neue Debüts
Entree 2[illegible] Pf.

Palmengarten.
Oktoberfest
à la München
unter Leitung des Festwirts
P. Knorn. 6336
Haupold-Orchester
Entree frei.

Reformbier (alkoholarm) überall käuflich, Flasche 9 Pf., das Beste f. Frauen u. Kinder. 5757

G. M. Trapp 1000
Tanz-Schule
Messergasse 14/16,
Prospekte kostenlos,
lehrt gut, rell und schnell alle Rund- und Tourentänze. Kursus für 2, 8 und 10 M. Erteile auch Einzelunterricht zu jeder Zeit ohne Preisaufschlag, vollständig ungestört, auch Sonntags, Walzer u. Rheinländer in 2 Stunden. Aufnahme neuer Schüler tägl. Damen u. Herren von ausserhalb werden auf das schnellste ausgebildet.

Altreifen, Metalle
kauft zu höchsten Preisen 3024
Max Blum, Königsgrabenstr. 4.

Pfänder-Auktion

Leihamt Westendstrasse Nr. 47
Donnerstag, den 19. Oktober.
Einlösen oder verlängern! 6109

Konsumverein für Liegnitz und Umgegend.

Für unser Lager I wird ab 1. November ein mit dem Gewerbe vertrauter, reisefähiger 6382

Lagerhalter

gesucht. Jahresanfangsgeh. 1320 M. steigend um 52 M. bis zu 1400 M. und 2½% Ortszuschlag. Kaution 750 M. Offerten in verschlossener Kuvert mit der Aufschrift „Lagerhalter-Bewerbung" sind bis zum 21. Oktober einzusenden an

M. Mohring, Liegnitz,
Neue Glogauerstraße 58.

Haushälter

(Radfahrer) per bald gesucht. Bäckerei Markischestrasse 98 9[illegible]. 16386

Glücklich

macht ein weiches, geschmeidiges Antlitz und ein reines, zartes, frisches Teint, wenn sich einmal der Schaum

Steckenpferd-Lilienmilch-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul
Preis à Stück 50 Pfg., ferner macht der Lilienmilch-Creme Bade zarte und weiche Haut in einer Nacht weiss und sammetweich. Tube 50 Pfg. bei
S. G. Schwartz, Ohlauerstr. 4.
R. Dreyer, Matthiasstr. 4.
Paul Gröschel, Jauerstr. 18.
Friedr. Göotzel, Gräbschenstr. 88a.
Willi, Hirsemann, Herrenstr. 23.
F. Hofferbilde, Ohlauerstr. 85.
Oskar Kliesser, Herrenstr. 44.
Paul Kriegel, Matthiasplatz.
Max Loll, Gräbschenstr. 85.
Erwin Meyer, Gartenstr. 75.
Franz Borsuc, Sternstr. 59.
M. Schätze Nachfl., Kleinstr. 27.
O. Sporleder, Tauentzienstr. 5[illegible].
Naschmarkt-Apotheke, Ring 44.
Storch-Apotheke, Moritzstr. 11.

1419

Winter-Wäsche

Männerhemden 1.40
buntgestr. Flanell, vorzügl. Qualität, 2.40, 2.25,

Männerunterhosen 1.60
buntgestreifter Pelz-Barchent 3.00, 2.00,

Frauenhemden 1.35
buntgestreifter Flanell mit Spitze, 2.25, 1.80,

Frauenbeinkleider 98 Pfg.
guter grauer Molton mit gebogter Krause 2.00, 1.50,

Trikot-Wäsche

Beste Qualitäten in wollenen und halbwollenen
Hemden, Unterjacken, Beinkleidern
für Damen, Herren und Kinder.

6389

Handschuhe und Strümpfe
für Damen, Herren und Kinder
sind in enormer Auswahl u. allen Preislagen am Lager.

M. Centawer
Schmiedebrücke 7–10.

Nervöse,

Herz-, Magen-, Nier.-Kranke u. Gesunde trink. als Ersatz f. den aufregend., die Nerv. schwer schädig. Kaffee u. Tee nur Gelg-Edel-Erdbeertee. Reines Naturprodukt. Nervenberuhigend! Blutreinigend! Paket 50 Pfg. Von 5 Mk. an portofrei. Vers. Kloster-Drog. P. Bathmann, Breslau, Klosterstr. 11, Ecke Feldstr. 5014

Jeden Mittwoch und Freitag:
Spezialtag
ff. Leber- und Preßwurst
aus Thüringer Art.
½ Pfund 20 Pfg.
Ein Pfund-Einmachtopf 75 Pfennige.
Hildebrand,
Marienhalestraße 4 und beim Marktplatz. 5207

Bettfedern und fertige Betten.
Reell! Billig!
Spez.: Brautausstattung.
Preisliste gratis und franko.
Julius Immerrück
Breslau, Neudorfstr. 39/32 4271

Schlafzimmer in gut gearbeiteten, gediegenen
Möbeln
Bettstelle m. Matratze u. Kisten 25 ℳ
Schrank 24 ℳ Nachtkasten 35 ℳ
Erker- u. Balkon-Einrichtungen von 200 ℳ an. — Kataloge gratis.
Beköstigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Alles spottbillig. Teilzahl. gestatt.
Max Giesel
Grösstes Möbel-Kaufhaus
der östlichen Stadt bestehend aus ca. 70 Einrichtungen in 6 Lagerräumen ausgestellt.
Brüderstraße 5, ptr. u. I.

Arbeiter-Garderobe
Verniskirung für alt Gebrauch, echt Reutlinger Maschinisten-Anzüge, Jacken und Hosen billigst bei [52-5
Wilhelm Knauerhase
nur Kupferschmiedestr. 16
Vorzeiger 5% Rabatt.

Königsgrund Lohe-Straße 45/47.
Heute Mittwoch:
Grosses Kränzchen
— Neues Parkett. —
11 Uhr: Große Präsent-Polonäse. [6387] Tanzen und Schleifentanz.

Kredit streng diskret und **Kulant** nach ganz Deutschland.

Möbel

Schlafzimmer, Speisezimmer, Salons etc., einzelne Stücke, Polsterwaren etc.
Teppiche, Gardinen etc.
Herren-, Damen-, Kinder-Konfektion.

Pelzwaren.

Werden Sie mein Kunde u. sammeln Sie meine Annoncen Sie können dadurch 6395
Mk. 100 bares Geld etc.
laut Reklamebuch erhalten.

Verlangen Sie Preisbuch mit aufgeführten Geld- u. Wertpreisen

gratis.

Waren- u. Möbel-Haus
Adolf Schröter
Breslau, Ring 2, Ecke Nikolaistr.
Meine Kunden erhalten die grössten Vorteile.

Gute Arbeitshosen : beste : Näharbeit
Gegr. 1869 **F. Griebsch** Gegr. 1869
Teichstrasse 10, Ecke Gartenstrasse.
Filiale: **Gräbschenerstrasse 67.** 6309

Rohtabak-handlung **Carl Rother & Rode**
Breslau I, Hummerei Nr. 26. 4631
Spezialität: ff. alte Sumatras.

Wahlkreis Waldenburg

Sonntag vormittag 11¾ Uhr verschied plötzlich infolge Herzschlages mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager, Onkel, Schwieger- und Grossvater, der Grubenarbeiter

August Müssig

im Alter von 60 Jahren und 8 Monaten.
Dies zeigen schmerzerfüllt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause. Hartau Nr. 39, aus. 6391

Gasthof zur Erholung
Hinter-Fellhammer.
Mittwoch, den 18. Oktober:
Grosse Kirmes.
Es ladet ganz ergebenst ein
6390 **Gustav Thiem.**

Zahn-Atelier
Otto Juhe, Neu-Salzbrunn
wird allen Zahnleidenden und Krankenkassenmitgliedern bestens empfohlen. 4[illegible]
Viele Dankschreiben u. Anerkennungen

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. Oktober.

Geschichtskalender.

18. Oktober.

1777 Heinrich von Kleist *.

Der sechste Frauen-Abend

des Sozialdemokratischen Vereins Breslau Mittwoch, den 18. Oktober, wird in acht Wahllokalen abgehalten. Von vielen unserer Genossinnen ist die Frage aufgeworfen worden: „Wann ist unser nächster Frauenabend?" Gleichzeitig wurde daran die Bitte geknüpft, ihn nicht etwa wegen der Wahlbewegung ausfallen zu lassen. Das ist nicht geschehen. Im Gegenteil, gerade weil die Wahlen vor der Tür stehen, ist der Frauen-Abend erst recht nötig, denn er bietet die beste Gelegenheit, den Frauen und Mädchen zu sagen, welche Sünden die konservativ-klerikale Mehrheit im Reichstage auf sich geladen hat. Wir hoffen auch, daß der Frauenabend diesmal noch besser als sonst besucht sein wird. Ueber die Versammlungslokale, die Redner und die Vorträge unterrichtet folgende Zusammenstellung:

Gabitz, Sauerbrunnen und Gräbschener Vorstadt (Distrikte 1, 2, 3, 3a), in Mildes Festsälen, Gräbschenerstr. 74. Thema: „Die Entwickelung zum Sozialismus". Redner: Genosse Löbe.

Nikolaitor (Distrikte 4, 6, 7), im „Schweizerhof", Schweidnerstraße 28. Thema: „Die Frauen und die Politik". Rednerin: Genossin Lawatsch.

Odertor (Distrikte 8, 8a, 9, 9a), im „Bergkeller", Kletschkaustraße 38. Thema: „Die Schulreform der Sozialdemokratie". Redner: Genosse Th. Müller.

Sandtor (Distrikte 10 und 11), bei Biewald, Michaelisstraße 26. Thema: „Die Fürsorge-Erziehung über minderjährige Kinder". Redner: Genosse Neukirch.

Innere Stadt, Scheitniger und Ohlauer Vorstadt (Distrikte 12, 13, 14, 15, 15a, 18, 19), im Zimmer 3/4 des „Gewerkschaftshauses", Margaretenstraße 17. Thema: „Der Wert der Genossenschaftsbewegung". Redner: Genosse Peikert.

Schweidnitzer Vorstadt (Distrikte 16, 16a, 17, 1 a), in der „Wilhelmsburg", Neudorfstraße 54. Thema: „Die Frauen und die wirtschaftlichen Kämpfe". Redner: Genosse Winzer.

Pöpelwitz (Landdistrikt 6), bei Mikulle, Pöpelwitzstraße. Thema: „Mutter- und Säuglingsschutz". Rednerin: Genossin Behrend.

Herdain-Dürrgoy (Landdistrikt 14) bei Jahr, Schönstraße 21. Thema: „Frauen- und Kinderarbeit". Redner: Genosse Stöhr.

In dieser Aufstellung sind alle Stadtteile berücksichtigt. Der Weg in die Versammlungslokale ist für niemanden weit; die Leiterinnen sind auch bestrebt, die Versammlungen um 10 Uhr zu beenden. Wir dürfen deshalb wohl erwarten, daß alle weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins den Frauenabend besuchen. Durch Mitglieder eingeführte Gäste sind willkommen. Die Genossinnen können also ihre Freundinnen, Verwandten und Bekannten mitbringen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

In der Mitglieder-Versammlung am Montag wurden zuerst der verstorbenen Genossin Kaiser vom Vorsitzenden anerkennende Worte gewidmet, und die Versammelten erhoben sich zu ihren Ehren von den Plätzen. Genosse Löbe sprach dann über die bevorstehende Landtags-Ersatzwahl in Breslau; er führte u. a. folgendes aus:

Wir stehen vor der Besetzung eines Mandats, das unter dem alten Wahlrecht zu vergeben ist, und wissen auch, daß wir aus unseren eigenen Reihen keinen Mann in den Landtag schicken können. Seit vier Jahren haben wir einige Sozialdemokraten im Landtage, nachdem man auch in Berlin die Kreise ändern mußte. Unsere kleine Fraktion hat mit übermenschlicher Kraft versucht, der Stimme des Volkes Ausdruck zu geben. Blicken wir auf die Anteilnahme der Breslauer Genossen an der Landtagswahl zurück, so ist es das sechste Mal, daß wir uns beteiligen. Erst 1897 hat der Parteitag in Hamburg beschlossen, die Beteiligung an den Landtagswahlen ist nicht verboten. Nach drei Jahren wurde es anders, nachdem der preußische Landtag einige Attentate gegen das Volk plante. Man wollte unter anderem die Arbeiterbewegung durch ein neues Vereinsgesetz knebeln. Das hat hauptsächlich dazu beigetragen, 1908 auf dem Parteitage in Mainz zu beschließen, daß wir uns an allen Landtagswahlen zu beteiligen haben.

In Breslau waren in den sechziger und siebziger Jahren immer die liberalen Parteien Sieger. Später erst, in den achtziger Jahren, kommen auch Konservative, nachdem dem Liberalismus durch die Sozialdemokratie die besten Kräfte entzogen waren, während sich die Konservativen auf die Beamten und das Domviertel stützen konnten. Im Jahre 1898 greift zum ersten Male die Breslauer Sozialdemokratie in die Landtagswahlen ein, wenn auch die Erfolge nicht besonders groß waren. Es wurden zuerst 88 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt, die den Ausschlag zu Gunsten von drei aufrechten Liberalen gaben. Schon damals machte die reaktionäre Mehrheit einen ähnlichen Streich wie heute; weil unsere Wahlmänner zum Teil im Wahllokal eine Entschädigung bekamen, wurde die Wahl für ungültig erklärt und 1900 war unsere Partei in derselben Lage wie heute. Wir vermehrten unsere Wahlmänner auf 102, die wie vorher für die Liberalen stimmten. In dieselbe Zeit fällt der konservative Versuch, die sozialdemokratischen Wahlmänner zu bestechen. Unseren Genossen Borowski faßte damals der konservative Seidel zu einem Gespräch und sagte ungefähr zu ihm: „Hier sind 1000 Mark. Wenn Sie es erreichen, daß 30 sozialdemokratische Wahlmänner am Wahltage eine Omnibusfahrt oder sonst etwas machen, und nicht zur Wahl kommen, dann erhalten Sie 1000 Mark." Borowski kam ins Wahlbureau und meldete das, erklärte sein Erlebnis auch abends in einer Versammlung unserer Partei, die wenige Stunden nach der Unterredung tagte. Bis zum heutigen Tage haben die Konservativen ihren Bestechungsversuch nicht abstreiten können, damals aber haben sie fein still geschwiegen. Das war 1900.

Nun kam das Jahr 1903, wo wir 222 Wahlmänner bekamen und einen erheblichen Prozentsatz der Wahlmänner bildeten, weshalb wir von den Liberalen einen Abgeordneten für uns verlangten. Die Freisinnigen sind weder 1903 noch 1908 auf diesen Vorschlag wegen der Nationalliberalen und ihrer eigenen Schwäche eingegangen. Wir taten, was beschlossen war und gingen nach der Hauptwahl hinaus, worauf die drei Reaktionäre gewählt wurden. Das geschah auch 1908, wo es aber zu einer Stichwahl garnicht kam, sondern die drei Konservativ-Klerikalen im ersten Wahlgange siegten.

Im Jahre 1910, nach dem Tode des klerikalen Rektors Fische, hatten wir 360 Wahlmänner. Die Liberalen, die mehr Wahlmänner als wir hatten, bewarben sich um das eine Mandat. Inzwischen hatten wir die heißen Demonstrationen ums Wahlrecht gehabt und die Regierung hatte eine Vorlage über das Wahlrecht angekündigt. Da galt es zu entscheiden, ob ein Mann in den Landtag eingehe, der für ein freies Wahlrecht ist, oder eine Partei zu unterstützen, die dagegen gestimmt hatte. Wir entschieden uns umsomehr für den liberalen Ehlers, weil der Gegenkandidat Anhänger der Zentrumspartei war, die soeben der Reichsfinanzreform mit der großen Volksbelastung zugestimmt hatte. Zu unserer Entscheidung gab der Parteivorstand seine Zustimmung. Es gab aber damals einige Genossen, die noch Bedenken hatten und an den Genossen Mehring schrieben, der sich aber auch für unsere Meinung entschied. Heute gibt es wohl keinen Genossen, der sagen könnte, daß wir falsch gehandelt haben. In der ganzen Partei hat man nur Zufriedenheit mit unserem Vorgehen 1910 bekundet, und bei verschiedenen Reichstagsersatzwahlen unser Vorgehen nachgeahmt.

Auf unserer Seite war der Triumph, wenngleich wir nicht das Mandat besaßen. Das sagten zuerst die Konservativ-Klerikalen; es wurde aber auch vom Führer der Freisinnigen in Breslau nicht bestritten.

Aber wir hatten vergessen, daß auf der anderen Seite die List saß. Die Zentrumspartei wäre nicht die ränkesüchtigste Partei, wenn sie nicht einen Mann gefunden hätte, der die Wahl von 1910 angefochten hätte. Der Zentrumsabgeordnete Tourneau war es, der alle möglichen „Verstöße" entdeckte und seine Sache sehr fein machte, wobei er nicht nur die Wahlmännerwahlen von 1910, sondern auch die von 1908 „prüfte". Und die Wahlprüfungskommission und der Landtag erklärten die Wahl für ungültig. Es gab auch noch andere „Ungültigkeitsgründe", aber da man einsah, daß man bei allgemeinen Wahlen verloren hätte, nahm man die ersten „Gründe". In 202 Bezirken müssen jetzt 230 Wahlmänner neu gewählt werden, darunter 62 Sozialdemokraten. Im ganzen werden wir uns vielleicht in 118 Bezirken beteiligen. Wir müssen überall ein wachsames Auge haben, da bei den Wahlmännerwahlen viel Zufallssiege möglich sind.

Was zu geschehen hat, um den Wahlrechtsräubern das Handwerk zu legen, muß geschehen. Und die Lage von heute ist nicht anders, als die vom vorigen Jahre. Besonders gegen das Zentrum gilt es zu kämpfen, das da glaubt, daß alle irdischen Gewalten und alle himmlischen Heerscharen auf seiner Seite stehen. Wenn wir Wahlenthaltung beschlössen, dann gäbe es ein Hohngelächter der Hölle, denn dann wäre der Zentrumsmann gewählt. Dabei können wir heute gewiß nicht sagen, daß durch unsere Wahlbeteiligung der Sieg Ehlers absolut sicher ist. Denn wir haben einen schwachen Gegner in den Liberalen auf der Seite. Doch wir dürfen nicht schuld sein an einem Erfolge des Zentrumsmannes. Vor uns steht ein gefährlicher und ein ungefährlicher Feind. Da ist für mich keinen Augenblick unsere Stellung zweifelhaft. Wir beteiligen uns und werden bei einer Stichwahl für Ehlers stimmen, um dem schwarz-blauen Block eine Niederlage zu bereiten. (Lebhafter Beifall.)

Dem Vortrage folgte eine kurze Aussprache, an der sich die Genossen Gießmann, Müller, Walter, Neukirch und Schramm beteiligten. Es wurde darauf gegen wenige Stimmen beschlossen, sich an der Landtagsersatzwahl zu beteiligen und Gen. Löbe als Abgeordneten-Kandidat aufgestellt.

Die Frage, wie wir uns bei der Urwahl verhalten, wenn der Freisinnige mit einem Konservativ-Klerikalen in der Stichwahl steht, wurde durch einen Beschluß mit allen gegen eine Stimme dahin beantwortet, daß dann die sozialdemokratischen Urwähler für den freisinnigen Wahlmanns-Kandidaten zu stimmen haben. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Freisinnigen ebenso handeln und bei einer Stichwahl zwischen Konservativen und Sozialdemokraten für den sozialdemokratischen Wahlmann eintreten.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Da auch sonst niemand das Wort verlangte, erreichte die Versammlung bereits um 9¾ Uhr ihr Ende.

Die Fleischer und die Teuerung.

In der Breslauer Fleischer-Innung gab es am Montag längere Auseinandersetzungen über die Teuerungsdebatte in der Stadtverordneten-Versammlung. Der Direktor der hiesigen Viehbank, Herr Bunke, war es, dem viel daran lag, daß sich die Fleischer damit beschäftigten, weshalb ihm auch das Referat übertragen wurde. Herr Bunke zog zunächst gegen den Landwirtschaftsminister zu Felde, der bekanntlich den Gemeinden empfohlen hat, auch Fleischverkaufsstellen zur Linderung der Not zu errichten. Der Vortragende war darüber sehr aufgebracht, weil dann die Fleischer zu städtischen Arbeitern herabgedrückt würden. Soweit es sich um Schweinefleisch handle, könne übrigens von einer Notlage keine Rede sein, denn es sei billiger als im vorigen Jahre. Außerdem wäre die Lage der Fleischermeister keineswegs glänzend; sie müßten sich mit einem Verdienst von etwa 4500 Mark zufrieden geben; hätten also nicht mehr als ein Magistrats-Sekretär. Die Fleischer seien an der Fleisch-Verteuerung unschuldig. Herr Bunke teilte dann noch mit, daß der Magistrat eine Kommission gebildet habe, die demnächst an den Innungsvorstand herantreten werde. Die Preise sollen alsdann festgelegt und durch Aushang in den Läden bekannt gegeben werden. Der Obermeister war damit einverstanden, aber aus der Mitte der Versammlung erhob sich Widerspruch, sonst war man selbstverständlich mit der Rede des

Das Erdbeben in Sizilien.

Ueber das letzte Erdbeben im Aetnagebiet liegen bis jetzt nur sehr wenige Nachrichten vor. Man weiß nur, daß die Erdbewegung sehr heftig war und in Giarre, Guardia, Mangano, Santa Venerina und Rondinella großen Schaden angerichtet hat. Auch in Catania wurde sie verspürt, war aber dort sehr leicht. Professor Ricci, der Direktor des Aetnaobservatoriums, sagt nach einem Bericht des „Berl. Tagebl.", daß das Erdbeben durch die Seismographen des Observatoriums um 9 Uhr 55 Min. abends registriert wurde. Es war wellenförmig und gleichzeitig stoßförmig. Das Beben trat mit sehr großer Heftigkeit auf und erreichte den zweiten Stärkegrad. Die Aufzeichnungen der Registrierapparate dauerten länger als zehn Minuten. Die Erdbewegung war vulkanischer Natur, hat aber nicht den Charakter einer großen Katastrophe angenommen, weil in den betroffenen Ortschaften und kleinen Bauerngütern die Häuser nicht in Gruppen vereinigt, sondern weit verstreut liegen. Trotzdem sind viele Häuser eingestürzt oder beschädigt worden, und es wird berichtet, daß die Lage der unglücklichen Bewohner eine verzweifelte sei, und daß rasche Hilfe geleistet werden müsse. Die Zahlen über die Toten und Verwundeten schwanken.

Die erste Hilfe kam aus der Stadt Acireale, deren Unterpräfekt mit Gendarmen, Soldaten und Aerzten an der Unglücksstätte erschien. Das Rettungswerk wurde schnell organisiert. Trotz der gewaltigen Gefahr, die durch Mauereinstürze drohte, konnte man schon nach kurzer Zeit zwanzig Tote und etwa hundert Verwundete unter den Trümmern hervorziehen. Die Rettungsarbeiten wurden Tag und Nacht fortgesetzt. Die Mannschaften nahmen während der Nachtstunden Fackeln zu Hilfe. Die Liste der Toten und Verwundeten vermehrt sich von Stunde zu Stunde. Eine überaus tragische Szene spielte sich in Rondinella ab. Dort lebte in einer kleinen niedlichen Villa Baron Romeo Riche, ein Hausbesitzer aus Acireale. Das schöne Haus wurde durch einen Erdstoß völlig vernichtet. Während langer Stunden arbeitete man wie verzweifelt, um die unglücklichen Bewohner des Hauses zu befreien. Endlich entdeckte man den Baron Romeo selbst, der mit einem leichenblassen Gesicht dalag und tot zu sein schien. Aber wie durch ein Wunder war der Baron kaum verletzt und hatte nur einige ganz leichte Kontusionen davongetragen. In kurzer Zeit erholte er sich wieder. Inzwischen wurden die Rettungsarbeiten in fieberhafter Tätigkeit fortgesetzt, bis man auf vier Leichen stieß. Es waren dies die Baronin Romeo, ihre Tochter, der Koch und ein Diener. Die Leichen waren schrecklich verstümmelt. Klagend und weinend warf sich der Baron über die Toten. In diesem Augenblick zog man unter den Trümmern einen anderen ganz mit Blut bedeckten Körper hervor. Es war dies der junge Sohn des Barons, der selbst somit der einzige Ueberlebende seiner Familie geblieben ist. Der arme Vater schien vor Schmerz wahnsinnig zu werden und wollte seinen Sohn umarmen. Aber man hielt ihn zurück, da der junge Mensch in den letzten Zügen lag. Die Untersuchung ergab, daß er das Rückgrat gebrochen hatte. Nach den letzten Nachrichten, die in Rom aus dem Unglücksgebiet eingetroffen sind, hat das Erdbeben an einzelnen Stellen der großen Kommunalstraße bei Rondinella große Oeffnungen hervorgerufen, und das Niveau der Straße ist um fünfzig Zentimeter gesunken.

Die Erdbebenkatastrophe, die das Gebiet zwischen Acireale und Giarre um den Aetna heimsuchte, hat, wie bisher festgestellt wurde, über 30 Todesopfer gefordert, 100 Personen sind schwer verletzt worden. Der Schaden, der in den Ortschaften Mangano, Santa Venerina und Machia angerichtet wurde, ist verhältnismäßig gering. Einige Hütten sind vom Erdboden völlig verschwunden. Das Gerücht, daß in Giarre während des Hochamts die Kirche eingestürzt sei, bestätigt sich nicht.

Aus aller Welt.

Verhaftung eines Rixdorfer Polizeisekretärs. Unter dem Verdachte der Unterschlagung amtlicher Gelder wurde plötzlich am Sonntag der beim Rixdorfer Polizeipräsidium bedienstete Polizeisekretär W. verhaftet. W., bisher diätarisch beschäftigt, sollte demnächst fest angestellt werden und war provisorisch mit der Verwaltung der Polizeikasse beauftragt. Bei einer unvermuteten Revision wurde ein Fehlbetrag von über 1000 Mk. festgestellt. W., der die Veruntreuung bestreitet, wurde in Untersuchungshaft genommen.

Nach dem Damentoast vom Tode überrascht wurde in der Nacht zum Sonntag der 32 Jahre alte Pelzwarenhändler Walter Ehrmann aus der Ringbahnstraße 14 zu Wilmersdorf. Ehrmann nahm im Nordwesthotel in der Turmstraße am Stiftungsfest eines Männerturnvereins teil. Bei der Kaffeetafel gegen 1 Uhr hielt er unter lebhaftem Beifall eine feurige Rede auf das Wohl der Damen. Kaum hatte er Platz genommen, als er erblaßte und lautlos vom Stuhl sank. Entsetzt sprangen ihm seine Angehörigen und Freunde zu Hilfe. Man holte drei Aerzte aus der Nachbarschaft herbei, aber schon nach fünf Minuten starb Ehrmann.

Die Folgen eines Taifuns. Amtlich wird aus Tokio mitgeteilt, daß bei dem letzten Taifun auf Formosa 675 Personen getötet und 677 verletzt wurden; 26.048 Häuser sind zerstört, 35.700 beschädigt und über 20.000 Hektar Felder sind verwüstet worden.

Mädchenraub in Palermo. Unter der Bevölkerung von Palermo herrscht große Erregung über die Entführung einer zwanzigjährigen Dame. Sie wurde auf einem Spaziergang plötzlich von zwei Männern überfallen und in ein bereitstehendes Automobil geschleppt. Um sie am Schreien zu verhindern, wurde ihr ein großes Tuch über den Kopf geworfen. Die von der Polizei sofort aufgenommene Verfolgung der Räuber verlief ergebnislos. Die Eltern der Entführten haben auf die Wiedererlangung ihrer Tochter 20.000 Fr. ausgesetzt.

Seuchenkrawalle in Segni. Wegen Seuchenverdachts wurden mehrere Personen in Segni (Latium) isoliert. Die erbitterte Menge zog vor das Rathaus, entwaffnete und mißhandelte die Karabinieris und legte Feuer ans Rathaus. Dieses wurde zum größten Teile zerstört.

Eisenbahnunfall. Auf der Eisenbahnlinie Bebra-Göttingen ist in der gestrigen Nacht in der Nähe der Station Sontra der Personenzug 926 auf eine Reservemaschine, die infolge eines Defektes auf offener Strecke lag, aufgefahren. Während es dem Lokomotivführer der defekten Maschine noch gelang, abzuspringen, erlitt der Heizer Schulz aus Eschwege so schwere Verletzungen, daß er früh im Krankenhause zu Eschwege gestorben ist. Die beiden Maschinen sind stark beschädigt. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

Einbruch in einem Postamt. Ein verwegener und lohnender Raub wurde in einem Postamt von Toulouse ausgeführt. Man bemerkte bei Beginn des Dienstes, daß zwei Postsäcke fehlten. Der erste Postsack enthielt 6000 Fr. in Banknoten, Gold und Silber. Die Summe sollte heute morgen von den

Herrn Bunke sehr zufrieden. Aus seinem Munde erfuhr man noch, daß der Regierungs-Präsident an den Magistrat die Anfrage gerichtet habe, was er gegen die Fleischteuerung zu tun gedenke. Der Magistrat will nun noch Herrn Bunke Material haben, um dem Regierungs-Präsidenten zu beweisen, daß für Breslau nichts getan zu werden brauche.

Allerdings, wenn nur die Fleischermeister den Magistrat beraten, dann bleibt alles beim alten. Der größte Teil der Breslauer Bevölkerung ist aber arm, zum Teil sehr arm, und darf mit Recht fordern, daß er berücksichtigt wird. Oder soll das arbeitende Volk auf billigeres Fleisch verzichten, weil dabei einige hundert Fleischer leiden könnten. Diese Frage aufzuwerfen, heißt sie auch verneinen. Dem Magistrat kann nur dringend geraten werden, endlich in den Fleischverkauf kräftig einzugreifen, denn es herrschen hier zum Teil unhaltbare Zustände.

Die Lohnbewegung im Steindruckgewerbe.

Wiederholt schon wurde an dieser Stelle auf die Bewegung der Lithographen und Steindrucker in einigen größeren Druckstädten aufmerksam gemacht. Es ist deshalb angebracht, einmal ihre Ursachen zu besprechen, zumal der Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer neben den Veröffentlichungen in der ihm wohlgesinnten Presse, auch in Flugblättern und anderen „Aufklärungsschriften" die öffentliche Meinung für sich einzunehmen versucht. Es wird **uns** darüber geschrieben:

Ihren **Ausgang** nahm die Bewegung in Leipzig, und zwar einzig und allein auf das Drängen und Fördern der Kollegen. Denn schon lange war es den Kollegen zuviel, zu Bedingungen zu arbeiten, die durch den Zeitlauf längst überholt waren. Aber die kaum überstandene Krise ließ niemand an ein Vorwärtsschreiten denken. Als sich jedoch mit dem Anfange dieses Jahres die Geschäftslage mehr und mehr hob, hielt die Kollegenschaft endlich die Zeit für gekommen, um wenigstens das wieder herauszuholen, um was sich die gesamten Arbeitsverhältnisse in dem Niedergange der Geschäfte verschlechtert hatten. Ein weiteres sollte wegen der Arbeitszeit und der Lohnerhöhung geschehen, um bei der Teuerung wenigstens halbwegs zeitgemäße Verhältnisse im Berufe einzuführen. Natürlich wollten die Unternehmer in ihrer Mehrzahl nichts von Zugeständnissen wissen. Zum Schein — um nur ja nicht um ihren arbeiterfreundlichen Ruf zu kommen — sollte über die Leipziger Forderungen des langen und breiten beraten und geschachert werden. Die Absicht des Verschleppens lag offensichtlich zutage und die Kollegenschaft der Orte Nürnberg-Fürth-Schwabach, Frankfurt a. M.-Offenbach und Stuttgart-Cannstatt beschloß deshalb, nunmehr auch vorzugehen, um dem Ganzen einen schnelleren Gang zu geben. Jetzt war aber auch für den Schutzverband die Zeit gekommen, zu zeigen, daß er noch lebe, wenn er nicht seine Unfähigkeit erklären wollte. Denn dafür sprachen alle Anzeichen und sprechen heut noch viele. So ist also nach langem hin und her und ängstlichem Zögern die **Aussperrung** in den Schutzverbandsbetrieben erklärt worden und am 14. Oktober verließen die davon betroffenen Kollegen ihre Arbeitsplätze, die ihnen in den seltensten Fällen lieb geworden waren.

Im ganzen umfaßt die gegenwärtige Bewegung nach den ziemlich genauen Feststellungen 4565 Kollegen bei 283 Firmen in 50 Mitgliedschaften. Im besonderen ergaben sich folgende Zahlen: 15 Mitgliedschaften mit 2252 Gehilfen, stehen gegen 136 Firmen im Streik und in 35 Städten sperrten 147 Firmen 2313 Gehilfen aus. In zwei Städten wurde gleichzeitig gestreikt und ausgesperrt. So sind also die Zahlenverhältnisse fast die gleichen wie bei der Aussperrung im Jahre 1906. Nur sind die Aussichten der Gehilfen diesmal ganz andere. Während uns damals eine kleine Gruppe harmonieseliger, irregehender Prozeßgegner alle Kassen — auch die Gewerkschaftskasse — gerichtlich sperren ließ, stehen wir heut gut gerüstet einem uneinigen Unternehmertum gegenüber. Seine Ohnmacht läßt deshalb auch den Schutzverband, der nur eine Scharfmachergruppe im Fachverbande deutscher Steindruckunternehmer ist, zu seinen zahmeren, frommeren Brüdern um Unterstützung bitten gehen. Ob diese aber den Wünschen des Friedensstörers Rechnung tragen werden, steht dahin. Jedenfalls rechnet die Gehilfenschaft damit, um vor Ueberraschungen gewappnet zu sein. Kommt es aber nicht zu einer Solidaritätsäußerung in diesem Sinne, nun, dann beweisen die Unternehmer, daß es um ihre Gegenseitigkeitserklärungen sehr schlecht steht, daß alles scheitert, wenn der Gewinn auch nur im geringsten gefährdet erscheint.

Wie ganz anders, geradezu vorbildlich, die Arbeiter. Auf dieser Seite ein Opfermut und eine Selbstlosigkeit, die sicher den Kampf erfolgreich bestehen werden.

* **Eisenbahner-Versammlung.** Wir empfehlen unseren Lesern, die Beilage der „Volkswacht" mit dem Bericht über die **Berliner Eisenbahner-Versammlung** an schlesische Eisenbahner weiterzugeben.

Auch für andere Beamten- und Erwerbsgruppen werden wir in den nächsten Wochen und Monaten geeignete Artikel, welche den „**Wahlkampf**" vorbereiten, in der „Volkswacht" veröffentlichen. In allen diesen Fällen rechnen wir auf die Mitwirkung unserer Leser bei der Weiterverbreitung.

* **Die Landtagswählerlisten,** die jüngst für die 202 Bezirke auslagen, wo **Wahlmänner-Ersatzwahlen** vorzunehmen sind, enthalten im ganzen 39.931 Wähler. Eingesehen haben die Listen nur 1911 Personen und zwar am 7. Oktober 314 Wahlberechtigte, am 8. Oktober 519 Wahlberechtigte und am 9. Oktober 1078 Wahlberechtigte.

Einsprüche gegen die Richtigkeit der Listen, Anträge auf Umschreibung, Eintragung in die Listen und Zutragung von Steuern sind 18 eingegangen, nämlich am 7. Oktober 1, am 8. Oktober 6, am 9. Oktober 11. Bei der **Ersatzwahl** im Jahre 1910 betrug die Wählerzahl 78 115, die Zahl der Einsichtnehmenden 5314, die Zahl der Einsprüche 113, die Zahl der Wahlbezirke 403.

* **Regelung der Sonntagsruhe.** Nach dem Berliner Lokal-Anzeiger ist im Reichsamt des Innern ein Gesetzentwurf ausgearbeitet worden, durch den die **Sonntagsruhe im Handelsgewerbe** für Deutschland neu geregelt wird, und zwar sollen die bisher in der Gewerbeordnung verstreuten einzelnen Vorschriften nunmehr in einem Spezialgesetz vereinigt werden. Bei der Aufstellung der Richtlinien wurde zwischen den offenen Verkaufsläden und den geschlossenen kaufmännischen Geschäften unterschieden; die Anforderungen an eine sonntägliche Beschäftigung stimmen bei diesen beiden Gruppen des Handelsgewerbes durchaus nicht überein. Bei den offenen Verkaufsstellen liegt nach der offiziösen Meldung zweifellos ein Bedürfnis der Bevölkerung vor, daß jene auch an den Sonntagen einige Stunden geöffnet sind, schon im Hinblick auf die ländliche Kundschaft, die an den Sonntagen ihre Einkäufe in den Städten zu machen pflegt. Hingegen könnte die Sonntagsarbeit **in Kontoren und Betrieben ohne offene Verkaufsstätten** nach wiederholt angestellten Ermittlungen entbehrlich sein, doch erscheint es unzulässig, in dieser Beziehung allgemein verbindliche Anordnungen für die Gesamtheit der Betriebe zu erlassen. Von diesen Erwägungen aus befürwortet das Reichsamt des Innern, daß in den offenen Verkaufsstellen eine Beschäftigung **bis zur Dauer von drei Stunden** zulässig sein soll. Dagegen kann in den Kontoren eine Beschäftigung **bis zu zwei Stunden** zugelassen werden. Die Kommune und event. die höheren Verwaltungsorgane werden hier zu entscheiden haben, ob eine Sonntagsarbeit überhaupt und in dem angegebenen Höchstmaße zu gestatten ist.

Wenn diese Meldung richtig ist, so tritt von neuem wieder die amtliche Scheu zutage, auf dem Boden der Sozialpolitik einen energischen Schritt zu tun. Bei vielen Erhebungen hat die konsumierende Bevölkerung ihre Solidarität mit den Handelsangestellten offenbart und erklärt, daß sie in deren Interesse überhaupt auf die Sonntagsarbeit in öffentlichen Verkaufslokalen Verzicht leisten will. Das Reichsamt des Innern trägt aber immer noch vor Maßnahmen Bedenken, die schließlich nicht nur den Angestellten, sondern auch den Selbständigen im Handelsgewerbe zugute kommen.

* **Eine öffentliche Versammlung,** die von mehr als hundert Männern und Frauen besucht war, tagte Sonntag in **Opperau** bei Breslau. Genosse **Schneidewind** sprach über die nächsten Reichstagswahlen; seine Rede wurde oft von Beifall unterbrochen. Die gut verlaufene Versammlung endete mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

* **Vom k. und k. österreich-ungarischen Konsulat.** Wegen des Umzuges bleibt die Kanzlei Mittwoch, den 18. Oktober geschlossen. Das Konsulat befindet sich von Donnerstag, den 19. Oktober, an in der Augustastraße 76 im Hochparterre.

* **In Kawallen** bei Breslau tagte am Sonntagnachmittag eine Versammlung unter freiem Himmel, die trotz des scharfen Frostwindes von mehr als 250 Männern und Frauen besucht war. Der Kandidat des Kreises, Genosse **Scholich**, sprach unter großem Beifall über die nächsten Reichstagswahlen. Einige Gegner waren wohl mit zur Stelle, doch schwiegen sie, als sie zur Aussprache aufgefordert wurden. Ein geistlicher Herr, der sich auch sehen ließ, hatte sich schon nach einer halben Stunde gedrückt. Es war bereits dunkel geworden, als ein dreifaches Hoch auf die Sozialdemokratie das Ende der anregenden Versammlung verkündete.

* **Arbeiter-Sängerbund (Gau Schlesien).** Die Vertreter der Mitgliedschaften des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes (Gau Schlesien) werden ersucht, unverzüglich die Berichtskarte vom letzten Quartal an den Vorsitzenden J. Lozar einzusenden. Die Unterbezirksvorstände werden aufgefordert, mit ihren Vereinen zu vereinbaren, daß Versammlungen einberufen werden, in denen kräftig agitiert und die Verschmelzungsfrage behandelt wird. Dem Gauvorstand und der Bezirksleitung sind die festgelegten Tage mitzuteilen. Der Gauvorstand.

* **Auf der Viehweide beraubt.** Unter der Anklage des **gemeinschaftlichen Raubes** standen am Montag der Anstreicher Richard **Hentschel**, der Malerarbeiter Paul **Kretschmer**, der Schlosser Hermann **Wiesner**, der Kutscher Max **Mantsch**, der Arbeiter Ernst **Helm**, der Arbeiter Max **Heimann** und der Anstreicher Max **Schmidt** vor dem Breslauer Schwurgericht. Die Angeklagten trafen am Abend des 14. Mai, einem Sonntage, mit dem Schmiedegesellen Botniok zusammen. Botniok zeigte sich sehr freigebig. In einigen Lokalen in Pöpelwitz bezahlte er für die Angeklagten die Zeche. Zum Schluß der Bierreise sollte noch das Restaurant „Zur Stadt Metz" in Pöpelwitz aufgesucht werden. Auf dem Wege dorthin, der über die Viehweide führte, wurde der Schmiedegeselle plötzlich zu Boden geworfen und ihm das Portemonnaie mit 7 Mark Inhalt, die Uhr und eine Radfahrkarte und eine Schlipsnadel gewaltsam entrissen. Das geraubte Geld teilten die Angeklagten untereinander. Der Angeklagte Manich ist in der Nacht vom 14. zum 15. Mai 18 Jahre alt geworden. Das war insofern von Wichtigkeit, weil gemeinschaftlicher Raub bei Personen, die das 18. Lebensjahr schon überschritten haben, nach dem Gesetz mit Zuchthaus bestraft werden kann. Zugunsten dieses Angeklagten wurde aber angenommen, daß er die Tat noch vor 12 Uhr Mitternacht begangen hatte, also noch nicht 18 Jahre alt war. Der Vorsitzende bemerkte, daß, wenn sich der Vorfall **nach 12 Uhr** abgespielt hätte, die Straftat bei diesem Angeklagten entschieden anders zu beurteilen wäre. Die Schuldfrage, ob bei allen Angeklagten gemeinschaftlicher Raub vorliege, bejahten die Geschworenen. Jedoch wurden den Beteiligten, die durchweg noch jung sind, auch unter dem Einfluß des Alkohols gehandelt haben, und meistens nicht vorbestraft sind, mildernde Umstände nicht versagt. Bis auf den Angeklagten Heimann, der schon wegen Eigentumsvergehen bestraft ist, wurden gegen die Angeklagten je **sechs Monate Gefängnis**, (das niedrigste gesetzliche Strafmaß) festgesetzt. Heimann wurde zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Allen Angeklagten wurde die Untersuchungshaft ganz oder teilweise angerechnet.

* **Die Zentralkranken- und Sterbekasse der Tischler** usw. (Sitz Hamburg) hielt am Sonntag im Kassenlokal eine leider nur schwach besuchte Mitglieder-Versammlung ab. Der Kassenbericht für das erste Halbjahr 1911 zeigte eine Einnahme von 11184,95 Mk. und eine Ausgabe von 10044,19 Mk. Der Bevollmächtigte Genosse **Kitzler** sprach über die Hilfskassen nach der Reichsversicherungsordnung. Danach haben die Mitglieder der Tischlerkasse nichts zu befürchten. Nach wie vor könne der Beitritt nur empfohlen werden. Außerdem wurde den Mitgliedern geraten, einer **Notstandskasse** beizutreten, die am 1. Juli 1912 gegründet wird, wenn 5000 Personen ihre Mitgliedschaft erklärt haben. Es hänge also von den Mitgliedern ab, ob diese Kasse ins Leben trete. Weitere Auskunft wird jeden Sonnabend von 7½ bis 11 Uhr abends im Kassenlokal, Herrenstraße 19, erteilt.

* **Im Barbier- und Friseurgewerbe** darf, wie der Polizeipräsident bekannt macht, mit Erlaubnis des Ministers am 24. und 31. Dezember bis 6 Uhr abends unter der Bedingung gearbeitet werden, daß Gehilfen und Lehrlinge, die an diesen beiden Sonntagen oder an einem dieser Tage über 2 Uhr nachmittags hinaus beschäftigt werden, entweder an einem der beiden Weihnachtsfeiertage oder am Neujahrstage von aller Arbeit **freizulassen** sind. Zugleich wird der Schluß des gewerblichen Betriebes des Barbier-, Friseur- und Perückenmachergewerbes in den Ortschaften, wo er auf 2 Uhr nachmittags festgesetzt ist, für den 24. und 31. Dezember 1911 bis 6 Uhr abends hinausgeschoben.

* **Weihnachtsarbeit in Zeitungsdruckereien.** Der Regierungspräsident hat, wie der Polizeipräsident bekanntgibt, erlaubt, daß Dienstag, den 26. Dezember 1911, Arbeiter in Zeitungsdruckereien frühestens von 6 Uhr abends an mit solchen Arbeiten, die zur Herstellung der Morgenausgabe einer Zeitung für den 27. Dezember erforderlich sind, beschäftigt werden.

* **Handel mit Blumen und Kränzen.** Der Polizeipräsident macht bekannt, daß am **Sonntag vor Allerheiligen**, dem 29. Oktober, und am **Totenfeste** (26. November) der Handel mit Blumen und Kränzen für die Dauer von zehn Stunden und zwar von 7 bis 9 Uhr vormittags und von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends zugelassen wird.

* **Gefunden** wurden drei Handtäschchen mit Inhalt, eine Fuchsjagdpeitsche, eine Kiste enthaltend Käse, zwei Bund Schlüssel, eine goldene Vorstecknadel, eine Markttasche, eine goldene Brosche, vier Deckchen und ein Spazierstock.

Briefträgern ausgetragen werden. Der zweite enthielt eine große Anzahl von eingeschriebenen Briefen und Wertsendungen, etwa 100 000 Fr. Ein Beamter der Post, gegen welchen sich der Verdacht richtete, und bei dem eine Haussuchung angestellt wurde, konnte ein ausreichendes Alibi nachweisen. Die Polizei nimmt trotzdem an, daß die Diebe **unter den Beamten** der betreffenden Postanstalt selbst zu suchen sind.

Ein peinlicher Fall. Frau Wolff-Wertheim, die das Bedürfnis fühlt, zu beweisen, daß es auch außerhalb ihres Hauses Schmutz in Hülle und Fülle gibt, veröffentlicht im Berliner „Kleinen Journal" eine Reihe von Klatschgeschichten, von denen eine nicht unbeachtet bleiben kann, weil sie in peinlicher Weise in die Politik hinüberspielt. Die Frau des bekannten Warenhausbesitzers schreibt:

Man fürchtet mich auch! Man zittert vor meinem Buch „Tammany", das kein Roman ist, dessen Anfang durch Indiskretion meinen deutschen Lesern bekannt, so ergötzlich wiedergibt, daß, während der Kampf im Reichstage tobte und **Müller-Sagan** seine Hymne auf die Warenhäuser gegen Kanitz anstimmte (**wes Brot ich esse, des Lied ich singe**), durch das größte Berliner Warenhaus ein stiller Mann schlich, der unentwegt „**mauste**", und als man den Edlen dingfest machte, da war es Eugen Richters stolzer Erbe, Herr **Müller-Sagan!!** Die liberale Partei, die just durch Herrn Rosenow 3000 Mark für die „Freisinnige Zeitung" kassiert hatte, und welche wahrscheinlich nicht undankbar ist, hat es vorgezogen, diesen Herrn, dem Absolution erteilt war, **weiter das deutsche Volk vertreten zu lassen!!** Ich muß sagen, meine Wenigkeit war anderer Ansicht. Ich finde, „der Gipfel der Geschmacklosigkeit" wurde nicht errichtet, ein Asyl für Kleptomanen zu sein. Der deutsche Reichstag, noch nicht so weit, seine Mitglieder von Wertheims Gnaden zu beziehen. Als ichs erfuhr, flog Herr Müller-Sagan, trotz Dr. Wiemers Briefe, trotzdem Herr Fischbeck bippernd bei uns erschien!

Die Geschichten, die Frau Wertheim da erzählt, sind nicht mehr ganz unbekannt. Sie haben, unmittelbar nach dem Verschwinden Müller-Sagans aus dem politischen Leben den Gesprächsstoff von ganz Berlin gebildet, doch schien kein Anlaß vorzuliegen, sie öffentlich zu erörtern, da erstens Müller-Sagan aller Wahrscheinlichkeit nach ein bedauernswerter Kranker ist und da zweitens anzunehmen war, daß die Fortschrittliche Volkspartei sofort nach dem Bekanntwerden des peinlichen Falles das Erforderliche und Selbstverständliche getan hat.

Mit einem neuen Trick arbeiten seit einiger Zeit die Berliner Pfandscheinschieber. Diese Herren verschaffen sich zu billigen Preisen Versachen aller Art, besonders aber Schmucksachen, versetzen sie bei sich selbst und stellen dann Pfandscheine auf irgend einen beliebigen Namen aus. Diese Pfandscheine verkaufen sie dann und lassen sie durch Mittelspersonen an Leute verkaufen, die mit der Einlösung der versetzten Pfänder etwas zu verdienen zu können glauben. Damit aber verrechnen sich die Käufer der Pfandscheine stets. Denn der Kniff der Schieber besteht darin, daß sie ihre eigenen Sachen weit über den Wert beleihen. Nur sie machen also ein Geschäft, während die Käufer der Pfandscheine immer Schaden erleiden. Denn entweder haben sie die Pfandscheine umsonst gekauft oder sie müssen das Pfand, welches sie doch noch einlösen, viel zu teuer bezahlen. Es ist wahrscheinlich, daß dieses Treiben schon einen größeren Umfang angenommen hat, als bis jetzt bekannt geworden ist.

Die schnellsten Tiere. Ueber die einzelnen Lebensgewohnheiten und Fähigkeiten der verschiedenen Tiere wissen die Naturforscher, die so meisterhaft mit dem Mikroskop umzugehen verstehen, und mit seiner Hilfe schon die winzigsten körperlichen Eigenschaften aller Geschöpfe studiert haben, durchaus nicht immer Auskunft zu geben. Ein bekanntes Beispiel dafür sind die schwankenden Angaben über das Alter, das ein Elefant erreichen kann. Ebenso strittig ist die Frage, welche Geschwindigkeiten von Tieren geleistet werden. Bei den Vierfüßlern und Vögeln, die der Mensch unter seine Botmäßigkeit gebracht hat, läßt sich das noch am ehesten feststellen. Aber es ist doch verdächtig, daß unter jenen der Hund und unter diesen die Brieftaube als die schnellsten Tiere bezeichnet werden. Damit wird eigentlich nur zugestanden, daß man über die Geschwindigkeit freilebender Tiere keine sicheren Angaben machen kann. Schon ein Reh dürfte einen Hund im Lauf übertreffen, vielmehr noch eine Gazelle, und ebenso würde man unter den Vögeln noch welche ausfindig machen können, deren Flug die Eilzugsgeschwindigkeit der Brieftaube hinter sich zurückläßt. Noch weniger weiß man mit den Wassertieren Bescheid, obgleich man meinen sollte, daß sich bei genügender Aufmerksamkeit sichere Ermittelungen anstellen ließen. Als die schnellsten Schwimmer des Meeres gelten die Delphine, bei denen eine Beobachtung freilich wiederum am leichtesten ist, da man die Geschwindigkeit ihrer Bewegungen mit der des fahrenden Schiffes vergleichen kann. Angeblich können die Delphine bis gegen 40 Kilometer stündlich zurücklegen, und man hat sie oft einen Ozeandampfer in voller Fahrt überrunden sehen.

Lichteinfall in vereiste und verschneite Seen. Allgemein verbreitet ist wohl die Ansicht, daß in Seen, die eine Eis- und Schneedecke tragen, nur sehr **wenig Licht** eindringen könne und daß es daher unter dem Eise ziemlich dunkel sein müsse. Nach Beobachtungen, die vor einiger Zeit der schwedische Forscher Dr. **Nordqvist** gemacht hat, scheint aber diese Auffassung nicht richtig zu sein. Die Versuche wurden, wie die „Internationale Revue der gesamten Hydrobiologie und Hydrographie" berichtet, mit einer über einem Eisloch aufgestellten einfachen Kamera ausgeführt. Es zeigte sich nun, daß bei einer Eisdecke von 47 Zentimeter und einer Schneehöhe von 12 Zentimeter eine **weiße Scheibe** durchschnittlich bis zu einer Tiefe von 3,74 Meter gesehen werden konnte, und daß die Scheibe bei 50 Zentimeter Eisstärke und 18 Zentimeter Schneehöhe noch bis zu einer Tiefe von 2,96 Meter sichtbar blieb. Bei Beobachtungen, die im Sommer bei offenem Wasser angestellt wurden, lag die Grenze der Sichtbarkeit dagegen in einer Tiefe von 3,99 Meter. Den geringen Betrag der Schwankungen der eindringenden Lichtmenge, der hiernach für die einzelnen Jahreszeiten besteht, sucht Nordqvist dadurch zu erklären, daß das Wasser im **Winter** viel **durchsichtiger** ist als im Sommer, in dem es von Plankton und Schlamm mehr getrübt ist. In flachen Seen mit schlammigem Boden, wo die Wellen bei offenem Wasser den Schlamm aufrühren, können die Unterschiede so bedeutend werden, daß das Licht im Winter trotz der Bedeckung mit Eis und Schnee **tiefer** eindringt als im Sommer. So fand Nordqvist an dem See Yddingen in Südschweden im Februar die Lichttiefe fast dreimal so groß wie bei offenem Wasser.

Ueber Muskelkraft hat Professor O. Lehmann überaus interessante und lehrreiche Beobachtungsergebnisse veröffentlicht. Nach ihnen beträgt die Kraft eines Menschenmuskels acht bis zehn Kilogramm pro Quadratzentimeter und die Kraft eines Froschmuskels zwei bis drei Kilogramm pro Quadratzentimeter. Die Flügelmuskel gewisser Insekten können in einer Sekunde 300 bis 400 Zusammenziehungen ausführen. Das schlagende Herz eines erwachsenen Mannes leistet täglich eine Arbeit von etwa 20.000 Kilogrammmetern. Das sind kaum glaubliche Zahlen, über die wir uns gar nicht einmal klar werden, weil sie sich z. B. in unserer Herztätigkeit seit den Tagen unserer Jugend Tag für Tag wiederholen. Wir nehmen sie als selbstverständlich hin und können daraus ersehen, daß unsere Muskeln — und zwar jeder einzelne im Verhältnis zu seinem Gewicht — eine viel größere Leistung vollbringen, als ein Motor. Lehmann kommt nach alledem zu der Ansicht, daß es uns Menschen deshalb niemals gelingen wird, die Flugfähigkeit der Vögel durch Flugmaschinen völlig nachzuahmen.

Literatur.

Für die Kleinen. Der bekannte Verlag von **Hegel u. Schade** in Leipzig hat soeben wieder drei Bilderbücher von **Ludwig Richter** herausgegeben, „Herbst", „Winter" und „15 Bilder fürs Haus". Inhalt und Ausstattung lassen die Bücher für Geschenkzwecke als sehr geeignet erscheinen. Wir empfehlen, sie während der nächsten Wandschmuckausstellung mit auszulegen.

Das Verbrechen der Gotteslästerung und die Freiheit der religiösen Kritik. Von Wilh. Börner, Neuer Frankfurter Verlag, Frankfurt a. M. 1911. Preis 60 Pf.

Das erste große Volkskonzert

des Bildungsausschusses der organisierten Arbeiterschaft findet am Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 3½ Uhr im Saale des Gewerkschaftshauses statt. Das Konzert wird von Mitgliedern der Stadttheaterkapelle unter Leitung des Herrn Musikdirektors **Paul Rüster** ausgeführt und zeigt ein sorgsam ausgewähltes ansprechendes Programm. In folgenden Verkaufsstellen sind die Programme zum Preise von 30 Pfennigen zu haben:

Expedition der „Volkswacht",
Parteisekretariat, Neue Graupenstr. 7,
Gewerkschaftshaus, Margaretenstr. 17,
Zigarren-Handlung von Studt, Leuthenstr. 58,
" " " Reichelt, Matthiasstr. 140,
" " " Kotzerke, Matthiasstr. 20,
" " " M. Janek, Hubenstr. 82.

Den Genossen und ihren Familien wird empfohlen, von diesen Programmen regen Gebrauch zu machen.

---

* **Die Landwirtschaftskammer ist kein gewerbliches Unternehmen.** Ein Bureaubeamter der Landwirtschaftskammer ist entlassen worden und klagte vor dem Gewerbegericht wegen Gehaltsentschädigung. Er war gegen ein Monatsgehalt von 30 Mk. bei freier Kost und Reisespesen für die Forststelle angestellt. Sein Anspruch beläuft sich auf 120 Mk. Der Vertreter der Kammer beantragte, die Klage wegen Unzuständigkeit des Gewerbegerichts abzuweisen. Die Forststelle sei eingerichtet worden zur Unterstützung der Landwirtschaft. Der Forstmeister und andere Beamte reisen in der Provinz herum und erteilen den Landwirten Ratschläge. Auch liefere die Forststelle Kulturpflanzen. Die Landwirte haben allerdings Gebühren zu zahlen, ein gewerbliches Unternehmen im Sinne der Gewerbeordnung sei die Landwirtschaftskammer trotzdem nicht. Das Gewerbegericht entsprach dem Antrage und die Streitsache wurde dem Amtsgericht überwiesen.

* **Ueble Folgen einer unüberlegten Tat.** Ein junger Mann, der als Zeichner in einem Baugeschäft beschäftigt war, hatte an eine Person einen Drohbrief geschrieben. Wenn er nicht sofort 200 Mk. erhalte, mache er eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen eines angeblich verübten Verbrechens. Die bedrohte Person hat dieses Schreiben der Polizei übergeben und die Folge davon war, daß gegen den Zeichner eine Voruntersuchung wegen Erpressung schwebt — diese Sache hatte für den jungen Mann aber noch einen weiteren Nachteil, denn er wurde, als sein Arbeitgeber davon erfuhr, sofort entlassen. — Er klagte, da er die Entlassung für nicht gerechtfertigt hielt, wegen Gehaltsentschädigung vor dem Gewerbegericht. Der Angeklagte beantragte, die Klage abzuweisen und gab an, daß er einen Mann, der Erpressungsversuche mache, in seinem Geschäft nicht brauchen könne. Vor einem solchen Menschen müsse man sich vorsehen. Das übrige Personal wolle mit dem Kläger nicht mehr zusammenarbeiten. Der Vertreter des Klägers räumte zwar ein, daß ein Verfahren schwebe und daß der Kläger wahrscheinlich bestraft werden wird; das sei aber eine Privatsache und ginge den Verklagten nichts an. Ein Entlassungsgrund sei es auf keinen Fall. Das Gewerbegericht entschied jedoch zugunsten des Verklagten. Es sei keinem Arbeitgeber zu verdenken, wenn er einen Angestellten, der sich strafbare Handlungen zuschulden kommen läßt, wenn sie noch gegen dritte Personen gerichtet sind, nicht länger behalten will. Der § 133 der Gewerbeordnung bestimmt, daß Betriebsbeamte, Techniker ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist entlassen werden können, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. In der Handlungsweise des Klägers erblickte das Gewerbegericht einen wichtigen Grund, der die Entlassung rechtfertige.

* **Der diesjährige Ledermarkt** wird am 20. November im Hauptgange und in den Nebenräumen des Konzerthauses auf der Gartenstraße abgehalten werden.

* **Der Breslauer Flachsmarkt** wird in diesem Jahre am 11. und 12. Dezember im Hauptgange und den Nebenräumen des Konzerthauses an der Gartenstraße abgehalten.

* **Rezitationsabend Charlotte Rother.** Am Sonntag, den 15. Oktober, veranstaltete Frau Charlotte Rother vor einem größeren Publikum ihren ersten Rezitationsabend im Saale der Horusloge. Das aus dem großen Gebiete der modernen Dichtung abwechselungsreich zusammengestellte Progamm war geeignet, Zeugnis abzulegen von dem Können und dem Fleiß der Vortragenden. Frau **Rother** verfügt über ein ausgiebiges Stimmmaterial und eine große Modulationsfähigkeit; eine ausdrucksvolle Mimik erhöht den Genuß ihrer Darbietungen. Wir wollen nicht unterlassen, die organisierte Arbeiterschaft Breslaus, der Frau Rother als Vorkämpferin politischer und sozialer Reform nicht unbekannt ist, auf die begabte Künstlerin aufmerksam zu machen und hoffen, daß ihre Darbietungen manches Arbeiterfest schmücken werden.

* **Deutscher Schneiderverband (Filiale Breslau).** Heute, Dienstag, abends 8½ Uhr, Generalversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: 1. Kassenbericht über das 3. Quartal 1911. 2. Streikabrechnung. 3. Jahresbericht. 4. Neuwahl der Ortsverwaltung. 5. Verschiedenes. Zu dieser wichtigen Versammlung sollen alle Mitglieder pünktlich erscheinen. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Die Ortsverwaltung.

* **Der Männer-Gesang-Verein „Sängerrunde"** (Mitgliedschaft des Arbeiter-Sängerbundes) veranstaltet am nächsten Sonntag im Gewerkschaftshause eine **Herbstfeier**, die ein ausgewähltes Programm aufweist. Einzel- und Chorlieder wechseln, sie werden von einem Klaviervortrage und einem Prolog eingeleitet und mit einem lebenden Bilde „Herbstsegen" geschlossen. Darauf folgt ein Tanzkränzchen. Der Besuch kann nur empfohlen werden, zumal der Entritt bei 19 Pfg. sehr billig ist.

* **Stadt-Theater.** Dienstag: „Madame Butterfly". Mittwoch: „Das Rheingold". Donnerstag als Wohltätigkeits-Vorstellung: „Die Fledermaus". Freitag: „Lohengrin". (Anfang 7 Uhr). Sonnabend: „Hoffmanns Erzählungen".

* **Lobe-Theater.** Dienstag: „Die Liebe höret nimmer auf". Mittwoch: „Das weite Land". Donnerstag: „Minna von Barnhelm". Freitag: „Julius Cäsar". Sonnabend: „Das weite Land". — Dr. Loewe hat das Lustspiel von Heinrich Lee „Griechisches Feuer" zur Uraufführung angenommen.

* **Thalia-Theater.** Dienstag (für Gruppe A) „Sappho". Mittwoch (gelbe Karten) „Der Störenfried", von Roderich Benedix. Donnerstag für Gruppe B „Sappho", Sonnabend (grüne Karten) „Der Störenfried".

* **Schauspielhaus.** Dienstag „Das Musikantenmädel". Mittwoch „Das Fürstenkind". Donnerstag „Das Musikantenmädel". Freitag „Das Fürstenkind". — Für Sonnabend wird die neue Operette „Der Rodelzigeuner", von Leo Kachner, Musik von Josef Snaga, vorbereitet.

* **Das Spielen mit Streichhölzern** hat am Dienstag vormittag fast wieder drei Kindern das Leben gekostet. In einer Wohnung des Hauses Zehnerstraße 18 waren drei Kinder von ihrer Mutter, die geschäftlich fortgegangen war, allein zurückgelassen und eingeschlossen worden. Sie wußten sich Streichhölzer zu verschaffen und beim Spielen damit setzten sie die Betten in Brand, worauf auch andere Möbelstücke Feuer fingen. Als die Feuerwache von der Leuthenstraße eintraf, kam ihr die Mutter der Kinder jammernd entgegen, denn sie selbst konnte wegen des furchtbaren Qualmes nicht in die Wohnung, um ihre Kinder zu retten. Die Feuerwehrmannschaften fanden beim Eindringen in den mit Rauch und Flammen erfüllten Raum zwar den 4 Monate alten jüngsten Knaben im Kinderwagen; die beiden anderen Kinder dagegen, ein 2jähriges Mädchen und einen 3jährigen Knaben mußten sie lange suchen, denn die beiden hatten sich, als sie sahen, was sie angerichtet, unter dem Sofa und unter einem Bett verkrochen. Alle drei Kinder waren bereits von dem Rauche erstickt. Sie wurden in eine benachbarte Wohnung geschafft und unter Zuziehung eines Arztes mit zwei Sauerstoffapparaten behandelt. Nach etwa 20 Minuten langer Arbeit gelang es, die Kinder wieder ins Leben zu rufen. Das Feuer löschte die Wehr sehr bald mit der Eimerspritze.

* **Zusammenstoß mit der Elektrischen.** Montagmittag stießen auf dem Sonnenplatz ein Wagen der Gräbschener Straßenbahn mit einem sogenannten „Frachter" zusammen. Der lange Planenwagen, der neben dem Gleise hinfuhr, bog plötzlich links über das Gleis, um auf den freien Platz zu kommen und prallte gegen den Straßenbahnwagen, von dem die mittlere Glasscheibe zertrümmert wurde, sodaß die Fahrgäste erschreckt aufschrien, weil sie noch Schlimmeres befürchteten. An dem Straßenbahnwagen wurde außerdem ein Rad beschädigt.

Neueste Nachrichten.

Wahlen in Mannheim.

Mannheim, 15. Oktober. Bei der **Stadtverordnetenwahl** fielen in der dritten Klasse auf die **Sozialdemokraten 7224**, auf das Zentrum 1359, auf die Fortschrittliche Volkspartei 698, die Nationalliberalen 539, die Mieterpartei 279 Stimmen. Nach dem Proporz würden die Sozialdemokraten 24, das Zentrum 4, der Fortschritt 2, die Nationalliberalen 2 Sitze erhalten. Nach anderer Berechnung würden die Sozialdemokraten 26, die Nationalliberalen keine Sitze erhalten. Die Wahlbeteiligung betrug 68 Prozent.

Zentrums-Manöver.

Berlin, 17. Oktober. Auch das Zentrum läßt nunmehr in einer **Interpellation** den Reichskanzler um Auskunft bitten, wie weit eine **außergewöhnliche Preissteigerung** der Nahrungs- und Futtermittel eingetreten ist und welche Maßnahmen der deutsche Reichskanzler zu nehmen gedenkt und was er veranlassen will, um den bestehenden oder zu erwartenden Uebelständen ohne Schädigung der einheimischen Produktion entgegenzuwirken.

In einer zweiten Interpellation wünscht das **Zentrum Auskunft** über den Schutz der deutschen Interessen in Marokko, über die durch das Vorgehen Italiens geschaffene internationale Lage und über den Stand der deutschen Interessen in China.

Zur Revolution in China.

London, 17. Oktober. Der Passagierverkehr zwischen Peking und Tientsin soll heute eingestellt werden. Der Preis des Reises ist um 50 Prozent gestiegen. In Wutschang ist eine vollständig organisierte Regierung am Ruder, die allerdings vorläufig nur provisorisch ihres Amtes waltet. Ihre Organe haben bekannt gemacht, daß alles Plündern und jede Gesetzwidrigkeit erbarmungslos und streng bestraft werden würde. Die provisorische Regierung hat schon in den ersten vierundzwanzig Stunden ihres Bestehens über ein Dutzend Uebeltäter, die Gesetzlosigkeiten betrieben, kurzer Hand, auf frischer Tat ertappt, ohne jegliches Verhör einfach aufgeknüpft. Der aus Hankau gemeldete Mangel an geprägtem Gelde, der sich aber nicht nur dort, sondern auch an anderen Orten stark fühlbar macht, erklärt sich daraus, daß die reichen Leute ihr sämtliches verfügbares Geld den Revolutionären ausgehändigt haben.

Jetzt füttert man die Hungrigen.

Peking, 16. Oktober. Amtlich wird bekannt gegeben, daß von morgen ab nach Abgang des sibirischen Postzuges **der gesamte Personenzugverkehr zwischen Peking und Tientsin eingestellt** wird. Viele chinesische Beamte schicken ihre Familien aus Peking fort. Der heute vormittag nach Tientsin gehende Zug war überfüllt. In amtlichen Kreisen herrscht allgemeiner Optimismus. Nachdem Yuanschikai den Posten eines Vizekönigs angenommen hat, glaubt man, daß der Name allein genügen werde, die Aufständischen einzuschüchtern. General Yintschang wird sein Hauptquartier 70 Meilen nördlich von Hankau aufschlagen. Die Regierung hat angeordnet, daß **Reis an die Armen** verteilt werde. Die Kornspeicher Pekings sind geöffnet. **Getreide wird zu billigen Preisen verkauft.**

Italien und die Türkei.

London, 17. Oktober. Die „Times" melden aus Konstantinopel: Amtlichen Mitteilungen zufolge sind drei italienische Torpedobootzerstörer vor Mytilene erschienen. Einer lief in den Hafen ein, anscheinend, um dort Erkundigungen vorzunehmen.

Tripolis, 17. Oktober. Am Sonntag abend gegen 10 Uhr unternahmen die Türken einen neuen Angriff auf den Brunnen von Bumeliana. Sie feuerten eine ganze Anzahl Kanonenschüsse ab; im dem Augenblick jedoch, als sie sich eingeschossen hatten und ein italienischer Korporal verwundet wurde, brachen sie das Gefecht plötzlich ab. Die italienische Gebirgsbatterie erwiderte das Feuer überhaupt nicht.

Athen, 17. Oktober. Aus Korfu wird telegraphiert, daß man dort gestern mittag deutlich Kanonendonner von der Ortschaft **Sivatatia** bei Gumenitza, an der Küste von Epirus, her gehört habe. Bald darauf sah man ein fremdes Schiff, dessen Nationalität nicht zu erkennen war, aus dem Hafen herausdampfen, der in dichte Rauchwolken gehüllt war. Man nimmt allgemein an, daß der Hafenort von einem türkischen Kreuzer beschossen und in Brand gesetzt worden ist.

Konstantinopel, 17. Oktober. Die Kammer trat gestern gegen mittag zu einer Vorberatung zusammen und wurde vom Präsidenten Ahmed Ricca mit einer Ansprache begrüßt, in der er auf die Sympathien der gesamten Welt für die Türkei hinwies. Im Namen der tripolitanischen Deputierten reichte darauf Hadschi Bey eine ausführlich motivierte Anfrage schriftlich gegen das Kabinett Hakki Pascha ein. Der Vorsitzende der Komitee-Partei und vier Abgeordnete besuchten gegen Abend den Großwesir, um Kenntnis von dem Programm der Regierung zu nehmen, das erst am Mittwoch der Kammer vorgelegt werden wird.

Keine Friedensvermittelung.

Berlin, 17. Oktober. Die Vermittelungsaktion der Großmächte in Konstantinopel ist nach einer Wiener Meldung der „Voss. Ztg." vollständig eingestellt worden. Italien will nicht bloß auf Grundlage der vollständigen Annexion Tripolitaniens unterhandeln, sondern auch von der anfangs in Aussicht gestellten Abfindungssumme die eigenen Kriegskosten in Abzug bringen. Die internationale Lage hat sich infolge dieser Aenderung der italienischen Absichten, wie bemerkt wird, noch mehr getrübt. In Wien macht man sich auf eine längere Dauer des italienischen Feldzuges in Tripolis gefaßt. Der Oberleutnant im Landwehrregiment in Pilsen, Julius Fidale, hat deshalb den Auftrag erhalten, sich als militärischer Berichterstatter nach Tripolis zu begeben und im italienischen Hauptquartier die Operationen der italienischen Truppen mitzumachen.

Zur Lage in Portugal.

London, 17. Oktober. Der „Daily Telegraph" meldet aus Lissabon: Das Parlament wurde gestern nachmittag durch verschiedene Regierungsmitglieder eröffnet. Nach der Verlesung des Dekretes betreffend die Aufhebung der konstitutionellen Garantien griff der radikale Führer Costa mit mehreren seiner Freunde die republikanische Regierung äußerst heftig an, bezichtigte sie der Unzuverlässigkeit und der Unkenntnis über die royalistischen Pläne und verteidigte die provisorische Regierung. Des weiteren verlangte er die Verhängung ganz exemplarischer Strafen über die monarchistischen Verschwörer.

Attentatsversuch auf Präsident Taft?

Paris, 17. Oktober. „Matin" meldet aus San Francisco: Zwischen El-Capitan und G-villa wurden gestern morgen 36 Dynamitpatronen auf dem Geleise gefunden auf dem kurze Zeit darauf der Zug des Präsidenten **Taft** passieren mußte. Die Pacific-Eisenbahn hat eine strenge Untersuchung einleiten lassen. Man glaubt bestimmt, daß es sich um ein raffiniert angelegtes Attentat auf das Leben des Präsidenten Taft handelt. Der „Matin" ist ein wenig glaubwürdiges Sensationsblatt.

Keine Revision im Metternichprozeß.

Berlin, 17. Oktober. Graf Giesbert Wolff Metternich, der vor einigen Tagen wegen dreier vollendeter Betrugsfälle zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde, von denen durch die erlittene Untersuchungshaft sechs Monate als verbüßt erachtet wurden, hat gestern auf das Rechtsmittel der Revision verzichtet. Wie weiter aus Hanau gemeldet wird, hat der im Metternichprozesse arg kompromittierte **Oberleutnant von Fetter**, gegen den auf seinen eigenen Antrag ein Untersuchungs-Verfahren eingeleitet worden ist, einen vorläufigen **Urlaub von vier Wochen** erhalten. Ueber die einzelnen Ergebnisse und den allgemeinen Fortgang des Verfahrens wird von den beteiligten Personen und von seiten der Behörden das strengste Stillschweigen beobachtet.

Maxim Gorki erkrankt.

Petersburg, 16. Oktober. Maxim Gorki, der bekannte russische Dichter ist auf Capri schwer erkrankt. Sein Freund Pjatnitski, der Herausgeber des Journals Znaja aus Moskau, ist nach Capri abgereist.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Pegelst. in Meter nach 8 Uhr	Ratibor	Cosel	Krappitz	Neiße	Neiße Mdg. OP.	Neiße Mdg. UP.	Brieg OP.	Brieg UP.	Ransern*)	Treschen*)	Breslau OP.	Breslau UP.	Köp. Glog.	Steinau
17. 10.	0,91	0,74	2,12	0,40	3,80	0,47	4,5	1,47	0,13	0,12	4,11	2,22	0,59	0,51
16. 10.	0,92	0,82	2,09	0,41	3,80	0,55	4,36	1,56	0,08	0,18	4,50	2,27	0,59	0,51
Mittel	1,65	[illegible]	[illegible]	0,42	2,46	2,07	4,07	2,38	1,38	1,56	[illegible]	2,14	1,88	0,45

*) Auswerungshöhe i. Kettwitz 3,50; für Treschen (Obere) Ohle-Mündung 3,27.

Feststellungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission.
Breslau, den 16. Oktober. Pro 100 Kilogramm

	gute höchst.	gute niedr.	mittlere höchst.	mittlere niedr.	geringe Sorte höchst.	geringe Sorte niedr.
Weizen, weißer neu	20 80	19 40	19 30	18 40	18 30	17 80
Weizen, gelber neu	20 20	19 30	19 20	18 30	18 20	17 20
Roggen	18 20	17 70	17 60	16 70	16 60	15 70
Braugerste	18 80	18 —	17 90	16 60	— —	— —
Gerste	15 50	14 80	14 20	13 30	18 40	18 —
Hafer	17 60	17 10	17 —	14 60	18 70	16 50
Victoria-Erbsen	29 —	27 —	26 —	25 —	24 —	23 —
Erbsen	21 50	21 —	19 50	18 90	18 —	17 50
Winterraps	29 —	— —	27 50	— —	25 50	— —

Heu per 100 Kgr. 9,40—9,80 Mk.
Langstroh per 100 Kgr. 5,90—6,10 Mk.
Preß-Stroh 100 Kgr. 5,20—5,40 Mk.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl ruhig per 100 Kgr. inkl. Sack brutto. Weizenmehl 00 ruhig 29,50—30,00 Mk., Roggenmehl 00 ruhig 26,50 bis 28,00 Mk., Roggen-Hausbacken ruhig 25,00—26,50 Mk. Roggen-Futtermehl fester 13,75—14,25 Mk. Weizenkleie behauptet 12,25—12,75 Mk.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 17. Oktober:

Schneider-Verband. General-Versammlung im Saale.
Stuckateure. Versammlung abends 7 Uhr, im Zimmer 1.
Beizer und Polierer. Versammlung im Zimmer 5.

Mittwoch, den 18. Oktober:

Metallarbeiter-Verband. Lichtbilder-Vortrag um 8 Uhr.
Schmiede-Verband. Versammlung im Billardzimmer.
Arbeiter-Radfahrer. Versammlung im Zimmer 1.
Holzarbeiter-Verband. Delegirten-Versammlung im Zimmer 2.

Donnerstag, den 19. Oktober:

Brauerei- und Mühlenarbeiter. Versammlung im Saale.
Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Billardzimmer.
Kutscher-Versammlung im Zimmer 2.
Korbarbeiter. Versammlung im Zimmer 3.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6½—9 Uhr im Zimmer 7.

Freitag, den 20 Oktober:

Armenpfleger-Versammlung im Zimmer 1.
Lese- und Diskutierklub, 8½ Uhr im Zimmer 5.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land)-Neumarkt.

Land-Distrikt 11/12 (Bezirke Koberwitz, Peltschütz, Krolkwitz und Baumgarten). Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags 3 Uhr: Allgemeine Mitglieder-Versammlung. Wo, sagen die Bezirksführer. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht von der General-Versammlung. 3. Die Lokalfrage in Koberwitz. Genossen, seid alle zur Stelle.

HALPAUS
No. 5
ist die neue
2½
Pfg.-Cigarette
in unerreichter Qualität!
6094

Erscheint 3mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Abzahlungsgeschäfte

Möbel- u. Waren-Ausstattungshaus gegen bar und auf Teilzahlung
Adolf Schröter, Ring Nr. 2, Kurfürstenecke

Alkoholfreie Getränke

= Bilz-Sinalco =
Brauns-Brause
Demmig, A., Rosenthal 138, Demmigbrause.
Konopka, J., Salzstr. 12 (Brausen).
Lindner, Max, Oderstraße 26.
Schulz, Carl, Brunnbrunn, Matthiasstr. 123
Thomas Brause, Hubenstr. 84, Telephon 2411.
Vegetabil-Brause, Weizenracer, Bohrauft.

Bäckereien und Konditoreien

Brunner, R., Bohrauerstraße 18.
Burde, Friedr., Löschwitzerstraße 19.
Dinke, Hermann, Kletschkauerstraße 12.
Milschub, Heinrich, Töpferwitzstraße 38
Reith, Carl, Oderstr. 29, Filiale Oderstr. 2.
Kuhr, Oskar, Kreuzburgerstraße 21.
Kraus, Wilhelm, Bismarckstraße 35
Leschke Sch., [illegible]
Marzotke, Josef, Matthiasstraße 3.
Raabe, Aug., Sonnenstraße 15.
Ferke, Adolf, Scheitnigerstr. 17.
Stantke, Wilhelm, Altenstraße 4.
Stock, Karl, Gräbschen Nr. 51.
Vieweger, Th., Nachodstrasse 13.
Walter, Josef, Rebengasse 1.
Wahlé, Gust., Altenstraße 54.
Weffel, Paul, Sedanstraße 33.

Bandagisten

Fritz, W., Merkelstr. 30. Gummiwaren.
Knicke, [illegible] 51. Tel. 10144
Rein, Joh., Schmiedebr. 17/18.

Bier-Brauereien [illegible]

Brauerei Paupsch zum Nußbaum G. m. b. H.
Spezial-Ausschank „Nußbaum"
Brauerei Hafran G. m. b. H.
Kenoñensch.-Brauerei, Preßl. Gasse u. Schankwirte.
Lagerbier-brauerei **Haase, E., Breslau,**
Flaschenbier-Brauereiabzug.
Hoffelbach, A., Nebel, Lehmdamm 20.
Hauf & Härtle Gräbschenerstr. Breslau.
Schiel, Franz, jr., Hubenstraße 76.
Schultheiss, Abteilung V. Matthiasstraße 204/208.
Vogel, E., Reuschestraße 2.
Wiesner, F. W., Brauerei, Neumarkt.

Blumenhandlungen und Kränze

Brieger, M., Wwe., Nachf., Hintermarkt 3

Blusen u. Kostümröcke

Verk. v. Blusen u. Röcken Weidendstr. 51.

Café

„Wachtplatz" Täglich Künstler-Konzert Anf. 9 Uhr abends

Damen-Konfektion

Rösel, Felix, Ohlauerstr. 7 pt. I. u. II. Et.

Drogen und Farben

Altstadt-Drog., Schlegel, Nikolaistr. 21.
Augusta-Drogerie, Viktoriastraße 22.
Exner, Karl, Gräbschenerstraße 86.
Kloster-Drogerie, Klosterstr. 11 Ecke Feldstr.
Reichs-Drogerie H. Klosta, Rehdigerstr. 46
Rittner, A., Matthiasstraße 104.
Sahm, Bruno, Kaiser-Wilhelmstraße 16.
Silesia-Drogerie, Tauentzienstraße 105.
Steinbrecher, P., Friedr.-Wilhelmstr. 106.

Eisen- u. Stahlwaren

Böckmann, Karl, Hubenstraße 31.33.
Ernst, Josef, Frankfurterstraße 93.95.
Förster, Edm., Matthiasstr. 170, Kolonialw.
Kiaebig, C., Weidenstr. 18 (Messerschmiede)
Lewes Ri., Fr.-Wilhelm.-Str. [illegible]
Scholz, Fritz, Matthiasstraße 91/93
v. Taichiski, A., Nachf., Kletschkaustr. 75.

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrradhaus „Fritsch und", Nikolaistr. 32.
Fahrradhaus „Gomolka" Sonnenpl. Ecke Telegraphenstr.
Homann, Wilhelm, Tauentzienstraße 58.
Herrmann, G., Neue Tauentzienstr. 52/54.
Hensler, G., Friedr.-Wilhelmstr. 78, I. Etage.
Klinger, J., Matthiasstraße 152.
Kluge, Max, Herrnstraße Nr. 4 5.
Paschmann, A., Kletschkaustr. 7, a. d. Schweidnitzer.
Radfahrerartikel und Gummiwaren.
Rudolph, Johannes, Viktoriastraße 54.
Schlape, P., N. Tauentzienstr. 23, Rep.-Werkst.
Settiger, Berthold, Neudorfstr. 57, Ecke.
Seidel, Richard, Albertstr. 20.

Färberei u. Wäscherei

Kelling, W., Färberei und chem. Waschanstalt.
Petrat, W., & Co., Färberei u. chem. Reinig.-Anstalt
Riedel, M., Färb. u. chem. Waschanst. [illegible]

Fische u. Delikatessen

[illegible], Matthiasstr. 152.
Barnert, Oskar, Goldene Radegasse 11.
[illegible], [illegible] 63.
[illegible], Frankfurterstraße 123.
[illegible], Nachf., Gartenstr. 10.
[illegible], Gräbschenerstraße 32.
[illegible] & [illegible] Ohlauerstraße 34.
[illegible], Fr.-Wilhelmstr. 123, gegenüb. 13
[illegible], [illegible] 29, Tel. 8613.

Friseure und Barbiere

[illegible], Paul, Neue Tauentzienstr. 41.

Fleischereien u. Wurstfabriken

Bartsch, Gustav, Hummerei 13.
Barisch Paul, Zehnerstrasse 18.
Becker, A., Nchf. O. Schneider, Tauentzienst. 17.
Berndt, Paul, Weißenburgerstraße 4.
Brehler, Reinhold, Gräbschenerstr. 52.
Brock, Joh., Viktoriastraße 5.
Casner, Richard, Altbüßerstraße 49.
Dietrich, Rudolf, Ohlauerstr. 30.
Drieschner, Richard, Sadowastraße 17.
Drieschner, Robert, Lohestrasse 32.
Eckert, Gottlieb, Martinikirchstraße 96/98.
Erbe, Josef, Breitestraße 8.
Ermer, Wilhelm, Sternstraße 74.
Feilbauer, Karl, Perlstraße 82.
Festgiebel, Georg, Tichepinestraße 1.
Fichtner, Oskar, Posenerstraße 23.
Franke, Ferd., Bärenstrasse 17.
Fränkel, Johann, Frankfurterstraße 36.
Franzke, Josef, Moltkestr. 6, Tel. 3481.
Fritsch, Paul, Lobestraße 41.
Galleiske, Arthur, Matthiasstraße 85.
Gebeck, Max, Teichstr. 21, Bismarckstr. 17.
Geise, A., Schuhbrücke 81, Fil. Gellhornst. 51.
Gimmler G., Matthiasst. 77, Gneisenaust. 1
Wierzb, Gottlieb, Paulstraße 14.
Gorisch, C., Nachf., N. Schweidnitzerstr. 9.
Gottschalk, Fritz, Matthiasstraße 80.
Greulich, Ernst, Graben 11.
Griebsch, Georg, Altenstraße 31.
Gutoth, E., an der Weidendammbrücke 2.
Gotschke & Rochwald, Sedanstr. 8.
[illegible], Robert, [illegible] 25.
Haberland, B., Mehlg. 19 Ecke Paulinenstr.
Halmla, Carl, Augustastr. 59, Gabitzstr. 48.
Hartbrich, Adolf, Mauritiusplatz 3.
Haubt, Reinh., Alexanderstraße 21.
Hausschild, Ad., Alexanderstraße 25. Hauptgesch. Hundsfeld.
Helmann, R., [illegible] Schuhbr. 73 u. Fil.
Hellmann, Julius, Herdainstraße 106.
Hessmich, Paul, [illegible] 9, Ecke Mehlgasse.
Hoffmann, Paul, [illegible] 59.
Hoffmann, Robert, Lehmstraße 15.
Hoffmann, Wilh., Kohlenstraße 14.
Jänisch, Ernst, Rosenthalerstraße 39.
Jacob, Felix, Matthiasstraße 109.
Jurascz, Hermann, Kurfürstenstraße 31.
Kaus, Karl, Kirchstraße 7.
Kehner, Albert, Tauentzienstraße 66.
Kraufch, Heinrich, Gräbschen Nr. 39.
Kranse, Berthold, Oderstraße 31.
Kriebel, Gottlieb, Ohlauerstraße 48.
Krnich, R., Kleinstr. 49, Lehmstr. 4.
Kusche, H., Friedrich-Wilhelmstraße 92.
Kubie, Karl, Kleinburgstr. 11.
Kümmel, Friedr., Taschenstraße 9, Fried.-Wilhelmstr. 70.
Lattner, Paul, Lobestraße 29.
Lührert, Heinrich, Lehmdamm 44.
Liebich, Wilh., Klosterstraße 96.
Martiebe, Karl, Matthiasstraße 42/44.
May, Albert, Friedrich-Wilhelmstr. 74.
Meinhold, Richard, Neumarkt 14.
Melzig, R., Delsnerstraße 4.
Merettig, Paul, Matthiasstr. 148.
Michaelis, Rob., Gräbschenerstraße 70.
Milde, R., Trebnitzerstraße 25.
Miller, Hermann, Matthiasstraße 3.
Mirke, G., Neukirchstr. 57.
Mitz, August, Gräbschenerstr. 35, Graupenst. 8.
Neumann, W., Schmiedebrücke 44, Marktb. I
Nitsche, Johann, Reuschegasse 39.
Pabst, Reinhold, Trebnitzstraße 54.
Ranbach, C., Mierstraße 42 und 24.
Reck, Carl, Friedrich-Wilhelmstraße 15.
Reinke, B., Bärenstraße 11.
Rudolph, Max, Viktoriastraße 17.
Sandeck, H., Hundsfelder Chaussee 91.
Sauk, Karl, Neue Tauentzienstraße 46.
Scharf, Fr., jr., Kurfürstenstraße 60/61
Scharte, Paul, Friedrich-Wilhelmstr. 97
Schattmann, Oskar, Matthiasstr. 134.
Schikore, Otto, Gräbschenerstraße 91.
Schneider, Aug., Sternstr. 65, Hirschstr. 5.
Scholz, Arthur, Herrenstr. 25.
Scholz, Robert, Teichstraße 3.
Schubert, Karl, Viktoriastraße 20.
Scubbin, Heinrich, Gräbschenerstr. 63.
Sfiebe, Josef, Sternstr. 35, Ecke Hirschstr.
Speer, Albert, Paulinenstraße 26.
Spichale, Herm., Scheitnigerstraße 52.
Starofke, Gustav, Lehmdamm 17.
Strenzel, Josef, Frankfurterstraße 169.
Stief, Ludwig, Adalbertstraße 15.
Stolper, Berthold, Hubenstraße 60.
Striesel, Gustav, Nikolaistraße 70.
Tschirn, Richard, Gabitzstr. 31.
Ullmann, Paul, Gartenstr. 2.
Wahler, Traugott, Tauentzienstraße 99.
Wangorsch, Friedrich, Lehmdamm 13.
Warwas, Vinz., Hubenstr. 112.
Weidner, Carl, Kreuzburgerstraße 22.
Wermuth, Arthur, Rosenthal 17.
Wiedermann, Max, Scheitnigerstraße 17.
Wuttke, Paul, Gräbschenerstr. 24, Tel. 4903.
Zimmermann, Wilhelm, Fürstenstr. 7.

Gardinen, Teppiche

Bielschowsky Ed. jr., Nikolaistr. 75—76

Galanterie- und Spielwaren

Gebr. J. Benjamin.
Gebrauchs- u. Gelegenheits-Geschenke [illegible], Schmiedebrücke 78 u. Sandstr. 12, a. Ringpl.
Renner, Rudolph, Friedr.-Wilhelmstr. 76.
Scholz Alfred Kupferschmiedestraße 1. Spielwaren u. Geschenkart.

Grabdenkmäler

[illegible], Schulgasse 28, Al. Scheitnigerstr. 13.
Mittchte, B., Frankfurterstr. 205, Tel. 4297.

Grab- und Türschilder

[illegible], J., Hübnerstr. 2, Telef. 5002.

Haus- u. Küchengeräte Glas- u. Porzellanhdlg.

Bayer, S., Taschenstraße 1 Ecke Ohlauerstr.
[illegible]
Domitsch, Paul, jr., Friedr.-Wilhelmstr. 102
Herm. Sachs [illegible]
[illegible]
[illegible], Friedr.-Wilhelmstr. 76.

Hauslampen, Tischlampen etc.

Marschall, Robert, Kupferschmiedestr. 26.

Herren-Garderobe

Aschkowitz, M., Scheitnigerstr. 15, Spez. Arb.-Gd.
Bordag, M., Matthiasst. 61 (Teilz. gestatt.)
Chorinsky & Jacobsohn, Reuschestr. 60/61
Deutsche Herrenmoden, Neuschestr. 37/38.
Friedländer Herm., Inh. L. Benjamin, 11. Albrechtstraße 11.
Hamburger, Eugen, Bohrauerstraße 25.
Kapit, Klosterstr. 67. Spez.: Arb.-Gard.
Knauerhase, W. 16 Kupferschmiedestr. 16 (Arbeiter-Garderobe)
Meister, Gebr., Albrechtstr. 40.
Reitel, A., Neue Tauentzienstraße 21.
Scholz, Max, Goldene Radegasse 7.
Steinitz A., jr., Albrechtstr. 57, Anf. n. Maß.
Vogel, E., Bärenstraße 13, Damenkonfekt.
Wilhelm, Herm., Gräbschenerstraße 27.
Zimmermann, C., Neudorfstr. 60, pt., Anfertigung nach Maß. Lager mod. Stoffe

Hüte und Mützen

Barth, H. Gräbschenerstr. 12, Adalbertstraße 2.
Eckert, Felix, Kupferschmiedestraße 10.
Lummert, S., Gräbschenerstr. 66 (Putz.)
Vietsch, Karl, Kleinstraße 19/21.
Schubbe, Robert, Nikolaistraße 84.
Thater, G., vorm. Niederl. d. **Liegnitzer Hutfabrik**
Ohlauerst. 7, N. Schweidnitzstr. 2, Schmiedebr. 48
Waeber, Fritz, Adalbertstraße 13.

Hygien. Präparate u. Gummiwaren

Teller, Edm., Schmiedebr. 2 u. Ohlauerstr. 14.

Herren-Artikel.

Vinnrie, P., Friedrich-Wilhelmstraße 38.

Kinderwagen

Goetz Söhne, Albrechtstraße 40.

Kaffee, Tee

Gewaltig, Heinrich,
Filial. u. Niederlag. in allen Stadtteilen.
Kauft nur Hillmann Kaffee-Zusatz von Hillmann & Kirchner, Breslau.
Pohl, B., Neumarkt 16 u. Fil. in allen Stadtteilen.

Kinematographen

Apollo-Kino, Scheitnigerstraße 18.
„Reform-Kino", Schmiedebrücke 17/18.
Volks-Theater, Gräbschenerstraße 19/21.

Kleiderstoff-, Seidenwaren

Hecht & David, Ring 22. 4% Rabatt.
Kösel & Lewinsohn, Ohlauerstr. 5 6. 6% Rabatt
Süßmann, D., Reuschestraße Nr. 8/9. 5 Schaufenster-Auslag.
Wagner, Albert, Fedr.-Wilhstr. 26/28 Verzeig. dieses 5% Rab.

Kohlen u. Briketts

Maklos, Wilhelm, Gartenstraße 85.
Ort, Martin, Herdainstraße 73.
Schliebs, Wilhelm, Oderthorbahnhof, Platz 6.
Wegelt, Maria, am Wäldchen 19 b.

Kolonialwaren

Bergmann, Heinrich, Michaelisstr. 13.
Goldbach, Felix, Nadelstraße 11.
Hoffmann, Daniel, Sandstr. 12.
Klocke, Max, Neue Scheitnigerstr. 12.
Stürze Nachf., (W. Kroisch) Marianenst. 18
Reißler, Ernst, Gabitzstr. 24. (Zigarren).
Scholz, Gebr., Oderstraße 2.
Schönfelder, W., Altenstraße 27.
Winkler, Gottlob, Zig., Gotthollstr. 7.

Konfitüren und Schokoladen.

Jamby, Heinrich, Gartenstr. Ecke Höfchenstr.
Klaus, Max, Herrnstraße 27.
Klingerberg, W. H., Schmiedebr. 33 u. weit. Filialen
Kottaliaffa, Emil, Friedr.-Wilhelmstr. 10.
Iohl, E., Neumarkt und Filialen. Fabrik: Matthiasstr. 97.
Schneider, W., Sadowastr. 28. **W.,** XVII. Sternstr. 6.
Sobtzick, Fr., Ohlauerstraße 10/11, Neue Schweidnitzerstr. 5.
Strätzler, E., Gabitzstr. 69, grün. rot. R.-M.
Wachsmann, E., Kirchstr. 19, Hubenstr.

Korsetts

Fischer, Hedw., Kupferschmiedestraße 17.
Kosmig, Paul, Ohlauerstr. 78.
Perlau, P., Reuschestraße 57, Rabattmarken.

Lampen.

Schwarz, W., Kupferschmiedestraße 11.

Lederwaren und Sattlerei

Saske, Wilhelm, Ziegelstraße 15.
Jäger, Centrum: Fr.-Wilhelmstr. 30, Gabitzstraße 41 und Ring 2.
Aler, Fritz, Hübnergasse 7. Reparaturen.

Linoleum, Wachstuche

Teller, Edm., Schmiedebr. 2 u. Ohlauerstr. 14.
Linoleum-Industrie, Ohlauerstraße 83.
[illegible] & Co., Ring 7.

Malzkaffee

Senf-Malzkaffee. Überall erhältlich.
Hillmanns Malzkaffee bei Kreiseckhaft. erhältlich Hillmann & Kirchner, Breslau.

Manufaktur-Modewaren

Feine, Anna, Gräbschenerstr. Nr. 49, Konfektion, Wäsche etc.
Hohmuths Nachf., Friedr.-Wilhelmstr. 95.
Simon, E., Scheitnigerstr. 11, Lein. u. Wäsche
Zacher, A., Scheitnigerstr. 13, Konfekt. Schuhw.

Masken- u. Theat. Verleih-Institut

Schliwa, Rudolf, Oskar Hermann,
„Zum Faust" Kohlenstraße 14.

Milch- und Butterhandlungen.

Batsch, Josef, Friedr.-Wilhelmstr. 4.
Beininger, Anna, Ring 8.
Fuhrmann, Oskar, Matthiasstraße 90.
Gutsche, Aug., Altenstraße 6.
Henschel, Alois, Brunnenstraße 34, pt.
Herrmann, Carl, Kreuzburgerstraße 22.
Hänsler, Adolf, Bärenstraße 14.
Kloß, E., Altenstraße 25.
Lehmann, Alfred, Bohrauerstraße 34.
Lüdcke, Hugo Bischofstraße 10. 22 Fil. in allen Stadtt.
Mitschke, Paul, Ring 5.
Neumann, A., Friedrich-Wilhelmstr. 65.
Pohler, Franz, Blücherstraße 23.
Schramm, Reuschestraße 49, Ernststr. 1.

Möbel-Magazine

Giefel, Max, Brüderstraße 5.
Hirsch, Jos., Gartenstr. 7 a. Sonnenplatz.
Jacob, Reinh., Augustastr. 23 (Gelegkäufe.)
Rogoll, P. & Co., : : Herzogstraße 27 : : Matthiasst. 59, Tel. 4995.

Musikinstrumente

Gekner, Friedrich, Weidenstraße 20.
Hessner, F., Scheitnigerstr. 22, Grammoph.
Wichner, August, Oderstraße 22.

Nähmaschinen.

Niemering, R., Taschenstr. 29/31, R. gebr. Meist.
Littauer, Louis, Klosterstr. 10 u. Fil.

Optiker

„Heidrich" Stadttheater gegenüber.

Pantoffel- u. Holzschuhfabrikat.

Gaike, Max Breslau VII. Gabitzstr. 8.

Papier- und Schreibwaren

Fiedler, Gustav, Posenerstr. 2 (Zigarren).
Friedrich, Fr., (Zig.), Friedr.-Wilhstr. 35.
Fabrich, A., Gräbschenerstr. 89, Buchdruck.
Pistner, Otto, Waterloostr. 11 (Posamentier.)
Werner, Heinrich, Neudorfstraße 60.

Partiewaren- und Restehaus.

Tau, S., Graupenstr. 2/4. Reste, Herr.-, Dam.-u. Futterstoff., engr. u. detail, spottb.

Pelzwaren

Alfred Hornig, Blücherplatz.
Wertheim, Fritz, Schmiedebrücke 63.

Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe

Herold, H., Oelsnerstraße 12, I. Herren-Anzüge, Uhren etc.
Koenig, Arthur, Altenstraße 48.
Rudolph, Westendst. 47. (Uhr., Anzüg.)
Schweikardt, H., Leuthenstraße 12/14, I.
Weckwerth, G., Matthiasstr. 113, I. u. II.

Photographische Ateliers

„Apollo", Taschenstraße 20, (billigst).
Elite Adalbertstr. 15 I. 1 buntes Bild gratis.
Haba, Paul, Ecke Freiburgerstraße 3, vis-a-vis d. Schlachth.
Matt, Hedwig, Feldstr. 15a. Vergrößerung.
Opitz, Julius, Mehlgasse 31.
Schroeder, Fr.-Wilhelmstr. 60/62. Porträt u. Vergrößerung.
Silesia (Inh. K. Seifele), Leuthenstr. 27.

Photographische Bedarfsartikel

Fischer & Comp., Taschenstraße Nr. 25.

Putz, Modes

Karwat, Else, Schulstr., Gräbschenerstr. 67.
Bartoid, G., Angerberg 20.
Sulaschek, Anna, Friedr.-Wilhelmstr. 39.
Bänsch, H., Reuschestr. 32, Ecke Königspl.
Schmidt, Erna, [illegible], Gräbschenst. 59

Restaurateure

Bräuer, Karl Gabitzstraße Nr. 20/22.
[illegible], Reichestr. 19, Ver. Stb. Eisb.
Zur Bier-Glocke, Weinstr. 72, bill. Mittagt.
Drabernes Heim, Frankenstr., Gräbschnr. 44.
Dresdener „Bierstübl" Altenstraße 30.
Flöter, B. Gräbschen 34, Tel. 2324. Dienstag: Eisbeine.
Granzich, Paul, Hildebrandstr. 28 Distr. VI.
Gräber, Fritz, Grenze Gräbschenst. Tel. 4922
Hänsel, Gustav, Friedrich-Wilhelmstr. 27.
Heuschel, Johann, Rathsplatz.
Hy, Paul, Oelsnerstr. 9. Vereinsz. frei.
Kaiser-Wilhelm-Park Krietern.
[illegible], Gräbschen 27 z. Gr.-Kroisch, Tel. 7436
Krause, P., Posenerstrasse 11.
Königsgrund Lohestraße Nr. 45/47.
Kühn, W., Hirschstraße 71.
Löfering, Ottil., Leuthenst. 62 (Distr. VII).
Menke, Karl, Oderstr. 15, Distrikt X.
Ruske, Karl, Scheitnigerstraße 23.
Nitschke, E. Gräbschen Nr. 10, Tel. 7154. Jeden Montag: Eisbeine.
Nowatzky, Marie, Salzstr. 33, Vereinszim.
Palmenbaum [illegible], Schühler, Gemüt. Gsb.
Plauder, Carl, Kiefernstr. 23/25.
Polanke, P., Gasth., Hundsfeld, Ring 2-4.
Rathsweinkeller, C., Nikolaistr. 29, Vereinsz.
Rother, O. (Inh. Kliem), Kiefernstr. 26.
Sängerhalle, Mehlstr. 57. (Vereinsz. frei.)
Schorz, Rich., Frankfurt. Chauss. 50 z. a. Ch.
Schreiner, Georg, Heinrichstraße 1.
Stadt Ofen Oderstr. 32/34. Restaur. u. Garten.

Wagner, W., Augustshöhe, Kletschkaustr. 48
Wein, Julius, Bohrauerstraße 70.
Wilhelmshöhe E. Poler, Steinstr. 157/159. Jeden Sonntag: Konzert u. Eisbeine.
Stadthauskeller Breslau, Ring. Inh. Fritz entolf.
Täglich Sing-Sang mit Elektr. Orchestrions in 2 Sälen. Vollstd. I. Ranges. Jed. Dienst. Eisbeine, jed. Sonnab. Schweinsschlachten. Halbe Port. zu jed. Tageszeit. Bier u. Weine.
Werner G. Friedrichstr. 50a, Ve. einz. frei.
Wiesner, Ad., Oelsnerstraße 15.

Rossfleischerei u. Wurstfabrik

Beck, Rudolf, Stockgasse 12.
Nickler, R., Kl. Scheitnigerstraße 35.
Ott, Moritz, Ritterplatz 6.

Sargmagazine

Ebisch, Robert, Gabitzstraße 49.
Gornig, Max, Arb.-Wilhst. 1, Ecke Königspl.
Menzler, Franz, Friedr.-Wilhelmstr. 71.
Minkzunski, Th., Gräbschenerstr. 43.
Roth, Berthold, Gräbschenerstraße 46.

Seifengeschäfte

Seifen-Loll, Filialen in allen Stadtteilen

Schankwirtschaften

Burghardt, W., Mehlgasse 13 (Hubertus).
Grande, F., Vorderbleiche 5.
Hennig, H., Hinterbleiche 5/6.
Hentschel, E., (Inh. M. Wenzel) Blücherstr. 8.
Deutschel Paul, Herzogstr. 22. Tel. 8819.
Ludwig, Gebr., Mauritiusstraße 53.
Pohl, Hermann, Matthiasstraße 7.
Porallas Nachfolger, Mehlgasse 45/47.
Raschke, B., Frankfurterstr. 88. Tel. 1111.
Rauchfuß, Jul., Neudorfstraße 84.
Schäfer, Hermann, Kleinstraße 35.
Schirdewan, E., Klosterst. 104, Fr.-Wilhst. 45
Katharinst. 9, Blücherpl. 11, Matthiasst. 102
Schumm, A., Scheitnigerstraße 20.
Stephan P., (F. Oderiek) Schwalbendm. 4.
Wandel, H., Mehlgasse 49.
Weise, Reinh., Schießwerderstraße 30.
Gebr. Wolff, Fr.-Wilhst. 103, N. Sandst. 13, Weißenburgstr., Ecke Elbingst.

Schirme, Stöcke

Kirsch, M., Teichstr. 20.
Langer, Hermann, Gräbschenerstraße 23.
Schuberts Schirmfabrik, Herzogstr. 27.

Schneiderei-Artikel

Kirchhoff, W. Altbüßerstraße 11, Hummerei 51.
Press, O., & Co. Junkernst. 18/19. — Tuche. —

Schuhwaren und Schuhmacher

Birke, Gustav, Matthiasstraße 184.
Deutsch-Amerik. Schuhwar. G. m. b. H. — Schmiedebrücke 30 im Nußbaum. Filiale: Gräbschenerstr. 41.
Döring, Karl, Dessauerstraße 4.
Frankenberg, Bruno, Gräbschenerstr. 49.
Gitschel, Ernst, Michaelisstr. 71.
Hering, Reinhold, Lobestraße 52.
Hubnd, Schuhbuden, Neumarkt.
Kalusza, Joh., Hirschstr. Nr. 17.
Lauener, M., Katharinenstraße 18.
Lepach, Ernst, Bohrauerstraße 83.
Mattwald, Jul., Friedr.-Wilhelmstr. 65.
Mauke, Ernst, jr., Roßplatz 11.
Mayer, Berthold, Westendstraße 22.
Mesner, Gustav, Schillerstraße 25.
Munder, Paul, Friedrich-Wilhelmstr. 68.
Schneider, J., Gräbschenerstr. 47.
Schuh-Union Schmiedebrücke Nr. 57. Einheitspreis.
Seibel, Wilhelm, Matthiasstraße 62.
Tack, Conrad & Cie., Reuschestr. Nr. 48.
Winkler, Franz, Hummerei 27. Spez.-Gesch. f. Schuhmacher. Tel. 4303.
Stingler, A., Ringbude 204/5, a. Schwdn. Kell.

Strumpfstrickereien, Strümpfe.

Kochler, Helene, Anderssenstraße 28.

Trauer-Kleidung

Benedix, A., Ring 1, Ecke Nikolaistr.

Uhren und Goldwaren

Alter, P., Kupferschmiedestr. 17 Ecke Schmiedebrücke.
Arendt, Max, Brüderstraße 67.
Aßmann, R., Bismarckstr. 19, Fürstenstr. 2.
Dahms, Hugo, Neue Tauentzienstr. 76.
Davidsohn, Julius, Gräbschenerstraße 33.
Exner, Karl, Friedr.-Wilhelmstraße 59.
Frenzel, Friedr.-Wilhelmstr. 39, neben Deutscher Kaiser.
Gringmuth, Friedrich, Bärenstraße 19.
Deutschel, Johannes, Lehmdamm 48.
Leitloff, R., Nikolaistraße 41, a. Königspl.
Matz, G., Scheitnigerstr. 28.
Möwius Kupferschmiedestr., Eckhaus Schmiedebrücke 56.
Nollain, Kurt, Lohestr. 34. Reparat.
Schneider, Georg, Scheitnigerstr. 29.

Versicherungen.

Friedrich-Wilhelm Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in Berlin.
Breslau, Albrechtstr. 13 u. Herrenstr. 7a
Lebens-, Sterbekass.-u. Arbeiter-Versicherung
Jahres-, Monats- und Wochenbeiträge.
„Iduna" zu Halle a. d. S. Subdirekt. f. Schlesien Bitter Barsche.
Breslau 2, Neudorfstr. 11, I. Tel. 2176.
Meinow, Otto Subdirektion Sadowast. 58.
Feuer-, Lebens-, Unfall-, Volksversicherung.

Vogelfutter

Verlange Daniel Hoffmanns Vogelfutter.
Schneider, Karl, Rosenthalerstraße 43.

Waren- u. Kaufhäuser.

Friedländers Warenhaus, Sonnenstr. 10.
[illegible], G., Frankfurterstraße 48.
Gebr. Barasch, Ring, Neumarkt und Blücherplatz.

Kaufhaus Heilborn Adalbertstr. Nr. 1.
Kaufhaus „Adler" Fürstenstraße 2.
Kaufhaus Nord-West Rosenthalerstr. 55.
Kaufhaus Odertor, A. Prinz, Matthiasst. 73
Kaufhaus Strehlener Tor, Hubenstr. 51.
Kaufhaus „Zur Einigkeit", Striegauer Platz 11.
Kletschkauer Warenhaus, Bergmannst. 14
Riedel, Anton Scheitnigerstr. Nr. 51.

Wäsche, Trikotagen

Bähnisch, Carl, Friedrich-Wilhelmstr. 21.
Bielschowsky Ed. jr., Nikolaistr. 75—76.
Hauschner, Fr., N. Graupenst. 13 gr. u. rot. Rbm.
Neumann, L., jun., Reuschestraße 63.
Pfeiffer, C., Matthiasst. 125, Matthiaspl. 11.
Werner, Bruno, Herdainstraße 68.

Werkzeuge, Baubeschläge

Friedrich, Gebr., Schmiedebrücke 24, Ecke Messergasse.
Füllborn, Rob., Nachf., Altbüßerstr. 12.

Weiss- und Wollwaren

Bartsch, M., Kl. Scheitnigerst. 20, grüne Mark.
Eckert, Ida & Louise, Gräbschenerstr. 45.
Grün, H., N. Tauentzienstr. 72, gr. u. r. Rbm.
Günther, Ida, Kleinstraße 37.
Hoffmann, Auguste, Rosenthalerstr. 61.
Jank, Simon, Matthiasstr. 170 (Wäsche).
Jarobowitz, G., Paulstraße 22.
Kretschmer, H., Klosterst. 117, Putz. (Ih. Gesch. Mashur.)
Janzig, Elisabeth, Matthiasstr. 166/168.
Kaufhaus Westend, Anderssenst. 17, 5% Rb.
Kaufhaus H. Ruß Fried.-Wilhelmst. 92 5% Rabatt.
Altnner, A. O., Scheitnigst. 17, Matthiasst. 50
Lanaer, E., Posenerstr. 25. 5% Rabatt.
Niedergesäß, Martha, Frankfurterstr. 115
Pinkus, Julie, Matthiasst. 12. (Arb.-Blus.)
Riedel's J., Nachf., Gräbschenerstr. 30.
Werdermann, Elise, Bärenstraße 84.

Wild- und Geflügel.

Adler, L., Oderstraße 2.
Ernst, A., Kl. Groschengasse 31, Spezialgroßhdl.
Haupt, P., Gneisenaupl. 8, Marktb. I, St. 40
Schlag, M., Gr. Scheitnigstr. 14, Tel. 10504

Zahn-Ateliers

Fendler, Br., Frankfurterst. 111, I. (Wollin)
Hanne, Meta, Neue Schweidnitzerstr. 10.
Kottwitz, Paul, Anb. Magdalenenkirche 6, I.
Kühn, Max, Neudorfstr. 36, Eing. Königspl.
Scholz, Georg, Bohrauerstraße 13.
Zahninstitut Volksheil, Sternst. 55, Tel. 4577

Zigarren u. Zigaretten

Biewald, Franz, Kupferschmiedestr. 14.
Birkholz, Carl, Nachf., Friedr.-Wilhst. 72.
Eckert, Georg, Lobestraße 15.
Fellmann, A., Hohenzollernstr. 84. (Papierw.)
Fischer, W., Altenst. 68, Ecke Gneisenaust. 17.
Freitag, Ernst, Scheitnigerstraße 26.
Gottschalk, H. J., u. Sohn, Graupenst. 10.
Greul, Elise, Rehdigerstraße 10.
Guttmann, J., Carlsplatz 2.
Heinze, M. & Co., Frankfurterstr. 100.
Hoffmann, Cl., Hohenzollst. 16, Ecke Landsbgst.
Hoffmann, Max, Gräbschenerstr. 124.
Homann, E., Gräbschenerstr. 41.
Juleield, M., Inh. M. Pohl, Oderstr. 25.
Klose, E., Gräbschenerstraße 90.
Krause, Paul, Hubenstraße 5 a.
Krempelmann, Gustav, Klosterst. 115/117.
Kubert, Adolf, Herdainstraße 25.
Lampke, E., Roßpl. 1, Eck Vincenzst. Filial.: Hummerei 35, Matthiasst. 16, Fr.-Wilhelmst. 15, Klosterst. 77
Machunze, M., Westendstraße 54.
Mussial, P. G., Bohrauerstr. 28. Fernsprecher.
Lange, Otto, Posenerstraße 28.
Langner, Wilhelm, Bismarckstraße 58.
Liebelt P., Altenstraße 67, Ecke Posenerstr.
Pazulla, Franz, Weißenburgerstraße 31.
Raucht Sur-Sar-Zigaretten.
Putzke, Richard, Leuthenstraße 20.
Remanth, August, Neudorfstr. 13.
Raucht **„Unida"-Zigaretten.**
Reltenauer, L., Gräbschst. 38a, Siebenhufn. 28.

Raucht Okassa Zarrotto Haloppi 3

Salisch, Paul, Lehmgrubenstr. 73.
Sarembe, R., Lehmgrubenstr. 3. (Zig.-Fabr.)
Schneider, Paul, Gabitzst. 7 u. Moritzstr. 42.
Scholz, Heinrich, Rosenthalerstraße 45.
Schönknecht, August, Bohrauerstraße 48.
Seibel, Herm., Rosenthalerstr. 16.
Steinberg Nachf., Fried.-Wilhelmstr. 16/18.
Springer, Maria, Hubenst. 116. Tel. 7943.
Weichert, Adolf, Kaiser-Wilhelmstr. 18.
Walter, Paul, Augustast. 31, Ecke Schweriner.
Widzikl, E., & Co., Gräbschenerstr. 84.

Oswitz

Restaurateure.
Beusch, E., Oswitz.
Töring, Paul, Oswitz.
Grünast, August, Oswitz.
Kalusza, E., Sonnt., Mont., Donnerst. Eisb.
Buchner, W., Montag u. Donnerst. Eisb.
Schaube, Wilhelm, Oswitz.
Schiller, Karl, Oswitz.
Zimmermann, Hugo, Oswitz.

Kl.-Tschansch

Bäckerei u. Conditorei.
Jenke, Gustav, Ohlauer Chaussee 13.

Fleischereien und Wurstfabriken.
Lippert, Oskar, Nr. 20, Fränkelplatz 5.
Siegmund, Paul, Chaussee 15.
Weiß, Wilhelm, Klein-Tschansch Nr. 21.

Kolonialwaren.
Dellhor, Adolf, Gr.-Tschansch, (Zigarr.)
Freitag, [illegible], Chaussee 25.

Restaurateure.
[illegible], Emil, Kl.-Tschansch 40.

„Eisenbahner, wer kein Feigling ist . . .!“

Die Schreckensherrschaft, die von der preußischen Eisenbahnverwaltung über ihre Arbeiter und Angestellten ausgeübt wird, hat am letzten Sonntag im Riesensaal der Berliner „Neuen Welt“ eine empfindliche Niederlage erlitten. Von den 5000 Eisenbahnern, die dort versammelt waren, um über Maßnahmen gegen die Teuerung zu beraten, verließen, wie bereits gemeldet wurde, etwa 2500 zum Zeichen des Protestes den Saal, als der Vorsitzende — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Genossen Adolf Hoffmann zur Tür hinausgewiesen hatte.

In einer früheren Eisenbahner-Versammlung war es aus Anlaß der Anwesenheit des Abgeordneten Genossen Ströbel zu stürmischen Kundgebungen für die Sozialdemokratie gekommen. Seitdem scheint an den Vorstand des Verbandes Deutscher Eisenbahnhandwerker und -Arbeiter der Befehl ergangen zu sein, die Anwesenheit sozialdemokratischer Abgeordneter in seinen Versammlungen nicht mehr zu dulden. Es ist bezeichnend, daß in der Versammlung vom letzten Sonntag von den geladenen konservativen und liberalen Abgeordneten kein einziger erschienen war, während es Hoffmann für seine Pflicht hielt, die Versammlung zu besuchen, um sich über die Wünsche der Eisenbahner zu informieren. Aber obwohl Hoffmann erklärte, er sei nur gekommen, um zu hören, nicht um zu reden, hielten sich die Vorsitzenden für genötigt, auf der Ausweisung zu bestehen, weil sie sonst den Verlust ihrer Stellung befürchten mußten. Wie peinlich es diesen armen Teufeln war, im Auftrage des Ministeriums solchen Bütteldienst verrichten zu müssen, geht aus den verzweifelten Rufen hervor, in denen sie sich ergingen, als ihnen aus der Versammlung eine Woge der Empörung über ihr trauriges Verhalten entgegenschlug: „Wir dürfen keine sozialdemokratischen Abgeordneten hier dulden!“ schrie der zweite Vorsitzende. „Wir werden nur neue Nackenschläge erleiden, wenn Hoffmann bleibt!“, klagte ein anderes Vorstandsmitglied.

Und Hoffmann ging — aber da geschah etwas ganz Unerwartetes. „Wer kein Feigling ist, folge!“ rief eine Stimme aus der wilderregten Versammlung, und Tausende erhoben sich, um dem ausgewiesenen Abgeordneten das Geleit zu geben. Kein Dramatiker hätte eine eindrucksvollere Massenszene erfinden können, als diese wortlose Kundgebung der Geknechteten für die Partei der Freiheit. Diese dem Gefühl der Massen entspringende Demonstration hat das ganze Gebäude der königlich preußischen Gesinnungszucht in Scherben geschlagen. Und der preußische Eisenbahngewaltige, der sich von 330.000 stumm gehorsamen Sklaven umgeben wähnte, wird von diesem Tage an wissen, daß er es mit schweigenden Rebellen zu tun hat, die ihre Kette knirschend tragen, ungeduldig der großen Gelegenheit harrend, sie abzuwerfen.

„Wer kein Feigling ist . . .!“ Dieser Ruf ist aus der Psychologie einer getretenen Masse geboren, er ist ein Appell an die Reste des Gefühls für Bürgerfreiheit und Menschenwürde, die auch in dem Stumpfsinn so leicht nicht auszurotten sind. Außerhalb Preußens mag man erstaunt fragen: „Was gehört denn groß Mut dazu, um durch das Verlassen eines Versammlungslokals gegen einen so offenbaren Akt der Ungerechtigkeit zu protestieren?“ Für einen halbwegs freien Menschen gehört dazu freilich kein besonderer Mut. Aber ein königlich preußischer Eisenbahnsklave, der solche Tat wagt, muß mit der Gefahr rechnen, am Tage darauf mit Weib und Kind auf der Straße zu liegen. Es ist das ein System, wie es in der ganzen Welt kein infameres gibt.

Noch heute ist der preußische Staat eine Art Großeinkaufsgesellschaft für Gesinnungen. Es genügt nicht, seine Pflicht zu tun und seine Arbeitskraft bis zum letzten Hauch dreinzugeben, um von diesem väterlichen Arbeitgeber einen Groschen Lohn zu erhalten, nein, man muß sich ihm ganz verkaufen mit Hirn und Herzen, mit allen Gedanken und Gefühlen. Ob Professor oder Tagelöhner gilt gleich: ein jeder, der seinen Brocken erhalten will, muß gleich einem Hündchen schönmachen, mit Pfötchenheben und Schweifwedeln seine untertänige Gesinnung bezeugen. Jüngst hat ein Professor auf dem Hochschullehrertag bekannt, im preußischen Kultusministerium würden alle Dozenten behandelt, als ob sie Schufte und ordinäre Streber wären, und ein paar Tage darauf tönt in der Versammlung der Eisenbahner der Rebellenruf: „Wer kein Feigling ist, folge!“

Ja, Feiglinge und Liebediener, Kriecher und Heuchler züchtet sich dieses infame preußische System zu Hunderttausenden! Aber während sich die Professoren ducken, die Beamten eine Faust in der Tasche machen und auf die Wahlen warten, die ihnen (nach dem vertraulichen Geständnis vieler) gar nicht rot genug ausfallen können, haben sich die Arbeiter in der Berliner Versammlung zu einer machtvollen, spontanen Demonstration erhoben, die den Herren da oben einen panischen Schreck in die Glieder jagen wird. „Wer kein Feigling ist, folge!“ Und sie folgten! Sie bewiesen dadurch aufs neue, daß der Appell an Mannesmut und Staatsbürgerehre in Proletarierherzen immer noch eine Stätte findet, selbst wenn sie in die preußische Uniform gepreßt sind. Es war eine wackere Tat. Wie ein Wetterleuchten geht es von ihr durch das ganze Land.

* * *

Ueber den Verlauf der Versammlung schreibt das „Berliner Tageblatt“:

Der Verband der Eisenbahnhandwerker und -Arbeiter, der 92 000 Mitglieder umfaßt, hatte zum Sonntag nach der „Neuen Welt“ in der Hasenheide eine öffentliche Versammlung einberufen, um zur Teuerung Stellung zu nehmen. Der Riesensaal und die Galerien waren von etwa 5000 Anwesenden bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Vorsitzende, Eisenbahnhandwerker Stehr, eröffnete die Versammlung mit der Aufforderung an sämtliche Nichteisenbahner zum Verlassen des Saales. Hierauf meldete sich der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Adolf Hoffmann zur Geschäftsordnung, und als ihm der Vorsitzende erklärte, hier gäbe es nicht das Wort zur Geschäftsordnung an „Nichteisenbahner“, erhob sich ein ungeheurer Tumult. „Reden lassen!“ — „Die Abgeordneten sind eingeladen!“ so erscholl es durcheinander. Abgeordneter A. Hoffmann versuchte lange Zeit vergeblich, die Versammelten zu beruhigen; als das endlich geschehen war und Hoffmann sprechen wollte, wurde vom Vorstandstisch gerufen: „Sie haben nicht das Wort!“ und aus der Versammlung: „Sie sind nur hergekommen, um zu stören!“ Erneut entstand ein ungeheurer Lärm, und die „Raus“-Rufe wechselten mit „Hoch“-Rufen auf Hoffmann ab. „Ich fordere den Abgeordneten Hoffmann nunmehr auf, den Saal zu verlassen“ schrie der Vorsitzende. Hoffmann, dem es durch einige Handbewegungen gelungen war, die Ruhe leidlich wiederherzustellen, forderte den Vorstand auf, die Versammlung entscheiden zu lassen, ob er dableiben könne oder nicht; er habe kein persönliches Interesse an dem Gange der Dinge, lediglich seine Pflicht als Landtagsabgeordneter habe ihn veranlaßt, zu erscheinen. Stürmischer Beifall auf der einen und „Schwindel“-Rufe auf der anderen Seite folgten seinen Ausführungen. Der Vorsitzende vertagte die Versammlung auf fünf Minuten, aber auch während dieser Zeit gelang es nicht, die Ordnung wieder herzustellen. Ueberall im Saale bildeten sich Gruppen, und bald entstanden zwischen den beiden Parteien lebhafte Erörterungen.

Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden darauf wieder mit der Aufforderung an Hoffmann eröffnet, im Interesse der Sache der Eisenbahner den Saal zu verlassen. Hoffmann wisse genau, daß Mißdeutungen entstehen würden, wenn der Vorstand ihn in der Versammlung dulden wollte. (Stürmische Zwischenrufe.) „Sie werden doch einen preußischen Abgeordneten nicht hinauswerfen wollen.“ („Nein—Nein“-Rufe im ganzen Saale.) „Gehen Sie im Interesse der Sache“, rief es vom Vorstandstisch. „Ich werde bleiben“, antwortete Hoffmann, mit seinem starken Organ den Lärm übertönend, „und zwar im Interesse der Sache; denn wenn ich gehe, fürchte ich, daß die halbe Versammlung mir folgt. Ich verpflichte mich aber, kein Wort zu sprechen, sondern will nur, um die Sache der Eisenbahner im Parlament zu vertreten, ruhig hier sitzen bleiben und mich informieren.“ (Stürmischer Beifall.) Der Vorsitzende mußte abermals eine Vertagung der Versammlung eintreten lassen, und als auch nach der Wiedereröffnung Hoffmann noch im Saale war, wurde dieser aufgefordert, endgültig zu gehen. „Gut“, rief Hoffmann, ich konstatiere, daß Sie einen Abgeordneten ausgewiesen haben, der Ihre Interessen vertreten wollte“, nahm Hut und Mantel und ging. „Wer kein Feigling oder Liebediener ist, folge Hoffmann!“ rief es aus der Versammlung, und gleichzeitig erhoben sich über tausend Eisenbahner und verließen mit Hochrufen auf Hoffmann den Saal. Die Ruhe in der Versammlung war nicht wieder herzustellen. In dem Vorsaal wurden Ansprachen gehalten; der Lärm war dadurch so groß, daß in der Hauptversammlung kein Wort zu verstehen war. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der die Eisenbahnbehörde aufgefordert wurde, unverzüglich Teuerungszulagen zu gewähren.

Der Schauplatz der chinesischen Revolution.

Ein genauer Kenner Chinas, der das Riesenreich wiederholt bereist hat, gibt in der „Berliner Volkszeitung“ folgende Schilderung von dem gegenwärtigen Revolutionsschauplatze:

Der geflüchtete Vizekönig, der ständig in Wutschang gegenüber Hankau residierte, hatte die Provinz Hupeh, „Nördlich der Seen“, das alte „Ngo“ unter sich. Dieses Gebiet ist etwa halb so groß wie das Königreich Preußen, hat jedoch ebenso viele Einwohner. Das Häusermeer der drei vereinigten Mandschureistädte von Wutschang, Hanyang und Hankau am Jangtsekiang wetteifert mit dem Londons oder Tokios. Beim letzten Zensus lebten 35 Millionen Menschen in der Provinz. Hupeh und Hunan galten früher für ein einziges Land, das den Namen Hukwang, die „Bretten Seen“, führte. Hupeh, der kleinere Teil schließt eine größere Fläche guten Bodens ein. Der Hankiang ist der bedeutendste, von ihm durch das Tapalinggebirge getrennte Beifluß des Jangtsekiang. Im Südosten Hupehs liegen mehrere Seen, der übrige Teil des Landes ist von Bergen bedeckt, die bis zur Schneegrenze ansteigen. Seide, Baumwolle, Tee und Holz bilden die Produkte des Bodens, Fische die des Wassers, Papier, Wachs und Baumwollenzeug die der Manufaktur. Zwischen Wutschang und Hankau drängt sich Schiff an Schiff und außerdem wohnt eine große Bevölkerung auf dem Wasser. Dazwischen dampfen nicht selten europäische Kanonenboote.

Wie kommt man nach Wutschang? Entweder mit der Eisenbahn von Peking oder zu Schiff den Jangtsekiang hinauf. Von Schanghai fährt täglich ein der Firma Butterfield und Swire gehöriger Dampfer bis Hankau hinauf, das er in vier Tagen (960 Kilometer) erreicht. Bei Hankau kehrt der Dampfer wieder nach Schanghai zurück, und ein kleinerer Dampfer derselben Firma ladet zur Weiterfahrt durch die Stromschnellen ein.

Bleiben wir im Revolutionsgebiet: Zwischen Wutschang und Hankau stehen viele Chinesenhäuser über dem Niveau auf Pfählen für Wind und Regen durchgängig und mit Hilfe von Holzbrücken gegenseitig erreichbar. Wenn beim Schmelzen des Schnees auf den Bergen Hochwasser kommt, das man mit chinesischen Krachern und mit Trommelgetön erfolglos zu beschwichtigen sucht, so reißt es alles, Häuser und Leute mit sich, ohne daß man von diesen wieder etwas hört. Neue Familien bauen sich in ebenso sorgloser Weise an. Was gelten in China Menschenleben? Der Ostasiate achtet, sei er Buddhist oder Taoist oder Konfuzitist oder Schintoist, den Tod für gar nichts.

Wutschang und Hankau haben eine der besten Lagen auf der Erde. Die größten Dampfer von Odessa und London finden hier Raum. Die Uferbefestigung der Bundstraße zieht sich wie in Schanghai am Strom hin, gänzlich von der schmutzigen Chinesenstadt abgeschlossen. Konsuln aller Mächte wohnen in Hankau, wohin sich wohl jetzt die Europäer aus allen Richtungen zurückziehen werden. Oestlich von Hankau mündet der von Norden kommende Hanfluß, die Stadt Hanjang von Hankau trennend, in den Jangtsekiang. Die Schwarzstadt Wutschang liegt auf der anderen Seite. Alle drei Munizipalitäten haben sich zu einem zusammengehörigen Ganzen vereinigt.

Aus aller Welt.

Dreißig Jahre im Zuchthaus. Dreißig Jahre hat der Mörder Leon Peltzer in Belgien im Zuchthaus verbracht, und jetzt ist er in aller Stille zur Freiheit entlassen worden. Als Peltzer vor einem Menschenalter zusammen mit seinem Bruder aus Eifersucht und Geldgier den Kaufmann Bernays ermordete, wurden beide zum Tode verurteilt. Ein Gnadenerlaß bewilligte ihnen jedoch lebenslängliche Kerkerhaft, und so wurden sie in das belgische Zellengefängnis von Löwen gebracht. Während der eine der Brüder vor vielen Jahren schon starb, blieb Leon bei guter Gesundheit und er zählt heute 65 Jahre. Im Zuchthause hat er sich musterhaft geführt, und da er ein intelligenter, sprach- und federgewandter Kaufmann war, so wurde er in den letzten Jahren zu allerhand Bureauarbeiten herangezogen. Auch wurden ihm die Kolleghefte der Löwener Studenten zur Kopie anvertraut. So war Peltzer im Laufe der Zeit zu einer beträchtlichen Gelehrsamkeit gelangt. Oftmals wurde seine Begnadigung erbeten, aber von keinem der jeweils regierenden Justizminister bewilligt. Der Minister Carton de Wiart, der neben seinem Amt Verse und Romane schreibt, hat nun Peltzer bedingungsweise entlassen, was aber einer endgültigen Befreiung gleich zu achten ist. Der alte Mörder wurde in aller Heimlichkeit aus dem Gefängnis geführt. Er hat sich in dreißig Jahren eine stattliche Arbeitssumme gespart und durfte in neuerworbener bürgerlicher Kleidung auf die Freiheitsreise gehen, die nach Köln führt. Dort erwartet ihn, nach dem „Berliner Tageblatt“ eine 92jährige Mutter, die den Sohn vor ihrem Tode noch einmal umarmen will.

Ein verbrecherischer Schiffsoffizier, der seit einem halben Jahre auf dem Kontinente sein Unwesen trieb, ist von der Berliner Kriminalpolizei unschädlich gemacht worden. Einige Beamte beobachteten auf dem Bahnhof Friedrichstraße einen Knaben, der sich dort seit einigen Tagen umhertrieb. Sie erkundigten sich nach seiner Wohnung und erfuhren bald, daß er seinen Eltern entlaufen war. Auf die Frage, wo er die Nächte verbracht habe, antwortete er, daß er bei einem Herrn in der Friedrichstraße gewohnt und geschlafen habe. Die weiteren Nachforschungen ergaben, daß dieser Herr in einem Fremdenlogis in der Nähe des Oranienburger Tores wohnte und sich dort als Schiffsoffizier ausgegeben hatte. In dem Hotelzimmer fanden die Kriminalbeamten noch einen zweiten ebenfalls vierzehn Jahre alten Knaben, der mit dem Fremden schon seit längerer Zeit zusammenwohnte. Der angebliche Offizier wurde verhaftet und als der dreißig Jahre alte, aus Holland gebürtige Schiffsoffizier Davinger rekognosziert. Es ergab sich, daß er Offizier einer Privatgesellschaft in Ostindien ist und sich auf einer halbjährigen Urlaubsreise befindet. Bei ihm wurden zahlreiche Photographien von Knaben beschlagnahmt, die er auf seiner Erholungsreise in Amsterdam, Brüssel, London, Paris und zuletzt in Berlin an sich gelockt hatte.

Nachklänge zum Metternich-Prozeß. Gegen den im Metternich-Prozeß mehrfach als Zeuge vernommenen Oberleutnant v. Fetter ist auf seinen Antrag ein kriegsgerichtliches Verfahren eingeleitet worden, ob v. Fetter einen Meineid geschworen hat. Der „Tag“ schreibt, die Veranlassung dazu habe ein Schreiben der Frau Gertrud Wertheim gegeben, die Herrn v. Fetter des Meineides bezichtigte. Von einer Verhaftung des Beschuldigten ist vorläufig Abstand genommen worden. Er bleibt in seinem Garnisonort Hanau. Die erste verantwortliche Vernehmung hat, wie bereits gemeldet wurde, am Montag stattgefunden. Das Kriegsgericht hat eine Ladung an Frau Wertheim ergehen lassen, um möglichst schnell den Tatbestand zu klären.

Den Fleischhacken im Kopfe. Ein brutales Attentat wurde in St. Pölten am 3. d. M. verübt und erst gestern bekannt. Der beim Fleischhauer Freisleben bedienstete Gehilfe Johann Kaluzca kam mit dem 18jährigen Lehrling Karl Riesenhuber in der Fleischbank in Streit. Kaluzca schleuderte dem Lehrling einen Fleischhaken an den Kopf. Der eiserne Haken drang dem Lehrling in den Kopf ein und blieb im Gehirn stecken. Nur mit Mühe konnte der Haken entfernt werden. Riesenhuber verschwieg das Attentat und schützte einen Unfall vor. Da sich jedoch sein Zustand verschlimmerte mußte er in das Krankenhaus gebracht werden, wo er nun den wahren Sachverhalt mitteilte. Der rohe Gehilfe wurde daraufhin verhaftet und dem Kreisgericht eingeliefert. An dem Aufkommen des Lehrlings wird gezweifelt.

Der Diensteid und das Stimmrecht.

Das Zentrum kann seine Niederlage in Düsseldorf noch immer nicht verschmerzen. In seiner Wut verlegt es sich aufs Denunzieren und beschuldigt die — Regierung, daß sie an dem Siege der Sozialdemokratie die Schuld trage. Anfangs nur mit leisen Andeutungen, dann aber bestimmter wurde in der Zentrumspresse die Behauptung aufgestellt, hohe Düsseldorfer Regierungsbeamte hätten nicht nur in der Stichwahl ihre „Wadenpflicht", die ihnen die Stimmabgabe für das Zentrum verschrieb, nicht erfüllt, sondern sogar direkt für die Sozialdemokratie agitiert! Darauf schickte der Regierungspräsident eine Berichtigung an die „Kölnische Volkszeitung", worin er feststellt, daß die ihm unterstellten fünf Regierungsräte für ihre Person entschieden die Richtigkeit dieser Mitteilung bestreiten, soweit diese Herren in Betracht kommen, sei die erwähnte Behauptung also völlig unwahr. Darauf erklärt nun wieder die „Kölnische Volkszeitung", daß ihr „von einer Seite, die wir für durchaus zuverlässig halten müssen, mitgeteilt worden ist, einer der dem Herrn Regierungspräsidenten unterstellten Oberregierungsräte habe einen anderen Beamten zur Wahl des Sozialdemokraten zu bestimmen versucht". Zugleich wird der Regierungspräsident nochmals daran erinnert, daß er und andere hohe Beamte bei der Stichwahl von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht hätten. Die „Germania" aber zieht aus all diesen Belastungsmomenten das Fazit:

Der Düsseldorfer Regierungspräsident und andere dortige hohe Beamte haben bei der jüngsten Düsseldorfer Reichstagsstichwahl zwischen dem Zentrums- und dem sozialdemokratischen Kandidaten sich der Abstimmung enthalten und dadurch indirekt die Wahl des Umsturzkandidaten gefördert. Ein Oberregierungsrat ist noch weiter gegangen und hat einen andern Beamten zur Wahl des Sozialdemokraten zu bestimmen versucht. Brauchte man da sich zu wundern, wenn nun Unterbeamte aus diesem Verhalten der Regierungspräsidenten und anderer hohen Beamten für sich die Konsequenz gezogen, daß sie gegen die Regierungsauffassung nicht verstießen, wenn sie gleich für den Sozialdemokraten stimmten? Wie denn der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Vollhoff heute im „Berliner Tageblatt" erklärt, in Düsseldorf hätten „mindestens tausend Beamte rot gewählt".

Die 1000 Beamte, die in Düsseldorf rot gewählt haben sollten, ließen der Regierung den Schreck in die Glieder fahren und prompt erscheinen die „Berliner Politischen Nachrichten", das halbamtliche Organ Schweinburgs mit folgender Warnung:

„Die Behauptungen der demokratischen Presse, daß der Diensteid die Wahlfreiheit der Beamten nicht beeinträchtige, wird als Regel für zutreffend anzuerkennen sein. Soweit es sich um die Wahl von Mitgliedern der Parteien handelt, die auf dem Boden unserer Staatsordnung und der Integrität unseres Staates stehen, legt der Diensteid den Beamten keinerlei Beschränkung auf. Aber diese Regel erleidet selbstverständlich eine Ausnahme, wo es sich um die Wahl von Mitgliedern solcher Parteien handelt, deren Bestrebungen sich auf die Umwälzung der Grundlage unserer Staatsordnung oder gegen die äußere Abgrenzung unseres Staates richten. Jede Unterstützung solcher Parteien ist völlig unvereinbar mit dem Treueid des Staatsbeamten. Das gilt im übrigen insbesondere auch von der Unterstützung solcher Parteien durch Ausübung des Wahlrechts.

Der Beamte, der nach seiner Ueberzeugung glaubt, Kandidaten solcher Parteien seine Stimme geben zu müssen, hat innerlich bereits einen vollständigen Bruch mit der Auffassung von der Beamtenpflicht vollzogen, die in dem Treueide zum Ausdruck gelangt. Seine moralische Pflicht wäre es daher, aus der Beamtenschaft auszuscheiden. Unterläßt er dies, so würde es naturgemäß die Pflicht der Regierung sein, ihn aus ihrem Beamtenkörper auf dem hierzu gegebenen Wege auszuscheiden. Gegenüber den demokratischen Bestrebungen, die Beamten zur Stimmabgabe für Sozialdemokraten oder Polen zu verleiten, ist daher auf das nachdrücklichste darauf hinzuweisen, daß eine solche Stimmabgabe unvereinbar mit dem Treueide des Beamten sein würde und naturgemäß die entsprechenden Konsequenzen nach sich ziehen müßte."

Es bleibt natürlich eine einschneidende Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der Beamten, wenn man ihnen das freie Wahlrecht nur bedingungsweise gestatten will, auch wenn die Aufhebung der Wahlfreiheit sich nur auf Polen und Sozialdemokraten beziehen soll. Das Wahlrecht ist glücklicherweise geheim und die Beamten, die hier zu Staatsbürgern 2. Klasse degradiert werden sollen, täten gut, ihrem Protest gegen diese Behandlung gerade in der Weise Ausdruck zu geben, die von der halboffiziösen Korrespondenz mit so kräftigen Worten verpönt wird.

Daß übrigens sich auch in konservativen Kreisen der Widerstand gegen diese mißbräuchliche Ausnützung des Diensteides regt, zeigt ein Artikel über Fahneneid und Staatsbürgerrecht im Oktoberheft des konservativen „Türmer". Der Verfasser kommt nach eingehenden Untersuchungen über die Bedeutung des Fahneneides im absolutistischen Zeitalter zu dem Schluß:

„Der konstitutionelle Souverän darf aus dem ihm nur vor dem Staat geleisteten Fahneneid weder Ansprüche erheben, die gegen eben diesen Staat gerichtet sind, noch solche, denen die Absicht innewohnt, den staatsbürgerlichen Charakter des Eidespflichtigen in einer bestimmten Richtung zu beeinflussen. Streng genommen sind also Ansprüchen an die Garde, sie müßte, wenn der Kriegsherr es befiehlt, auch auf Väter und Brüder schießen, (zu dem Befehl ist der konstitutionelle Herrscher nur in Wahrnehmung der Staatsinteressen berechtigt, wenn er also in Uebereinstimmung mit den anderen, die Verfassung stützenden Instanzen handelt), Verbote, gewisse Zeitungen und Zeitschriften zu lesen, kurz alle Willens- und Meinungsäußerungen des konstitutionellen Herrschers, die dem Fahneneid eine über die rein militärische Sphäre hinwegreichende Kraft geben wollen, mit dem konstitutionellen Staatsgedanken nicht zu vereinbarende Ueberschreitungen der Eidesgewalt des konstitutionellen Herrschers.

Ferner folgt daraus: Der Fahneneid verpflichtet den Eidespflichtigen in seiner Gesinnung überhaupt nicht, in seiner staatsbürgerlichen Betätigung wird er durch ihn nur soweit beschränkt, als ihr praktisch durch die mit dem Fahneneid übernommenen Dienstpflichten Grenzen gezogen sind. Grundsätzlich hebt also der Fahneneid das Recht der Heeresangehörigen auch auf politische Betätigung nicht auf. Nur Gründe der Zweckmäßigkeit, nicht der Logik haben dazu geführt, den Heeresangehörigen politische Betätigung zu untersagen und sie für die Dauer ihrer Dienstpflicht durch Verlust des politischen Wahlrechts auch der vollen Staatsbürgerlichkeit zu entkleiden. In Zeiten schwerer innerer Erschütterungen hebt sich dieser Zustand aber immer selbsttätig auf, das Heer ergreift dann Partei. Dagegen gibt es selbst im absolutistischen Staat keine Garantie. Das Heer hat in ihm schon den Thron gestützt gegen das Volk, es ist des Volkes Waffe gewesen gegen den Souverän, um von ihm Reformen zu erzwingen, um ihn zur Abdankung zu nötigen, selbst um an die Stelle des monarchischen Staates die Republik zu setzen. Im konstitutionellen Staat kann es nicht anders sein.

In ruhigen Zeiten, die wir unserm Staatswesen für Menschenalter, für immer wünschen, sollen die Heeresangehörigen während ihrer Dienstzeit aber nur ihrer Dienstpflicht leben. Der Lebensprozeß des Staates soll sich vollziehen ohne ihre aktive Teilnahme. Nur diese negative Fessel, das sei nochmals betont, ist die staatsbürgerliche Konsequenz des Fahneneides für die aktiven Heerespflichtigen und sie auch nur aus Zweckmäßigkeitsgründen.

Tatsächlich liegen die Dinge bei uns wesentlich anders.

Unser aktives Heer, dem Anschein nach wenigstens sein ganzes aktives Offizierskorps, fühlt sich aus dem Fahneneid nicht zu politischer Neutralität, sondern zu ganz bestimmter parteipolitischer Gesinnung und auch — Betätigung verpflichtet.

Schon das erste ist bedenklich. Die Lasten des Heeres trägt das gesamte deutsche Volk ohne Unterschied der politischen Gesinnung; ohne Unterschied der politischen Gesinnung stellt es seine Söhne zum Dienst im Heer. Da darf es fordern, daß die Befehlsgewalt, der es sie im Heer unterstellt, ihre Gesinnung unangetastet läßt. Dafür ist eine Garantie aber schon nicht mehr vorhanden, wenn in den Offizieren und durch sie in den Unteroffizieren von den obersten Instanzen aus die Empfindung festgelegt wird, der Fahneid verpflichte zu einer ganz bestimmten, der konservativen Gesinnung. Und wer will bestreiten, daß in dem weitaus größten Teil unseres Offizierskorps der Glaube großgezogen ist: „Wir haben Majestät den Fahneid geleistet, Majestät ist konservativ, folglich müssen wir auch konservativ sein"? ....

Das ist es, was seinen Ausdruck in jenem Ausmarsch der Elisabeth-Grenadiere aus der Luisenkirche in Charlottenburg fand, den man als Groteske abtun möchte, wenn er nicht noch verschiedenen Richtungen so bezeichnend wäre. ...

Welche ungeheuerliche Arroganz liegt nun nicht schon darin, daß ein Offizier, der auf dem Exerzierplatz sehr tüchtig sein mag und doch von den Gegenwartsströmungen des religiösen Lebens vielleicht weniger weiß, als einer der seiner Obhut anvertrauten Grenadiere, es wagt, so wie das in der Luisenkirche geschah, sein Urteil über die seelsorgerische Tätigkeit eines Mannes zum Ausdruck zu bringen, der sein ganzes Sein religiösem Dienst widmet. Welche Vergewaltigung aber auch der militärischen Untergebenen, die dem militärischen Befehl folgend, die Luisenkirche verlassen mußten!

Wer in die Dinge nicht gedankenlos hineinschaut, der erkennt in ihnen die Ansätze zu einer furchtbaren Gefahr für die gesamte Kultur, die Anfänge einer Soldatendiktatur, über deren unvermeidlichen Ausgang das Geschick des römischen Prätorianertums nicht den leisesten Zweifel lassen kann. ...

Das Ergebnis solcher Erörterung ist, daß im konstitutionellen Staat der Fahneneid wie jeder andere öffentliche Eid nicht dem Souverän persönlich, sondern ihm nur in Stellvertretung des Vaterlandes geleistet wird, möge er sich seinem Wortlaut nach auch auf den Souverän beziehen. Dem Vaterland gilt der Fahneneid, gilt der Eid des Beamten. Es ist Bestimmung weder des einen noch des andern, über das begrenzte Gebiet des von ihnen erfaßten Pflichtenkreises hinweg den Staatsbürger in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Pflichten gegen das Vaterland zu beschränken. Keiner verpflichtet zu bestimmter Kulturanschauung zu bestimmter Weltanschauung. Man meide die Fortsetzung der Versuche, ihnen diese Auslegung zu geben. Hinter ihnen lauern Gefahren, die noch jedes Volkes Niedergang bedeuteten."

Also selbst in konservativen Kreisen zweifelt man schon an dem Recht des Souveräns, durch den Fahneneid die Gesinnung der Soldaten oder Beamten zu binden. In der Praxis gehts noch anders. Der Soldat unter der Fahne und der Offizier hat überhaupt keine politische Meinung zu haben. Ist der Offizier a. D. oder d. R., so steht er noch eine kleine Stufe niedriger, so bekommt er an Stelle des extragroßen Schlosses vor dem Mund ein etwas kleineres. Er darf jetzt zwar politische Meinungen haben, aber nur innerhalb der standesgemäßen Grenzen. Wenn z. B. ein hervorragender Militärschriftsteller und Oberst a. D. die „revolutionäre" Ansicht vertritt, gegenüber einem verrückten Monarchen höre die militärische Gehorsamspflicht auf, wird er vor das Ehrengericht gestellt, und man zwingt ihn, den bunten Rock abzulegen — siehe Herrn Gädke.

So geht es hinunter über die Beamten und Lehrer bis zu den gedienten Soldaten und Kriegervereinlern. Ja, auch die sind Standespersonen, mit Respekt zu vermelden, und auch sie tragen als Zeichen ihrer Würde ein kleines Schlößchen vor dem Mund. Ein Mensch, den das Schicksal mit einer schiefen Schulter oder Plattfüßen gesegnet hat, und der infolgedessen nie etwas anderes gewesen ist als ein schäbiger Zivilist, darf sozialdemokratisch wählen. Aber ein Mann, dessen wohlgewachsener Leib eine Zeitlang mit buntem Tuch und blanken Knöpfen geziert war, der am Ende auf der preußischen Himmelsleiter die Stufe eines Gefreiten erklommen hat, muß unbedingt staatserhaltend, konservativ wählen. Seine Standeswürde gebietet es ihm! Die sinnlose Gespreiztheit des ganzen Kastenwesens wird durch den Gegensatz auch dem blödesten Auge offenbar.

Wir glauben kaum, daß sich die Mehrheit der Beamten noch einmal auf diese Weise einfangen läßt! Das Wahlrecht ist geheim und die Macht der Gewaltmenschen, die dem Beamten das erste Staatsbürgerrecht nehmen wollen, ist beschränkt!

Die Revolution in China.

Es ist nicht leicht, aus den Nachrichten über die chinesische Revolution ein klares Bild zu gewinnen. Doch sicher ist das eine: für die Mandschudynastie handelt es sich um Leben und Sterben. Schon ist ein großer Teil des Gebiets von Mittelchina von den Flammen des Aufruhrs erfaßt und was das Schlimmste für die Monarchie ist: die modern ausgebildeten Truppen haben zu einem großen Teil gemeutert oder sind auf dem Wege zum Abfall. In Kanton gärt es, ebenso in Nanking. Die seit Jahren glimmende Unzufriedenheit der Bevölkerung, die Wassersnot, Hunger und Steuerdruck für jeden Streich gegen das Bestehende vorbereitet haben, hat nun, nach langen Wehen ihren gewaltigen Ausbruch gefunden. Was auch das ferneres Ziel der Bewegung sei, ihr nächstes Ziel läßt sich wie bei der Taiping-Revolution vom Jahre 1850 in den Ruf zusammenfassen: Hinaus mit den Mandschu!

Das Haus der Tsings, landfremder Mandschu, regiert nunmehr als ein Vierteljahrtausend. Tief im chinesischen Volk sitzt seit langem der Haß gegen den kleinen Klüngel, gegen die mandschurischen Beamten, die neben dem Thron alle maßgebenden Aemter besetzt hielten und den dreihundert Millionen Chinesen Wohl und Wehe bestimmen. Die Fremden bleiben überall unbehelligt, die Mandschu werden niedergemetzelt. Die Regierung wollte in zwei Jahren den beratenden Reichstag einberufen. Den Jungchinesen und den von ihnen zum Teil beherrschten Provinzialvertretungen ist die Geduld vergangen. Sie gehen, von den Ideen Europas erfüllt, den geraden Weg auf ihr Ziel los, und dieses Ziel, so sagt man, ist die Republik, aber jedenfalls die Befreiung Chinas von der Fremdherrschaft, der chinesische Nationalstaat. Ueber die neuesten Vorkommnisse liegen folgende Meldungen vor:

Sun Jat Sen auf dem Wege nach China?

Dr. Sun Jat Sen, der intellektuelle Leiter der Aufstandsbewegung, der sich bis jetzt immer noch in den Vereinigten Staaten aufhielt und sich großer Sympathien besonders in Finanzkreisen erfreut, hat jetzt in Begleitung von fünfzig anderen auf amerikanischen Universitäten diplomierten Chinesen sein Hauptquartier verlassen, um sich nach China zu begeben. Die Abreise Sun Jat Sens erregt beträchtliches Aufsehen und man nimmt jetzt allgemein an, daß die Revolution siegreich bleiben wird, weil Sun Jat Sen selbst auf dem Plane erscheint.

Die Lage in Kanton.

Der „New York Herald" veröffentlicht ein Kabeltelegramm aus Kanton, demzufolge die Erregung in Kanton außerordentlich groß ist. Die Behörden befinden sich in großer Angst und arbeiten angestrengt. Der Vizekönig hält sich trotz seiner Krankheit täglich im Yamen auf, um mit den Behörden zu konferieren. Admiral Li, der von seinen schweren Verletzungen, die er bei dem Bombenattentat auf das Admiralitätsgebäude erlitt, wiederhergestellt ist, arbeitet mit großer Energie an der Reorganisation der Flotte. Der Truppen ist man nicht sicher. Man hat die Maßnahme getroffen, sie in ganz kleine Verbände einzuteilen, um zu verhindern, daß Verschwörungen größeren Maßstabs entstehen. Der Leiter der mißglückten Aprilrevolution Wonghung hat sich bisher in Honan aufgehalten, um dort das Volk aufzuwiegeln. Wie es heißt, soll er sich jetzt auf dem Wege nach Kanton befinden, um in Kwantung die Republik zu proklamieren.

Die „gepanzerte Faust" in Sicht!

Der Kreuzer „Leipzig" ist in Hankau, das Kanonenboot „Iltis" in Nanking und der Kreuzer „Nürnberg" in Schanghai eingetroffen.

Minen gegen die Regierungsschiffe.

Das Komitee hat im Jangtsee-Flusse Minen legen lassen, um die unter dem Befehl Admiral Schas stehende Flotte zu verhindern, den Fluß weiter heraufzukommen. Das Komitee hofft, daß auch in Nanking die Revolte ausbricht, und daß dann die Flotte Schas in der Falle gefangen sitzt, da alsdann die Forts von Nanking Schas Flotte an der Ausfahrt aus dem Jangtse hindern können.

Die Regierungsstreitkräfte.

Der Kriegsminister und sein Stab sind heute nachmittag nach dem Süden abgereist. Der Dienst für die Truppenzüge arbeitet vorzüglich. Bis Dienstag werden 34 Züge mit insgesamt 24.000 Mann die Fahrt nach Hankau angetreten haben.

Streiflichter über das Revolutionsgebiet.

Hankau ist vollkommen isoliert. Das letzte Telegramm von Hankau besagt, daß die chinesischen Kriegsschiffe die Stadt benachrichtigen werden, ehe sie ein Bombardement beginnen. Alle Fremden werden dann die Konzessionen verlassen. Der deutsche Dampfer „Belgravia" befindet sich für alle Fälle in der Nähe. In Hanyang arbeitet das Rebellenarsenal in Doppelschichten und stellt täglich 25.000 Patronen her. Obendrein sind 140 Feldkanonen zu ihrer Verfügung. Aus Tschunkung wird nach Peking gemeldet, daß Hawing von 2000 Rebellen besetzt wurde. Eine andere Meldung aus Suifu besagt, daß der Präfekt die Gefangenen freiließ, weil er fürchtete, daß sonst die Gefängnisse mit Gewalt geöffnet werden würden. In Peking sind alle Theater geschlossen. Die chinesischen Banken werden gestürmt und die Einleger tragen ihr Geld in die ausländischen Banken. In Honau haben sich die Truppen den Rebellen angeschlossen.

* * *

London, 16. Oktober. Aus Shanghai wird telegraphiert: Die Rebellen sollen ein chinesisches Kriegsschiff erobert haben.

Mukden, 16. Oktober. Der Vizekönig erhielt Befehl, die in Mukden und den nächstliegenden Bezirken stehenden Truppen in der Mandschurei zusammenzuziehen und schleunigst Maßnahmen zur Erhaltung der Ruhe in der Mongolei zu ergreifen.

London, 16. Oktober. Die Wesleyanische Missionsgesellschaft erhielt aus Hankau ein Kabeltelegramm, nach dem der britische Konsul angeordnet hat, alle britischen Untertanen sollten Wutschang, Hanyang, Hankau und Kwangtsi verlassen.

Der italienisch-türkische Krieg.

Die Beschießung von Tripolis.

Von den Italienern ist bekanntlich behauptet worden, sie hätten lediglich die Forts von Tripolis beschossen und die Stadt sei verschont worden. Die „Frankfurter Zeitung" erhält nun aber aus Tripolis einen Bericht, wonach die Italiener in der Tat auch in die Stadt hinein geschossen haben. In dem Bericht wird der Sachverhalt wie folgt geschildert:

Es schlägt 3 Uhr. Da, ein Krach, noch etwas fern, ein zweiter, stärkerer, ein dritter. Ich stürze auf die Straße, Gefahr kann doch keine vorhanden sein, nur die Forts sollten ja bombardiert werden, und die liegen doch weit genug ab. Ich renne durch die Straßen nach dem Kai, an dem das Haus des mir befreundeten englischen Telegraphendirektors mit einem prachtvollen Glasbalkon direkt auf das Meer liegt. Ich treffe dort einige englische Freunde. Ein grausiges Schauspiel bietet sich uns. Draußen liegen die italienischen Schiffe, düster und schwarz, die See ist wild, als wollte sie mit teilnehmen an dem Aufruhr. Nach drei Seiten fliegen die Geschosse, krachend, knarrend, pfeifend. Hier fliegt ein Geschoß mitten in den Hafen, 100 Meter von unserem Balkon entfernt, dort ein anderes nach rechts, hier eines nach links, jedesmal eine dichte Staub- und Trümmermasse aufwühlend. Hinter uns antwortet ein türkisches Fort, die anderen stimmen ein in die Musik, doch ihre Geschütze sind nicht mächtig genug. Ihre Geschosse fliegen ins Meer, die Entfernung bis zu den italienischen Schiffen ist zu groß. Das feindliche Geschwader rückt näher und immer näher. Es mag jetzt vielleicht auf 5000 Meter stehen. Wieder ein ohrenbetäubendes Gekrach. Ueber unser Dach fliegt schnarrend eine Granate, direkt über oder in die Stadt. Deutlich sehen wir die Stücke fliegen. Eins, zwei schlagen in den Hafen. Der Kawass des englischen Telegraphendirektors bringt uns zwei Spreng-

stücke, die er im Balkonzimmer gefunden hat, und die dorthin durch die offenen Balkonfenster geflogen sind. Die stürmische See erlaubt den feindlichen Schiffen also kein sicheres Schießen. Es ist Zeit, daß wir aufbrechen. Wir verlassen das Haus durch die Hintertür, meine Freunde in das norwegische Konsulat, ich selbst auf den Weg nach dem deutschen. Ich passiere die türkischen Markthallen. Alleman! - Alleman! ... Man ruft mich, und ich finde, umgeben von einigen türkischen Gendarmen, zwei Damen mit zwei kleinen Kindern in primitivster Hauskollette. Sie wurden vom Bombardement überrascht. Der Gatte der einen der Damen soll zum österreichischen Konsul gegangen sein, um Erkundigungen einzuziehen, sie selbst, die direkt am Kai wohnen, seien geflüchtet, da ganz in der Nähe die Geschosse eingeschlagen haben. Sie seien jetzt auf dem Wege nach dem österreichischen Konsulat, könnten aber den Weg dahin nicht finden und sich den Gendarmen nicht verständlich machen.

Ich setze ihnen auseinander, daß sie zum österreichischen Konsulat mindestens noch eine halbe Stunde Weg haben, daß ich ihnen daher dazu nicht raten könne und sie einlade, nach dem deutschen Konsulat mit mir zu kommen. Dies wird angenommen. Unterwegs trifft die eine der Damen ein herabfallender Glassplitter am Arm, ohne sie schwer zu verletzen. Wir beeilen unsere Schritte, da die Stärke des Bombardements immer zunimmt und wir genau hören und sehen, wie eine große Anzahl von Geschossen in die Stadt einschlagen. Nur noch 50 Schritte trennen uns von dem deutschen Konsulat. Im selben Moment ungeheurer Knall, ein Prasseln und Krachen, ein Klirren von Fensterscheiben, eine ungeheure Rauchwolke steigt vom deutschen Konsulat empor, wir laufen zurück und finden im englischen Konsulat Unterkunft. Im deutschen Konsulat wurden durch die Granate vier Personen getötet und drei schwer verwundet. Alle Heimgesuchten waren Israeliten, die sich dorthin geflüchtet hatten.

Wenn man in Betracht zieht, daß von den italienischen Kriegsschiffen an die 300 Granaten und Schrapnells auf Forts und Stadt geschleudert wurden, so muß man sich wundern, daß die Verheerung nicht eine größere war.

Die italienischen Sozialisten gegen den Krieg.

Rom, 16. Oktober. In Modena begann gestern der Kongreß der italienischen Sozialisten. Es wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen die Aktion der Regierung ausspricht.

Der heilige Krieg.

Konstantinopel, 16. Oktober. Der „Sabah" zufolge sind der Muessarif von Fezzan sowie Hauptmann Tschami mit 20.000 Mann in Djebel el Gharb eingetroffen, worauf sie gegen Tripolis marschieren werden. Der Scheich der Sunussi hat in Kufra den heiligen Krieg gegen die Italiener proklamiert. Einige Stämme, welche aus Aegypten vorrücken, sollen in der Nähe von Benghasi eingetroffen sein.

Keine Ausweisung, aber Boykott.

Salonichi, 16. Oktober. Das hiesige jungtürkische Komitee ist von Konstantinopel verständigt worden, daß die Regierung entschieden die Zustimmung zur Anwendung von Gewaltmitteln gegen die Italiener verweigert, so daß auch keine Ausweisung durchführbar sei.

Dagegen wird anempfohlen, jede Geschäftsverbindung mit Italienern abzubrechen und italienische Angestellte und Arbeiter zu entlassen.

Die italienische Eskadre im Archipel.

Konstantinopel, 15. Oktober. Das Kriegsministerium teilt mit, daß die Hälfte der italienischen Eskadre, bestehend aus den Kriegsschiffen „Vittorio Emanuele", „Roma", „Regina Elena" „Napoli" noch jetzt vor Tobruk befindet, während die andere Hälfte im griechischen Archipel kreuzt.

Zur Besetzung von Benghasi.

Paris, 16. Oktober. Die vom General Briccola geplante Besetzung des Hafens der Stadt Benghasi erlitt einen Aufschub weil der Widerstand der dortigen regulären Truppen und der Araber kräftiger als vermutet ist.

Tripolis 14. Oktober. Die bisher in Tripolis ausgeschifften italienischen Truppen, einschließlich des heutigen Transportes von 25.000 Mann Landtruppen, haben Wasserschläuche und Lederschutz auf den Gewehrschlössern wegen des Sandes. Die Marinetruppen befinden sich großtenteils wieder an Bord. Heute fand, wie allnächtlich, ein Gefecht in der Umgebung der Stadt Tripolis statt, diesmal östlich bei Sebcha, vorgestern bei Bumiliani. In vollem Mondschein schlichen die Araber an und feuerten auf sechzig Schritt. Am anderen Morgen erkannte man an den Patronenhülsen und den Fußabdrücken im Sande, daß es nur 15 Mann gewesen sind. Die Italiener sollen keine Verluste erlitten haben. Heute (Sonnabend) werden alle auswärtigen Araber ausgewiesen. Es wird voraussichtlich ernste Kämpfe geben.

Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges.

Mailand, 16. Oktober. Die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges beginnen sich bereits zu zeigen. Außer der Baumwoll- und Seidenindustrie, die durch den türkischen Boykott geschädigt wird, hat die Zündholzindustrie sehr lebhaft über mangelnden Absatz in der Türkei zu klagen. Die Streichholzindustrie hat im Jahre 1909 für 3,3 Millionen Lire nach der Türkei ausgeführt. Die Direktoren von Zündholzfabriken fürchten, daß bei Anhalten des türkisch-italienischen Konfliktes sich der Absatz noch mehr verringern wird, sodaß größere Arbeitseinstellungen nötig sein werden. Die venetianischen Fabriken haben ihre Produktion bereits auf die Hälfte ermäßigt.

* * *

Rom, 16. Oktober. „Giornale d'Italia" meldet aus Tripolis: Gestern ergaben sich dem italienischen Generalkommando 150 türkische Offiziere. Ueberwacht von der Polizei, warten sie ihre Einschiffung nach Konstantinopel ab. In Benghasi verlautet gerüchtweise, daß Pater Humbert, ein sehr bekannter Geistlicher, der in seinem Institut etwa 900 Sklavenkinder aufgenommen, von Fanatikern ermordet worden ist.

Konstantinopel, 16. Oktober. Der Ministerrat beschloß, die diplomatischen Verhandlungen fortzusetzen um die Lösung der Tripolisfrage herbeizuführen und gleichzeitig gegen die Italiener Widerstand zu leisten. Auf Grund dieser Politik wird die Komiteepartei dem Kabinett das Vertrauensvotum geben.

Der neue Prozeß Maltzahn-Becker.

Stettin, den 14. Oktober 1911.

Der Beleidigungsprozeß des Landrats des Kreises Grimmen Freiherr von Maltzahn gegen den Rittergutsbesitzer Arthur Becker aus Bartmannshagen gelangt am Montag erneut zur Verhandlung, nachdem bekanntlich das Reichsgericht am 3. Juli das Greifswalder Urteil aufgehoben und die Sache beim Stettiner Landgericht zur Erledigung überwiesen hat. Den Vorsitz in dieser neuen Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Dr. Hörich, dem Angeklagten Becker steht als Verteidiger wiederum Rechtsanwalt Dr. Berndt zur Seite. Die Anklage gegen Becker lautet auf einfache bezw. verleumderische

Beleidigung des Landrats Freiherrn v. Maltzahn

und der Mitglieder des Kreisausschusses Grimmen. Die Beleidigungen sollen begangen sein in mehreren Schreiben, Eingaben und Beschwerden, die Becker im Jahre 1909 an das Katasteramt Grimmen, an die preußischen Minister des Handels und des Innern, sowie an den Regierungspräsidenten in Stralsund gerichtet hatte. In diesen Schriftstücken behauptet Becker, daß der Landrat ihm gegenüber aus politischen Gründen das Recht gebeugt habe. So bezeichnete Becker in einer Beschwerdeschrift es als einen Mißbrauch der Amtsgewalt, daß Freiherr v. Maltzahn seinen Privatsekretär Häwert zum Vorsteherstellvertreter des Gutes Bartmannshagen eingesetzt hat und in einer Beschwerde an den Kreisausschuß führt Becker darüber Klage, daß es dem Landrat Freiherr von Maltzahn hierbei weniger darauf ankomme, den ihm vom König erteilten Auftrag, im Kreise auf Ruhe und Ordnung zu halten, auszuführen, sondern daß der Hauptzweck seines Vorgehens sei, als politischer Agent des agrarischen Demagogentums vorzugehen. Den Mitgliedern des Kreisausschusses, die nach einem vom Landrat beantragten Disziplinarverfahren entschieden, daß Gutsvorsteher Becker sich durch sein Verhalten in und außerhalb des Amts der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt habe und ihn wegen fortgesetzter Gehorsamsverweigerung und Dienstvernachlässigung seines Amtes als Gutsvorsteher entsetzt haben, wirft Becker vor, daß sie blind jeden Spruch fällen, den der Landrat verlangt und bestochen seien durch den üblen Willen der Reaktion, die über das Recht zur Tagesordnung übergehe. Das Urteil des Kreisausschusses selbst wird von Becker als ein Pamphlet bezeichnet. Das gegen ihn eingeleitete Disziplinarverfahren stellt sich nach Becker einzig und allein als eine

Folge seiner politischen Gegnerschaft

gegen den Landrat dar.

Die erste, von der politischen Welt Deutschlands mit größtem Interesse verfolgte Verhandlung, fand vor dem Landgericht Greifswald statt und endete nach mehrwöchiger Dauer mit der Verurteilung Beckers zu einem Jahre Gefängnis. Das Gericht hielt eine verleumderische Beleidigung nicht für vorliegend mit Rücksicht auf die ganze Persönlichkeit des Angeklagten und billigte ihm auch den guten Glauben zu. Dagegen versagte es ihm den Schutz des § 193 und begründete die einjährige Gefängnisstrafe mit den außerordentlich schweren Beleidigungen, die sich Becker gegen den Landrat und den Kreisausschuß habe zu schulden kommen lassen. Gegen dieses Urteil legte Becker Revision beim Reichsgericht ein, dessen 3. Strafsenat sich am 3. Juli mit der Sache befaßte. Reichsanwalt Dr. Diez stellte selbst den Antrag auf Aufhebung des Greifswalder Urteils, der Senat schloß sich diesem Antrag an und verwies die Sache nicht an das Greifswalder, sondern an das Landgericht Stettin zurück. Als erhebliche prozessuale Verstöße wurde angesehen, daß eine Reihe von Fragen an geladene und erschienene Zeugen in unzulässiger Weise abgelehnt worden sind. Das Reichsgericht sah auch in der Versagung des Schutzes § 193 einen Rechtsirrtum. Auch eine Reihe anderer mehr juristischer formaler Verstöße führte zur Aufhebung des ersten Greifswalder Urteils. Die Verweisung nach Stettin wurde aus Zweckmäßigkeitsgründen angeordnet, nicht etwa weil das Reichsgericht die Vorwürfe der Verteidigung gegen die Voreingenommenheit des Greifswalder Gerichtes sich zu eigen gemacht hätte.

Der Stettiner Prozeß wird bei weitem nicht die Dauer des Greifswalder Prozesses erreichen, da bisher nur die Ladung der von der Anklage benannten Zeugen vom Gericht angeordnet ist, nämlich des Landrats Freiherr v. Maltzahn, der Kreisausschußmitglieder Oekonomierat Hecht, Landschaftsrat Rassow und Bürgermeister Rückert; ferner Regierungspräsident Blomeyer, Regierungspräsident v. Scheller und Oberregierungsrat Duvigneau. Von der Vernehmung der zahlreichen Entlastungszeugen wird das Stettiner Landgericht wohl Abstand nehmen müssen, da das Reichsgericht in seiner schriftlichen Urteilsbegründung ausgeführt hat, daß der Ausdruck Beckers „politischer Agent des agrarischen Demagogentums" nur ein allgemein ehrenkränkendes Urteil enthalte, nicht aber die Behauptung einer Tatsache; daher sei der Wahrheitsbeweis über alle Punkte, die nicht in den zur Anklage stehenden Schriftstücken erwähnt werden, unzulässig und vom Landgericht Greifswald rechtsirrtümlich erhoben worden. Die Verteidigung will jedoch unter Hinweis auf den § 193 des Str.-G.-B. und mit Rücksicht auf die eventuelle Strafzumessung trotzdem die Erhebung des ganzen Wahrheitsbeweises beantragen. Zunächst hat sie sich darauf beschränkt, den Gutsbesitzer Dr. Wendorf zu laden.

Wir werden über die Verhandlung berichten.

* * *

Am ersten Tage wurde noch nicht in die Beweisaufnahme eingetreten. Der Angeklagte äußerte sich zu den Anklagepunkten, unter denen auch die Kritik an dem Disziplinarurteil als vom üblen Willen der Reaktion und von oben diktiert, figuriert. Hierzu meinte Becker, daß man natürlich nicht in klaren Worten anordne wie zu urteilen sei; aber die Auguren sehen sich an und verstünden sich auch schon ...

Es wird gut sein, bei diesen Prozessen nicht zu vergessen, daß ja tatsächlich von den Herrschenden immer wieder als Hauptaufgabe der Verwaltungsbeamten die Niederhaltung jeder ernsthaften Opposition gegen das herrschende Regime erklärt wird. Es herrscht aber der Agrarkonservativismus und in Pommern ist auch der Freisinn ernsthafte Opposition.

Arbeiterbewegung.

Die Buchdrucker über den neuen Tarifabschluß

Eine von etwa 10.000 Buchdruckern besuchte Versammlung in Berlin nahm Sonntag vormittag zu dem neuen Tarifabschluß Stellung. Gauleiter Massini berichtete eingehend über die Tarifverhandlungen, die sich diesmal besonders schwierig gestaltet hätten. Als wesentliche Ergebnisse bezeichnete er die durchschnittliche zehnprozentige Lohnerhöhung, die von den Prinzipalen an Stelle der geforderten 12½ prozentigen bewilligt wurde, und die Verkürzung der Arbeitszeit um wöchentlich ½ Stunde, die 76 Prozent aller Beschäftigten zugute komme. Der Tarif erfülle zwar nicht alle Wünsche der Gehilfen, bringe aber wesentliche Vorteile für die Gesamtheit im Reiche, weshalb die Gehilfenvertreter ihm zugestimmt hätten, der Friede im Gewerbe sei unter solchen Umständen einem folgenschweren Kampfe vorzuziehen.

In der ausgedehnten Debatte erklärten sämtliche Redner ihre Unzufriedenheit mit dem neuen Tarif, der den Forderungen der Gehilfen nur wenig gerecht geworden sei. Der zweite Vorsitzende des Zentralvorstandes Gaßmann verteidigte die Stellungnahme der Gehilfenvertreter und erklärte, daß der Vorstand wohl die Möglichkeit eines Kampfes ins Auge gefaßt habe, aus schwerwiegenden Gründen aber von diesem Mittel zur Durchführung weitergehender Forderungen Abstand nehmen müssen. Die öffentliche Meinung hätte bei einem Kampfe gewiß nicht auf Seiten der Gehilfen gestanden, die doch eine Lohnerhöhung von zehn Prozent erreicht haben. — Aus der Mitte der Versammlung waren zwei Resolutionen eingegangen. Der Versammlungsleiter Albrecht sprach sich gegen die Annahme einer Resolution aus, da nach den letzten Verbandstagsbeschlüssen die Gehilfenvertreter allein Vollmacht zum Abschluß des Vertrages hätten. Die Versammlung verlangte aber stürmisch die Abstimmung. Die erste Resolution, die den neuen Tarif mißbilligt und die Haltung der Prinzipalsvertreter verurteilt, aber die Tätigkeit der Gehilfenvertreter anerkennt, wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Mit überwältigender Mehrheit wurde dagegen eine Resolution angenommen, die die völlige Unzulänglichkeit des neuen Tarifs behauptet und schließt: „Die Berliner Buchdrucker lehnen die Verantwortung für die seitens der Gehilfenvertreter getroffenen Vereinbarungen ab in der Ueberzeugung, daß sie der in Hannover aufgestellten Richtschnur keineswegs entsprechen können. Die Versammelten geben der Meinung Ausdruck, daß nur durch eine Erweiterung des Mitbestimmungsrechts bei Beschlüssen von einschneidender Bedeutung für die Gehilfenschaft eine Wandlung in der Tarifpolitik herbeigeführt werden kann."

Die Buchdruckergehilfen des Tarifkreises Sachsen, die 5000 Mann stark am Sonntag in Leipzig tagten, haben nach vierstündiger Verhandlung mit großer Mehrheit den neuen Tarif angenommen, obwohl sie erklärten, daß ein Ausgleich für die gestiegenen Wohnungsmieten und Lebensmittel durch den Tarif nicht geboten werde. In der zehnprozentigen Aufbesserung der Tarifsätze wird lediglich eine Konzession erblickt und die Erwartung ausgesprochen, daß die Prinzipale auch in loyaler Weise die Löhne derjenigen Gehilfen regeln werden, die schon jetzt 3 Mk über dem Minimum verdienen und daher keinen Anspruch auf die zehnprozentige Lohnerhöhung haben. Der Versuch, den Tarif in der festgesetzten Form zur Ablehnung zu bringen, erzielte nur eine starke Minorität. Der Gauvorsitzende Engelbrecht erklärte, man könne nicht alles von der Gewerkschaft erhoffen, sondern auch die politische Betätigung sei notwendig.

* * *

Die tariftreuen Buchdruckereibesitzer Berlins nahmen in überaus stark besuchter Versammlung ebenfalls zu dem neuen Tarif Stellung. In einer einstimmig angenommenen Resolution erklärten sie sich, trotz der neuen Opfer, die der Tarif verlange, mit dem Abschluß einverstanden.

Die Tabakarbeiteraussperrung.

Am Sonnabend ist die von den Zigarrenfabrikanten angedrohte Aussperrung zur Tatsache geworden. Etwa 8000 Tabakarbeiter in den Kreisen Herford, Minden, Lübbecke, Osnabrück und den Fürstentümern Lippe und Waldeck sind von dieser Maßregel betroffen worden. Die Aussperrung wurde vollzogen, trotzdem die Fabrikanten noch am Freitag in der Verhandlung, die sie mit den Vertretern der Tabakarbeiterorganisationen führten, wenigstens für einen Teil der Arbeiter die Notwendigkeit von Lohnaufbesserungen anerkennen mußten. Dies ist um so einleuchtender als die Tabakarbeiter nach den Berichten der Berufsgenossenschaft 1910 im Kreise Lübbecke im Durchschnitt täglich 1,75 Mk., im Kreise Herford 2,15 Mk. und im Kreise Minden 2,25 Mk. verdienten. War dies schon in normalen Zeiten ein Lohn zum Verhungern, so hat sich jetzt in den Tagen der Teuerung die Lage der Arbeiter erst recht trostlos gestaltet. In dieser Erkenntnis haben denn auch die drei bei der Aussperrung in Betracht kommenden Organisationen, der Deutsche Tabakarbeiterverband, der Verband der Zigarrensortierer und Kistenbekleber und der Verband christlicher Zigarren- und Tabakarbeiter Deutschlands in erfreulicher Solidarität ihre Vorkehrungen getroffen.

Noch am Freitag zogen die Leiter der drei genannten Organisationen aus der Ergebnislosigkeit der mit den Unternehmern gepflogenen Verhandlungen die erforderlichen Schlußfolgerungen. Sie regelten die Unterstützungssätze gemeinsam und einigten sich dann auf folgenden Beschluß:

„Unter Beachtung nachfolgender Bedingungen erklären die unterzeichneten Vorstände sich bereit, die Aussperrung im westlichen Zigarrenindustriebezirk gemeinsam führen zu wollen:

1. Es wird eine Neunerkommission eingesetzt und zusammengesetzt aus drei Vertretern des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, 2 Vertretern des Verbandes der Zigarrensortierer und Kistenbekleber Deutschlands, einem Vertreter des Deutschen Holzarbeiterverbandes und drei Vertretern des Verbandes christlicher Zigarren- und Tabakarbeiter Deutschlands.

2. Während der Dauer der Aussperrung verpflichten sich die vertragschließenden Vorstände der Organisationen, ihre Funktionäre und Mitglieder streng anzuweisen, jede Feindseligkeiten gegeneinander einzustellen; insbesondere sind Uebertritte von einer Organisation in die andere während der Dauer des Kampfes nicht gestattet.

3. Die vertragschließenden Vorstände verpflichten sich, neu. Mitglieder aus den von der Aussperrung betroffenen Betrieben nur bis zum Sonntag, den 15. Oktober 1911 aufzunehmen. Ueber eventuelle Neuaufnahmen von Mitgliedern aus vorstehenden Betrieben nach dem 15. Oktober 1911 entscheidet die Neunerkommission."

Jetzt ist es Sache der Gesamtarbeiterschaft Deutschlands, den ausgesperrten Tabakarbeitern in Westfalen ihre Sympathie zuzuwenden.

Eine neue Lohnbewegung der Leipziger Bäcker. Als die Leipziger Bäcker vor kurzem eine Lohnbewegung durchführten, versprachen die Meister ihren Getreuen den Himmel auf Erden, wenn sie nicht den „roten Hetzern" folgen würden. So kam es denn auch, daß nicht alle Bäckereibetriebe geregelte Arbeitsbedingungen erhielten. Als dann der Kampf zu Ende war, dachten die Meister natürlich nicht daran, ihr den „getreuen Gehilfen" gegebenes Versprechen zu halten. Das hat diese nun zur Erkenntnis ihrer wirtschaftlichen Lage gebracht und veranlaßt, in einer Versammlung unter der Führung des Verbandes an die Meister Forderungen zu stellen. Eine einstimmig angenommene Resolution beauftragte den Gesellenausschuß und die Verbandsleitung, gemeinschaftlich mit der Leipziger Bäckerinnung Verhandlungen zur Neuaufnahme der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Bäckereien Leipzigs anzubahnen, und zwar auf Grund des für einige Hundert Bäckereien bestehenden Lohn- und Arbeitstarifs.

Tarifvertrag in der Wollenbranche. Der Deutsche Textilarbeiterverband hat mit der „Vereinigung der Garnfärberei und Appreteure für Glauchau, Meerane und Umgegend" einen neuen Vertrag abgeschlossen. Der Mindeststundenlohn für Appreteure beträgt ab 1. April 1912 34 bezw. 36 Pf., für Wäscher und Appretur-Hilfsarbeiter 30½ Pf., für Arbeiter in Strangfärbereien 32 Pf., für Seiden-Färbereiarbeiter 30 und 32 Pf. und für Arbeiterinnen aller Branchen 17½ Pf.

Ab 1. Oktober d. J. bekommen die Arbeiter in den Garnfärbereien 2 Pf. Zulage pro Stunde und ab 1. April 1912 einen weiteren Pfennig. Arbeiter in den Appreturen bekommen ab 1. Januar 1912 2 Pf. und ab 1. April 1912 1 Pf. Zulage pro Stunde. Arbeiterinnen in den Garnfärbereien bekommen ab 1. Oktober 1 Pf. und Arbeiterinnen in der Appretur ab 1. Januar 1912 1 Pf. pro Stunde Lohnzulage.

Beendete Lohnbewegung in der Bielefelder Nähmaschinen-, Fahrrad- und Automobilindustrie. In 5 großen Versammlungen nahmen die Arbeiter am Donnerstag abend Stellung zu den zwischen den Vertretern der Parteien getroffenen Vereinbarungen. In zwei Versammlungen sprach sich die Mehrheit gegen die Annahme der Vereinbarungen aus, das Gesamtresultat ergab jedoch eine mehr als Dreiviertelmehrheit. — Die Arbeiter haben somit erzielt: 1. eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche; 2. eine Erhöhung der aufbesserungsbedürftigen Akkordsätze; 3. eine Aufbesserung der Stundenlöhne für alle über 18 Jahre alten Arbeiter um 3 Pfg. für Stundenlohn unter 40 Pfg., und um 2 Pfg. für Löhne über 40 Pfg.; 4. die Festsetzung eines Stundenlohnes für Akkordarbeiter ihren Leistungen entsprechend und 5. eine größere Stetigkeit des Arbeitsverhältnisses.

Das bedeutet einen beachtenswerten Erfolg. Eine Unbequemlichkeit mußte mit in Kauf genommen werden: die Frühstücks- und Vesperpausen kommen in Wegfall. Das war eine Bedingung der Firma Dürkopp u. Co. Doch ist von den Direktoren jedes Betriebes zugestanden worden, daß ein Frühstücks- und Vesperbrot neben der Arbeit eingenommen werden kann. Die Annehmlichkeit eines früheren Arbeitsschlusses um eine halbe Stunde ist nicht zu unterschätzen. Die Gewerkschaften können mit Genugtuung auf die Bewegung und ihren Ausgang zurückblicken.

Briefkasten

Brieg 10. Betriebs-Versammlungen brauchen nicht angemeldet werden.

P., Friedrich-Wilhelmstraße. Die Steuern dürfen vom Krankengelde nicht abgezogen werden. Beschweren Sie sich beim Magistrat.

K. K. Die Reichsbank ist staatlich.

Z. B. 14. Im Bureau der Handelskammer in der neuen Börse, Graupenstraße.

Nr. 10. M. K. Nein, eine solche Schule gibt es, so viel wir wissen, in Breslau nicht.

Das Lob der Reichsversicherungsordnung.

II.

Das Charakteristische bei der Erledigung der Reichs-Versicherungsordnung ist, daß sie den bestehenden Rechtszustand verschlechtert und zwar über die Vorlage der Regierung hinaus. Es ist deshalb ein ganz unehrliches Spiel, wenn von den Zentrumsanhängern wehmütig erklärt wird, wir konnten nicht anders, die Regierung ließ nicht die Erfüllung ihrer Wünsche zu. Gewiß hat sich die Regierung gegen eine weitere Belastung gesträubt, aber ob sie in allen Fragen bei einem entschiedenen Auftreten des Reichstages bei ihrer ablehnenden Haltung geblieben wäre, ist sehr fraglich. Hinter der entschiedenen Haltung der Regierung verbirgt sich nur eine Ausrede des Zentrums, das heilfroh ist, von sich die Verantwortung auf die Regierung abwälzen zu können. Die letzte Entscheidung der Sozialdemokratie zur Reichsversicherungsordnung war nicht geleitet durch die Ablehnung so vieler berechtigter Forderungen der Arbeiter auf eine Mehrleistung der Versicherung, sondern von dem Gesichtspunkt gefällt, daß unter keinen Umständen wichtige Rechte der Arbeiter preisgegeben werden dürften. Aber diese Preisgabe der Arbeiterrechte vollzog das Zentrum auf Wunsch der Scharfmacher im eigenen Lager, und um der Regierung zu zeigen, daß seine Mitwirkung unentbehrlich ist. Die Befestigung ihrer Position erschien ihnen mit der Preisgabe wichtiger Arbeiterrechte nicht zu teuer erkauft.

Den christlichen Arbeitern muß natürlich vorgeredet werden, daß alles versucht wurde, mehr zu erreichen; wenn nicht die Regierung daran schuld ist, daß so wenig erreicht wurde, dann die Sozialdemokratie. Das ist die Melodie, die Herr Königbauer in seiner Schrift anstimmt. Man gibt zu, daß die Vertreter des Zentrums in der Kommission bei verschiedenen wichtigen Fragen gegeneinander stimmten, bis dann schließlich der eiserne Ring geschlossen wurde, der die Seitensprünge der Herren Becker und Schirmer nicht mehr zuließ, und nun mußten die Herren selbst daran gehen, die von ihnen ehedem empfohlenen und angenommenen Anträge zu beseitigen; zur Strafe dafür, daß sie Herrn Herold, Irl, Hitze und Trimborn nicht immer gefolgt waren. Sie haben den Auftrag gut, aber mit wenig Manneswürde durchgeführt. Es ist ganz dankenswert von Herrn Königbauer, daß er in seiner Broschüre die Beschlüsse des christlichen Gewerkschafts-Kongresses vom Jahre 1909 und des Verbandes der katholischen Arbeitervereine für Süddeutschland vom Jahre 1910 wiedergibt. Sehen wir zu, was hat die Zentrumsfraktion und ihre Arbeitervertreter zur Erreichung der dort aufgestellten Wünsche im Reichstage unternommen. Wir greifen nur einige uns wichtig erscheinende Punkte heraus. In den Leitsätzen des christlichen Gewerkschaftskongresses zur Reichs-Versicherungsordnung heißt es unter anderem:

„Die Einschränkung der erstinstanzlichen Befugnisse der Träger der Unfall- und Invalidenversicherung — die allen Rechtsgrundsätzen zuwider Partei und Richter sind — durch die den zu schaffenden „lokalen" Versicherungsämtern in der Versicherungsordnung zugedachten Kompetenzen im Rentenfestsetzungsverfahren ist zu begrüßen."

Das war die Stellung zu dem Vorentwurf; in der endgültigen Vorlage ließ die Regierung diese Bestimmung, die der Kongreß ganz zutreffend lobend erwähnt, auf Verlangen der Scharfmacher fallen. Von keinem der Zentrumsabgeordneten ist auch nur in der Kommission der Versuch gemacht worden, einen Antrag im Sinne der Kongreßleitsätze zu stellen, im Gegenteil, man bekämpfte sofort einen dahingehenden Antrag der Sozialdemokraten. Herr Erzberger hielt eine große Anklagerede gegen die Versicherungsämter und bewirkte schließlich, entgegen den Absichten der Regierung, die Abhängigkeit des Versicherungsamtes von der unteren Verwaltungsbehörde.

In den Leitsätzen heißt es weiter:

„Den Versicherten ist das gesetzliche Recht auf Vertretung vor den entsprechenden Instanzen durch Vertrauenspersonen zu sichern."

Dieses Verlangen hat das Zentrum in das Gegenteil umgewürzt; es hat in § 1604 den Arbeitersekretären die Vertretung vor dem Versicherungsamt direkt verboten, aber den Berufsgenossenschaften die Stellung eines Vertreters gestattet. Es ist also in ganz frivoler Weise eine sachgemäße Vertretung der Arbeiter unmöglich gemacht, obwohl auch die christlichen Arbeiter es ausdrücklich forderten.

Man verlangt weiter, daß Betriebs- und Innungs-Krankenkassen nur gegründet werden dürfen, wenn mehr als 500 Mitglieder in Frage kommen. Das Zentrum macht daraus 150 Mitglieder für die Industrie, 50 für die Landwirtschaft. In der ersten Lesung der Kommission, wo also noch kein Kompromiß mit den Konservativen bestand, beantragten die christlichen Gewerkschaftsführer Becker und Schirmer, die Mitgliederzahl auf 100 für die Industrie und 20 für die Landwirtschaft herabzusetzen. Danach scheinen die Konservativen später diese christlichen Arbeitervertreter zu der Aenderung in zweiter Lesung veranlaßt zu haben, daß die Zahlen wenigstens auf 150 resp. 50 heraufgesetzt wurden. — Die Leitsätze des christlichen Gewerkschaftskongresses verwerfen die Landkrankenkasse. Im Zentrum hat sich niemand gefunden, der dem Verlangen beigetreten wäre.

Weiter heißt es in den Leitsätzen:

„Eine Untersuchung auf den Gesundheitszustand der Arbeiter von Betrieben mit Betriebskasse ist unzulässig."

Herr Becker, Schirmer und Behrens, die auf dem christlichen Kongreß zugegen waren — Herr Behrens als Vorsitzender, Herr Becker als Begründer der hier zitierten Leitsätze — haben sich nicht genötigt gesehen, auch nur einen Antrag im Sinne ihrer Leitsätze zu stellen.

Der christliche Gewerkschaftskongreß hat an keiner Stelle verlangt, daß die Unternehmer bei der Anstellung der Kassenbeamten besonders ihre Zustimmung geben müssen; in den Leitsätzen, sowie auch in der Diskussion auf dem Kongreß ist ausdrücklich betont, daß die Einführung der Verhältniswahl genügt, um den Einfluß der christlichen Gewerkschaften zu sichern. Das Verlangen ist von der sozialdemokratischen Fraktion unterstützt worden. Die Entrechtung der Arbeitervertretung, die das Zentrum einführte, trifft alle Arbeiter gleichmäßig; die christlichen Arbeiter können sich beim Zentrum für diesen Liebesdienst bedanken.

Die Leitsätze verlangen in der Krankenversicherung die Einführung einer Schwangerschafts-Unterstützung, die Gewährung des vollen Krankengeldes für die Angehörigen, wenn der Versicherte in einem Krankenhause untergebracht ist. Jetzt entrüsten sich dieselben Leute, die vor Arbeitern diese Forderungen seinerzeit begründeten, daß die Sozialdemokratie solche „unerfüllbaren" Anträge stellte, und rechnen ihren Anhängern vor, wie viel Millionen die Anforderung mehr kostet. Man verschweigt aber, daß die eigenen Anhänger außerhalb des Parlaments dieselben Forderungen stellten, und daß sie von ihren Vertretern düpiert wurden, denen es garnicht einfiel, die Anträge im Reichstage zu vertreten; wohl aber verstieg man sich dazu, mit Entrüstung die sozialdemokratischen Anträge abzulehnen.

In der Invaliden-Versicherung forderten die Leitsätze des christlichen Gewerkschaftskongresses die Versicherung der Heimarbeiter, die Gewährung der Invalidenrente bei Eintritt der Berufsinvalidität und die Einführung höherer Lohnklassen. Ansprüche, auf die das Zentrum verzichtete, und die garnicht erhoben wurden, sondern glatte Ablehnung erfuhren, wenn sozialdemokratische Anträge vorlagen.

In ähnlicher Weise hat der süddeutsche Verband der katholischen Arbeitervereine seine Stellung zur Reichs-Versicherungsordnung durch eine Resolution präzisiert. Unter anderem verlangte er die Beibehaltung des Rekurses in Unfallsachen, die Versorgung auch der arbeitsfähigen Witwen, höhere Hinterbliebenenrente, geheime und direkte Wahl der Arbeitervertreter. Die letzte Forderung ist in der Reichstagskommission von Herrn Becker auf das entschiedenste bekämpft worden, als die Sozialdemokraten einen dahingehenden Antrag stellten. Von einer Erfüllung der anderen Forderungen war im Zentrum nie die Rede. Es waren also die Leitsätze auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß und die Beschlüsse der süddeutschen katholischen Arbeitervereine nur ein Schaugepränge für die Dummen, die da meinen, es sollte etwas für die Arbeiter getan werden. In Wirklichkeit hat sich niemand von den christlichen Arbeitervertretern durch diese Meinungskundgebung beschwert gefühlt, und wie einen überflüssigen Ballast die Bürde fortgeworfen. So wie hier sind wohl kaum bei einer anderen Sache die christlichen Arbeiter von ihren Vertretern zum Narren gehalten worden.

Aber stolz verkündet Herr Königbauer in seiner Broschüre: „Die Kraft des Zentrums wurzelt darin, daß es ein festes Programm besitzt." Das „feste" Programm, das von den Zentrumspolitikern lächelnd beiseite geschoben wird, wie die maßgebenden Scharfmacher es wünschen. Um nun diesen Betrug der christlichen Arbeiterschaft zu verschleiern, schimpft Herr Königbauer über die vielen Forderungen der Sozialdemokraten, die, wie wir darlegten, von den christlichen Arbeitern vielfach selbst gestellt wurden, ihnen jetzt aber als unverständliche sozialdemokratische Wünsche vorgehalten werden. Das sagt ein Mann, der auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß selbst zugegen war und die herbste Kritik an der Reichs-Versicherungsordnung übte, und die Landkrankenkassen mit folgendem vernichtenden Urteil belegte:

„Vor allen Dingen aber würde die Einführung von Landkrankenkassen eine bedeutende Verschlechterung des jetzigen Zustandes bedeuten insbesondere für jene Gegenden, wo die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter schon der Kranken-Versicherung unterstellt sind. Wenn die Landkrankenkassen zu bestimmten Zeiten die Zahlungen einstellen, so weiß ich nicht, von welchem Standpunkte die Regierung ausgegangen, als sie dies vorsah: brauchen die erkrankten Mitglieder derselben zu bestimmten Zeiten des Jahres überhaupt nichts zu essen?"

Die hier aufgestellte Frage mag sich jetzt Herr Königbauer von seinen Freunden im Zentrum beantworten lassen, die alle dafür eintreten, daß den Landarbeitern im Winter das Krankengeld auf die Hälfte gekürzt werden kann.

Die Rede mag wohl Herr Königbauer vergessen haben, als er jetzt in seiner Broschüre die Versicherung der Landarbeiter mit so großer Begeisterung als eine Wohltat bezeichnet. Eine Wohltat, die das Zentrum den Landarbeitern bei der Beratung des ersten Kranken-Versicherungsgesetzes vorenthielt, die die Landarbeiter heute schon besäßen, wenn nicht damals die Versicherung der Landarbeiter vom Reichstage mit Hilfe des Zentrums abgelehnt worden wäre. Wenn die Arbeiter, die Anhänger des Zentrums sind, kritisch die Schrift des Herrn Königbauer lesen, dann müssen sie sich sagen: Wir sind vom Zentrum unverschämt belogen und betrogen!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. Oktober.

* **Statistischer Wochenbericht.** In der Woche vom 1. bis 7. Oktober sind nach einer Zusammenstellung des statistischen Amts in Breslau 123 Ehen geschlossen worden. In der Vorwoche wurden 289 Kinder geboren, davon waren 225 ehelich, 55 unehelich, 273 lebendgeboren (143 m., 130 w.), 7 totgeboren (4 m., 3 w.); mit den nachträglich gemeldeten Fällen sind 169 Sterbefälle (89 m., 80 w., darunter 15 Ortsfremde) in der Berichtswoche gezählt worden. Von den Gestorbenen waren 55 unter 1 Jahr alt (41 ehelich und 14 unehelich geboren). An Todesursachen kamen vor: Masern 1, Diphtherie 1, Keuchhusten 2, Tuberkulose 19, Krankheiten der Atmungsorgane 18, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall 19, Selbstmord 3, alle übrigen Todesursachen 111. An übertragbaren Krankheiten wurden polizeilich gemeldet Diphtherie 25, Scharlach 52, ansteckende Augenkrankheit 4, Wochenbettfieber 3, Unterleibstyphus 6, Ruhr 1. In den hiesigen Krankenanstalten betrug die Zahl der Kranken am Anfang der Woche 2588, es kamen hinzu 818, es starben 50, es gingen ab 744, so daß am Ende der Woche 2910 im Bestand verblieben.

* **Im vegetarischen Kinderheime in Scheitnig** waren am 31. März 1910 17 Knaben und 20 Mädchen; aufgenommen wurden im Laufe des Jahres 3 Knaben, entlassen 4 Knaben und 4 Mädchen, sodaß sich am Schlusse des Geschäftsjahres 16 Knaben und 16 Mädchen in der Anstalt aufhielten. Das Betragen der Kinder gab zu Tadel keinen Anlaß. Die Knaben wurden im Sommer mit Gartenbau, im Winter mit Papp- und Schnitzarbeiten beschäftigt; die Mädchen halfen im Haushalt und besorgten die Flick- und Stopfarbeiten, außerdem lernten die älteren Mädchen die Kunststickerei. Der Gesundheitszustand der Kinder wird im allgemeinen als sehr günstig angegeben. Die Einnahmen der Anstalt betrugen in dem Berichtsjahre 35.777,38 Mark, die Ausgaben 20.424,96 Mk., sodaß ein Ueberschuß von 5352,37 Mk. verbleibt. Das nach den Stiftungsbestimmungen eisern zu erhaltende Stiftungskapital beträgt nach Einziehung einiger Forderungen aus der Zeit der Amtstätigkeit des Stifters 577.209,32 Mk. Dagegen ist das zurzeit vorhandene Kapitalvermögen durch die erreichten Ueberschüsse auf 595.581,32 Mk. (Nennwert) angewachsen; davon sind 578.100 Mk. in erststelligen Hypotheken, der Rest in mündelsicheren Wertpapieren und in einem Sparkassenbuche angelegt.

* **Das Kaiserliche Kinderheim** in Gräbschen hat im Jahre 125 Kinder und 123 Mütter aufgenommen, die hilfsbedürftig waren. Die Kinder wurden von ihren Müttern selbst gestillt. Die Mütter kamen in der Regel fast aller Unterhaltsmittel bar sofort nach ihrer Entlassung aus den hiesigen Entbindungsanstalten. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von Mutter und Kind betrug 28 Tage. Die Ausgaben, die rund 5380 Mark betrugen, überstiegen wiederum die Einnahmen, sodaß der Verein, wie in früheren Jahren, abermals von seinem sehr bescheidenen Vermögen einen ansehnlichen Betrag zusetzte. Die Stadt und die Provinz werden deshalb ihre Unterstützungen noch mehr erhöhen müssen.

* **Eine freisinnige Volksversammlung** wird Donnerstag abend 8½ Uhr im Konzerthause auf der Gartenstraße abgehalten. Es werden sprechen: Handelskammersyndikus Dr. Otto Ehlers-Berlin über: „Die politische Lage in Preußen" und Landtagsabgeordneter Hugo Wenke, Goldschmiedemeister aus Hirschberg, über: „Mittelstand und Liberalismus". Den Vorträgen soll eine freie Aussprache folgen.

* **Achtung, Böttcher!** Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung über das 3. Quartal 1911. 2. Verschiedenes und das Wintervergnügen.

Die Ortsverwaltung

* **Achtung, Genossen und Gewerkschaftler!** Es sind noch einige Exemplare des „Arbeiterführers von Breslau und Umgegend" im Arbeiter-Sekretariat, Nikolaistraße 18/19, zu haben. Das Stück kostet 10 Pfg. Das Inhaltsverzeichnis des Büchleins auf Seite 7 sagt, daß der „Arbeiterführer" Auskunft gibt über alle Adressen der Gewerkschaften am Orte wie anderwärts. Auch bringt er einige wichtige Artikel, die mancherlei Aufschlüsse geben. So finden wir u. a. die Aufsätze: Der ortsübliche Tagelohn, Die Entwickelung der freien Gewerkschaftsbewegung in Breslau, Zur bevorstehenden Reichstagswahl, Winke für die Reichstagswahlen, Pfandleihgeschäfte und die Bedeutung des Gesetzes über das Pfandleihgewerbe, Das Unterrichts- und Bildungswesen der Stadt Breslau usw. Da der Vorrat bald zu Ende geht, versäume es kein Genosse, sich einen „Arbeiterführer" zu kaufen, zumal ein Ueberschuß der Jugendorganisation überwiesen werden soll.

Der Kartell-Ausschuß.

* **Preußischer Landesverein für Frauenstimmrecht** (Ortsgruppe Breslau). Die Führerin der Berliner bürgerlichen Frauenbewegung, Frau Minna Cauer aus Berlin, wird in der hiesigen Ortsgruppe des Preußischen Landesvereins für Frauenstimmrecht über die kommenden Reichstagswahlen sprechen und im besonderen darlegen, welchen starken Anteil die Frauenwelt an den Wahlen haben muß. Dem Vortrag folgt eine freie Aussprache. Er wird Freitag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Kaufmannsheim" gehalten.

* **Achtung, Metallarbeiter!** Mittwoch, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause Lichtbildervortrag über „Unfallverhütung und Arbeiterschutz in der Metallindustrie". Vortragender ist der Kollege Seb. Lauterbach aus Stuttgart. Da dieser Vortrag von großer fachwissenschaftlicher Bedeutung ist, erwarten wir, daß recht viele Kollegen daran teilnehmen. Eintrittskarten zum Preise von 15 Pfg. sind bei den Hauskassierern, im Bureau Kleine Holzstraße 3, I. und am Vortragsabend im Gewerkschaftshause zu haben. Die Ortsverwaltung.

* **Korkarbeiter.** Donnerstag, den 19. Oktober, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus (Zimmer 4): Korkarbeiter-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Seibold. 2. Diskussion. 3. Angelegenheiten der Sektion und Verschiedenes.

Die Sektionsleitung.

* **Bezirk 8 des Holzarbeiter-Verbandes.** Mittwoch, den 18. Oktober, abends 6½ Uhr, im Restaurant Zapke, Mollwitzerstraße, Versammlung des Bezirks 8. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Seibold. 2. Diskussion. 3. Bezirksangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Lokalverwaltung.

* **Achtung, Armenpfleger!** Die Armen- und Waisenpfleger aus dem Arbeiterstande versammeln sich Freitag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, im Zimmer 1 des Gewerkschaftshauses. Den einleitenden Vortrag wird der Parteisekretär Genosse Gustav Scholich halten. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist notwendig.

Sozialdemokrat ist nicht

der, welcher am Biertisch räsonniert, sonst aber nichts tut, sondern

Sozialdemokrat ist nur

wer für die Arbeitersache täglich mitarbeitet, seiner Organisation angehört, vor allem aber auch

das Parteiblatt liest.

Ein richtiger Sozialdemokrat begnügt sich auch nicht damit, sein Parteiblatt zu abonnieren, er wirkt täglich, stündlich auch noch für dessen weitere Verbreitung. Er wirbt und agitiert unablässig für

die „Volkswacht".